58 Pfr. Schlunk
1800 Dudenrode

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Horst Heiden
Nonproliferation oder Ausweitung des Atomklubs?

Dr. Oswald A. Kohut
Deutsche Frage und europäische Sicherheit

Friedhelm Baukloh
Ludwig Erhard — Ein Porträt (I)

Prof. Dr. Hans Conzelmann
Wo steht die Kirche?

Prof. Dr. Bernard Lavergne
De Gaulle und die französische Außenpolitik

Peter Weiss
Zehn Arbeitspunkte eines Autors in der geteilten Welt

Einzelpreis 3,— DM **X. Jahrgang** **Dezember 12 1965**

G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats November 1965 979

Berichte und Kommentare

Gedanken zur Außenpolitik Schröders (Paul Neuhöffer) 982

Horst Heiden, Nonproliferation oder Ausweitung des Atomklubs? 987

Dr. Oswald A. Kohut, Deutsche Frage und europäische Sicherheit 995

Friedhelm Baukloh, Ludwig Erhard — Ein Porträt (I) 1002

Prof. Dr. Hans Conzelmann, Wo steht die Kirche? 1014

Gerhard Ottmar, Zur Kritik an der Denkschrift der EKD 1020

Prof. Dr. Bernard Lavergne, Paris, De Gaulle und die französische Außenpolitik 1029

Robert Scholl, Charles de Gaulle 1033

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Charles de Gaulle (Ansätze einer notwendigen Entzauberung) 1036

Fernseh-Spalte

Zeitgeschichte mit Fragezeichen (E. H. Wahl) 1039

Anmerkungen Glossen Zuschriften

Gleiches Recht auf Unrecht (Dr. Günther Anders) 1040

Politische Artistik (Fritz Mörschbach) 1041

Bücher

Sammelrezension verschiedener zeitungswissenschaftlicher Titel (Egbert Hoehl) 1043

Herbert Marcuse, Kultur und Gesellschaft (Heinz Abosch) 1048

Boris Z. Urlanis, Bilanz der Kriege (Solveig C. Ehrler) 1051

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1052

Dokumente zum Zeitgeschehen

Peter Weiss, Zehn Arbeitspunkte eines Autors in der geteilten Welt 1055

Erklärung namhafter Künstler und Wissenschaftler über den Krieg in Vietnam 1058

Offener Brief an den Münchner Oberbürgermeister 1061

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

X. Jahrgang | Dezember 1965 | Heft 12

Chronik des Monats November 1965

1. 11. — Afrika/Asien. In Algier berät der Vorbereitungsausschuß über die zum 5. 11. in die algerische Hauptstadt einberufene II. Afro-Asiatische Konferenz (zweite Bandung-Konferenz), nachdem die Volksrepublik China einige Tage zuvor ihr Fernbleiben angekündigt und sich gegen eine Einladung der Sowjetunion ausgesprochen hat. — Am 2. 11. wird eine erneute Vertagung „auf ein noch festzulegendes Datum" beschlossen und zur Begründung erklärt, „die Existenz von schweren Konflikten in verschiedenen Teilen der Welt" könne das Klima der Konferenz nur nachteilig beeinflussen. Angesichts dieser Lage seien „viele Staatschefs und Regierungen" gegenwärtig nicht zu einer Teilnahme bereit.

2. 11. — Frankreich/Sowjetunion. Der französische Außenminister Couve de Murville und sein sowjetischer Kollege Gromyko veröffentlichen ein gemeinsames Komunique über ihren mehrtägigen „eingehenden und nützlichen Meinungsaustausch über die wichtigsten außenpolitischen Probleme" in Moskau. Es heißt: „Die beiden Minister haben mit Genugtuung festgestellt, daß sich seit einiger Zeit eine Tendenz zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den Staaten Ost- und Westeuropas entwickelt. Der wachsende Wunsch nach der Errichtung solcher Beziehungen zwischen allen europäischen Ländern berechtigt zu der Hoffnung, daß schrittweise eine Atmosphäre der Entspannung zustandekommt, die die Voraussetzungen für eine Annäherung schaffen und eine Zusammenarbeit ganz Europas ermöglichen würde." Zur Lage in Südostasien stellt das Kommunique fest, „daß die Lösung dieses Problems nur auf der Grundlage einer strikten Anwendung der Genfer Abkommen von 1954 gefunden werden könne, die die Achtung der Grundsätze der Unabhängigkeit und der Souveränität der Staaten der indochinesischen Halbinsel sowie die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Staates vorsehen." Der Vorsitzende des Obersten Sowjets, Mikojan, erneuert bei einer Zusammenkunft mit Couve de Murville eine frühere Einladung an Staatspräsident de Gaulle zu einem Besuch der Sowjetunion.

3. 11. — Bundeshaushalt. Finanzminister Dahlgrün erläutert die am Vortag auf einer Kabinettssitzung erwogenen Einsparungen am Etat für das kommende Haushaltsjahr, der sich auf ca. 69,4 Mrd.

DM belaufen werde. Zur Debatte stehen u. a. außer einer Erhöhung der Branntweinsteuer ab 1. Januar eine Kürzung der Mittel für den Wohnungsbau und für die Ausbildungsbeihilfen. Ein vorbereitetes „Haushaltssicherungsgesetz" soll die Suspendierung oder Verzögerung auch der bereits gesetzlich wirksamen Ausgaben ermöglichen.

6. 11. — Kuba / USA. Beide Länder, zwischen denen keine diplomatischen Beziehungen bestehen, schließen durch Vermittlung der schweizerischen Botschaft ein Abkommen über die Ausreise von Kubanern in die Vereinigten Staaten. Die Aktion ist unbefristet und soll am 1. Dezember beginnen.

8. 11. — Abrüstung. Der Politische Ausschuß der UN-Vollversammlung wendet sich in einer mit 83 Stimmen (bei 6 Enthaltungen) angenommenen Resolution gegen die weitere Ausbreitung von Kernwaffen. Die Resolution, die von den acht bündnisfreien Teilnehmerstaaten der Genfer Abrüstungskonferenz eingebracht wurde, fordert den 18-Mächte-Ausschuß auf, „neue Bemühungen" zu unternehmen und „der Vollversammlung binnen kurzem einen Bericht über das Ergebnis seiner Arbeiten an einem Vertrag zur Verhinderung der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen" vorzulegen. — Am 23. 11. befürwortet der Ausschuß einstimmig (bei Stimmenthaltung Frankreichs) die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz spätestens im Jahre 1967, zu der „alle Länder" eingeladen werden sollten. — Am 27. 11. fordern die Delegierten mit 86 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) die Einstellung aller Atomversuche einschließlich der unterirdischen Experimente.

9. 11. — Ostpolitik. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland beschäftigt sich auf einer Arbeitstagung in Frankfurt mit der Denkschrift ihrer Kammer für Öffentliche Verantwortung zum Thema „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn". Die Thesen der Schrift werden einstimmig gebilligt. — Am 24. 11. verweist Staatssekretär v. Hase nach einer Kabinettssitzung noch einmal ausdrücklich auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers, in der es heiße, daß Deutschland „nach gültiger Rechtsauffassung in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbesteht".

10. 11. — Regierungserklärung. Vor dem Bundestag gibt Prof. Erhard die Regierungserklärung seines neuen Kabinetts ab. Der Bundeskanzler bestätigt die bisherige außenpolitische Konzeption der Regierung, fordert innenpolitisch ein „Konzentration der Kräfte" und „weitere Schritte in jene moderne Ordnung ..., die wir Formierte Gesellschaft nennen", und erläutert die geplanten „einschneidenden Sparmaßnahmen" im Bundeshaushalt (Vgl. „Entscheidende Jahre — Zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers", in „Blätter", Heft 11/1965). — Am 29. 11. beginnt die mehrtägige parlamentarische Aussprache über das Regierungsprogramm.

11. 4. — Rhodesien. Die nur aus Vertretern der weißen Minderheit bestehende Regierung des autonomen Territoriums (389 362 qkm — 4,1 Mill. Einw., davon 0,2 Mill. Weiße) proklamiert einseitig seine Unabhängigkeit von Großbritannien und setzt eine neue Verfassung in Kraft. Die britische Regierung, die in früheren Verhandlungen mit dem rhodesischen Ministerpräsidenten Smith die Gleichberechtigung der Rassen zur Voraussetzung für eine Unabhängigkeit gemacht hat, verhängt wirtschaftliche Sanktionen, lehnt aber jede Gewaltanwendung ab.

12. 11. — Bundeswehr. Anläßlich des 10. Jahrestages des Dienstantritts der ersten einhundert Soldaten am 12. November 1955 wird vom Bundesverteidigungsministerium die Stärke der Bundeswehr — der heute stärksten konventionellen Streitmacht in Westeuropa — mit über 436 000 Soldaten und Offizieren (12 Divisionen) und 150 000 Beamten, Angestellten und Arbeitern angegeben. Außerdem verfüge die Bundesregierungen über rund 27 000 Mann der Territorialverteidigung, die nicht dem Befehl der NATO unterstehe.

15.—20. 11. — Weltraum. Sechs osteuropäische Länder, die DDR, die Mongolische Volksrepublik und Kuba vereinbaren auf einer Konferenz in Moskau eine Zusammenarbeit bei der Erforschung des Weltraums. Zu den besprochenen Plänen gehören der gemeinsame Start künstlicher Erdsateliten. — Am 26. 11. wird vom Raketenversuchsgelände in der algerischen

Sahara der erste französische Weltraumsatellit mit der Bezeichnung A-1 auf eine Umlaufbahn um die Erde gebracht. Der Raumkörper hat ein Gewicht von 42 kg.

17. 11. — U N O. Die Vollversammlung stimmt über einen von Kambodscha eingebrachten Antrag ab, „die Volksrepublik China wieder in alle ihre Rechte einzusetzen und die Vertreter ihrer Regierung als die einzigen legitimen Vertreter Chinas in den Vereinten Nationen anzuerkennen". Der Antrag findet mit 47 : 47 Stimmen, bei 20 Enthaltungen, nicht die nach der Geschäftsordnung notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit.

17.—29. 11. — L a t e i n a m e r i k a. In Rio de Janeiro findet die „Zweite Außerordentliche Interamerikanische Konferenz" statt. Der von Außenminister Rusk vorgetragene Plan einer interamerikanischen Streitmacht gelangt nicht zur Abstimmung. Eine Unterkommission erhält den Auftrag, die Revision der aus dem Jahre 1948 stammenden Charta der Organisation Amerikanischer Staaten vorzubereiten.

19. 11. — F r a n k r e i c h. Mit der offiziellen Bekanntgabe der Kandidatenliste für die Präsidentenwahl am 5. Dezember beginnt im ganzen Lande der Wahlkampf. Außer General de Gaulle bewerben sich noch fünf Politiker um das Amt des Staatspräsidenten.

20. 11. — V i e t n a m. Das Pentagon beziffert die in Südvietnam stationierten Streitkräfte auf 165 700 Mann. — Am 27. 11. demonstrieren etwa 20 000 Amerikaner mit einem Marsch auf Washington gegen das Vorgehen ihrer Regierung und fordern die Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam und die Verstärkung der Bemühungen um einen Waffenstillstand.

23. 11. — B e r l i n. Der amerikanische Stadtkommandant Generalmajor Franklin gibt auf einer Pressekonferenz die Verminderung der US-Truppen in Westberlin um 700 auf 6000 Mann bekannt. Es handele sich dabei um Einheiten, die im August 1961 zusätzlich in die Stadt verlegt worden seien.

24. 11. — K o n g o. Die Nationalarmee unter Oberbefehlshaber General Mobutu unternimmt einen Staatsstreich gegen Präsident Kasawubu und die Regierung. Mobutu verhängt den Ausnahmezustand, nominiert einen neuen Regierungschef und ernennt sich selbst zum Präsidenten.

25. 11. — B e r l i n. Senatsrat Korber und DDR-Staatssekretär Dr. Kohl unterzeichnen ein bis zum 31. März 1966 befristetes Protokoll über die Ausgabe von Passierscheinen an Westberliner zum Besuch Ostberlins für Weihnachten und Neujahr (18. Dezember bis 2. Januar) und die Wiedereröffnung der Passierscheinstelle für Härtefälle. Das Protokoll geht im wesentlichen auf einen von Dr. Kohl im August 1965 vorgelegten Entwurf zurück, dem aber der Senat auf Drängen der Bundesregierung seinerzeit nicht zustimmte. Sowohl Korber als auch Kohl betonen in getrennten Erklärungen ihre Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen nach Ablauf des Abkommens. In der Mitteilung des DDR-Vertreters heißt es, seine Regierung gehe davon aus, daß dessen Durchführung „nicht durch Handlungen gefährdet werden darf, ... die sich gegen die vom Abkommen garantierte ungestörte Durchführung des Besucherverkehrs richten".

27.—28. 11. — N A T O. Die Verteidigungsminister von zehn NATO-Staaten beraten in Paris die zukünftige Nuklearstrategie der Allianz. Frankreich, Portugal, Island, Luxemburg und Norwegen bleiben der Konferenz fern. Die Minister setzen ein Sonderkomitee zum Studium der Beteiligung und Mitwirkung der NATO-Staaten an der strategischen Planung ein, dem neben Vertretern der USA, Großbritanniens, Italiens und der Türkei auch die Bundesrepublik angehört.

29. 11. — S k a n d i n a v i e n. Der finnische Staatspräsident Kekkonen erneuert seinen Vorschlag über die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa und empfiehlt eine finnisch-norwegische Sicherheitsvereinbarung.

30. 11. — P o l e n. Die in Rom versammelten katholischen Amtsträger Polens richten an das deutsche Episkopat eine Einladung zur Jahrtausendfeier der Christianisierung ihres Landes im nächsten Jahr. Das umfangreiche Schreiben, das von Kardinal Wyszynski und 35 Bischöfen unterzeichnet ist, enthält die Aufforderung zu einem „ernsten Dialog auf bischöflicher Hirtenebene" über die deutsch-polnischen Beziehungen und die „polnische Westgrenze an Oder und Neiße".

Gedanken zur Außenpolitik Schröders

Schröders flexible Außenpolitik sei wirklich so etwas wie eine Alternative zu Adenauers starrer Politik des „Alles oder Nichts" — jedenfalls enthalte sie hoffnungsvolle Ansätze zu einer grundsätzlichen Wende. Kaum noch diskutabel seien dagegen die Ansichten von Strauß und Guttenberg. Mit ihren antiquierten Rezepten und finsteren Intrigen disqualifizierten sich die Repräsentanten der einstigen Ära Adenauer mehr und mehr. Doch Schröders gute Beziehungen zur Industrie und zu Erhard ließen Günstiges erwarten. — Man wird fragen, was denn in den vergangenen Jahren unter Schröder anders geworden sei. Die Starrheit sei weg, die Methoden seien neu. Substantiell habe sich zwar noch nicht viel geändert, aber man müsse Schröder erst einmal zur Entfaltung kommen lassen. So hört man es, in Varianten, landauf — landab.

Hoffnungen! — Sind sie begründet? Um ihren Realitätsgehalt festzustellen, wird es nicht genügen, lediglich zu untersuchen, ob und inwieweit die so viel zitierten Differenzen zwischen dem Erhard-Schröder-Flügel und der Gruppe Strauß-Guttenberg tatsächlicher oder nur optischer Art sind. Man wird vor allem die Politik Gerhard Schröders einer genaueren Prüfung zu unterziehen haben. Allerdings wird das sorgfältig nur geschehen können, wenn man zunächst fragt, wie es zu jener Zeit, da Gerhard Schröder sein Amt als Außenminister der Bundesrepublik antrat, um die außenpolitische Bilanz der Bundesrepublik bestellt war. Man wird so grundsätzlich fragen müssen, da Schröders Amtszeit, will man nicht ungerecht urteilen, in zwei Abschnitte zu unterteilen ist. In einen ersten, da er das Erbe der Adenauer-Brentanoschen Außenpolitik zwar übernommen hatte, die Richtlinienkompetenz aber noch immer bei einem Kanzler namens Adenauer lag. Dann freilich in jenen zweiten, da ihm ein sinnesverwandter Kanzler zur Verfügung stand. Diese Zeit wird man mit Fug und Recht etwas kritischer betrachten dürfen.

Die Situation bei Schröders faktischem Amtsantritt läßt sich etwa folgendermaßen charakterisieren: Von den einstigen großen Zielen (Bündnis mit den ehemaligen westlichen Kriegsgegnern Deutschlands, militärische Stärke, wirtschaftliche und politische Integration Westeuropas, Wiedervereinigung, NATO bis zur Oder-Neiße, Grenzen von 1937 und schließlich Neuordnung Osteuropas) war einiges in den ersten Jahren gewiß gelungen. Auf Grund der amerikanischen Unterstützung erlebte die Bundesrepublik in den fünfziger Jahren einen enormen wirtschaftlichen Aufstieg, durch den sich ihre Außenpolitik überraschend schnell bedeutsame Positionen in der Welt verschaffen konnte. Die vom Klima des Kalten Krieges begünstigte Wiederaufrüstung ging zügig voran. Erfolgreich verlief ebenfalls über Jahre hinweg die wirtschaftliche Integration Westeuropas. Aber je unmißverständlicher die junge Bundesrepublik die Aufrüstung vorantrieb und je lauter sie schließlich Atomwaffen forderte, desto mehr sank die Bereitschaft der verbündeten und prowestlich-neutralen Mächte, dieser Politik weiterhin ohne Zögern Gefolgschaft zu leisten.

In besonderer Weise machte sich die Abkehr von den Vorstellungen der Bundesregierung dort bemerkbar, wo Adenauer zu Recht den Schlüssel für das Gelingen des europäischen Integrations-Planes sah: im Verhältnis der beiden größten EWG-Staaten zueinander. Je deutlicher im Zuge des Integrations-

prozesses der Hegemonialanspruch der Bonner Politik in Erscheinung trat, desto mehr stagnierte die Integration selbst. Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag war kaum unterzeichnet, da traten auch schon die politischen Divergenzen, die er beseitigen sollte, verstärkt in Erscheinung. Frankreich weigerte sich vom ersten Tage an — und es wird sich, auch ohne de Gaulle, immer weigern —, eine wirtschaftspolitische und damit politische Vorherrschaft der Bundesrepublik hinzunehmen.

Auf abschüssige Bahn geriet ebenfalls die Hallstein-Doktrin. Keiner der neutralen Staaten hatte zwar je ein originäres Interesse daran, die Bundesrepublik vor den Kopf zu stoßen. Auf der anderen Seite jedoch konnte bei ihnen eine politische Strategie zur Veränderung des status quo in Europa, die den Frieden der ganzen Welt aufs Spiel setzt, unter gar keinen Umständen Sympathie gewinnen. Dieser Interessenkonflikt der Entwicklungsländer nahm der Hallstein-Doktrin sehr bald alle offensive Wirkung und machte sie zu einer stumpfen Waffe. Aus dem aktiven Instrument zur Isolierung der DDR wurde mehr und mehr ein Barometer, an dem sich der Terrainverlust des Bonner Alleinvertretungsanspruchs ablesen läßt.

So sehr man also der Politik Adenauers beachtenswerte Anfangserfolge zubilligen muß, so gewiß kam sie seit etwa 1957 über diese Anfänge nicht mehr hinaus. Die Ziele, die sie sich gesteckt hatte, wurden auf Grund der veränderten weltpolitischen Konstellationen mehr und mehr anachronistisch, die Erörterung einer Zielkorrektur hielt man in Bonn gleichwohl für unnötig, ja für schädlich. Deshalb klafften seither in der westdeutschen Politik Wille und Wirklichkeit weit auseinander. Die Geschichte der westdeutschen Außenpolitik war von da ab nichts anderes mehr als die Geschichte ihrer Krisen. Daran konnte auch Herbert Wehner, als er sich 1960 offen zur Hilfe anbot, nichts mehr ändern. Die Hysterie der Gemeinsamkeit führte nur weiter in die internationale Isolierung. West und Ost forderten immer nachdrücklicher deutsche Beiträge zur Entspannung. Im Oktober 1963 war zumindest ein personeller Kulissenwechsel unausweichlich geworden. Adenauer mußte gehen. Erhard trat an seine Stelle.

Damit war der Weg frei für diejenigen, die schon seit längerem die Meinung vertreten hatten, daß sich die Ziele der Bonner Politik nicht im frontalen Angehen gegen die andersgerichteten weltpolitischen Strömungen verwirklichen ließen, sondern nur noch im taktischen Eingehen auf sie, auf dem Wege einer elastischen Politik also, die in den Zielen hart, in den Methoden jedoch wandlungsfähig sein müsse. Die Anhänger dieser Theorie, die in Ludwig Erhard in jeder Hinsicht das geeignete Symbol für ihre Politik sahen, waren nun an der Macht. Jedoch: Flexibilität stellte sich nicht in bezug auf die eher härter vorgetragene Forderung nach deutscher Atombewaffnung ein. Sie zeigte sich ebensowenig im Auftreten gegenüber Frankreich wie in der Handhabung der Hallstein-Doktrin und im Verhältnis zur DDR. Flexibler wurde nur die Osteuropapolitik. Und selbst bei ihr mag man noch darüber streiten, von welchen Motiven sich die Regierung Erhard-Schröder leiten ließ.

Gewiß waren es mehrere. Jedenfalls wurde fortan mit einigem Elan der Versuch unternommen, Handelsmissionen in den Peripheriestaaten der Sowjetunion einzurichten. Ein Wechselspiel von recht attraktiven Wirtschaftsangeboten und diplomatischen Vorstößen führte zu einigen Kontaktverbesserungen, die nicht zuletzt für die osteuropäischen Staaten interessant waren. Es gelang auch zunächst, in einigen Verträgen mit östlichen Hauptstädten die Berlin-Klausel im Sinne der Bundesregierung zu formulieren. Die Problematik dieser Erfolge wurde jedoch dar-

an sichtbar, daß sie sehr bald die Aktivität der Sowjetunion und der DDR auf den Plan riefen. Berthold Beitz, wichtigster Protagonist der Politik mit Handelsangeboten, erlebte in dem Maße Mißerfolge, in dem sich seine Angebote als mit politischen Haken versehen erwiesen. Der Grund für die ins Stocken geratenen Verhandlungen über die Errichtung deutsch-polnischer Kooperationsbetriebe ist beispielsweise hier zu suchen.

Aus gegenwärtiger Sicht läßt sich feststellen, daß die flexible Politik Schröders in den Randstaaten der Sowjetunion zwar noch fortgesetzt wird, jedoch lustlos und ohne ernsthafte politische Hoffnungen. Denn nur um politische Erfolge ging es Schröder, wenn er den Handel und den Kulturaustausch förderte: Um eine erste und halbe Anerkennung der Vorläufigkeit der Oder-Neiße-Grenze etwa, um eine indirekte Bestätigung des Bonner Alleinvertretungsanspruchs für ganz Deutschland, um die Sondierung politischer Aufweichungs-Möglichkeiten in verschiedenen osteuropäischen Hauptstädten und nicht zuletzt darum, in der neutralen und westlichen Welt den Eindruck hervorzurufen, die Politik der Bundesregierung habe sich in ihrem Wesen tatsächlich geändert. Besonders dieses letztgenannte Motiv spielt im Rahmen der Bonner Überlegungen eine zentrale Rolle. Es geht nicht nur darum, die östliche Behauptung von der Verständigungsfeindlichkeit der Bundesrepublik abzuschwächen und damit die von Adenauer beschworene (selbst verschuldete) „Einkreisung" der Bundesrepublik durch eine skeptisch gewordene Welt zu durchbrechen; es geht handfest auch darum, den mit Bonns Atomwaffenforderung sympathisierenden politischen Kreisen der USA ein effektvolles Argument zur Beruhigung der besorgten amerikanischen Öffentlichkeit an die Hand zu geben.

Inzwischen kann jedoch als erwiesen gelten, daß alle in den westlichen Anliegerstaaten der Sowjetunion bestehende Handelsbereitschaft überfordert ist, sobald sie in den Dienst der Bonner Außenpolitik gestellt werden soll. Deshalb wohl verlagerte sich in jüngster Zeit das Schwergewicht der Schröderschen Bemühungen wieder mehr nach Moskau. Das der Sowjetunion mit beträchtlichem Propagandaaufwand unterbreitete Handelsabkommen, die deutsche Chemieausstellung in der sowjetischen Hauptstadt, die Reise Lahrs sowie Erhards Offerte eines Kossygin-Besuchs in der Bundesrepublik wird man so interpretieren müssen. In Moskau kann man den forcierten Bonner Bemühungen im Augenblick allerdings kaum einen Reiz abgewinnen. Zu sehr erscheinen sie als der Versuch, bei den Sowjets mit den gleichen Angeboten zu Erfolgen zu kommen, die alle anderen osteuropäischen Hauptstädte schon ausschlugen. In Kenntnis der geringen Chance solchen Beginnens beschränkt sich das Auswärtige Amt deshalb gegenwärtig auch in der Hauptsache darauf, in Moskau für die Bundesrepublik wenigstens eine freundlichere Tonlage zu erwirken. Aber angesichts der atomaren Wünsche der Bundesregierung ist nicht einmal die Chance, eine bessere propagandistische Behandlung zu erreichen, hoch zu veranschlagen.

Das Resümee aus zwei Jahren praktizierter ostpolitischer „Flexibilität" ist also nicht beeindruckend. Eine Analyse der Ursachen, an denen die verschiedenartigsten Initiativen der Schröderschen Ostpolitik jeweils zum Scheitern kamen, ergibt immer wieder: Eine flexible Ostpolitik hätte in den vergangenen Jahren durchaus zu Erfolgen führen können, aber eben nur dann, wenn sie von dem Willen getragen gewesen wäre, mit den bestehenden Staaten in ihren gegebenen Nachkriegsgrenzen Verständigung zu suchen. Die Initiativen der Bundesregierung aber liefen sich charakteristischerweise jeweils dann fest, wenn der Wille der bundesdeutschen Unterhändler zum Vorschein

kam, die geschäftlichen Verhandlungen in eine indirekte Bestätigung der diversen Bonner „Rechtsansprüche" umzumünzen. Schröders Politik mußte scheitern, da sie Verständigungsschritte nur unternahm, um jenen Zielen, über die keine Verständigung mehr möglich ist, näherzukommen.

Von hier aus beantwortet sich die Frage von selbst, ob Erhard und Schröder über eine andere ostpolitische Konzeption verfügen als die Gruppe um Adenauer und Strauß. Schröders Politik war der Versuch, den Zielen des Konzeptes Adenauer mit flexibleren Methoden näherzukommen. Dieser Versuch kann heute bereits als gescheitert gelten. Die Wirklichkeit hat erwiesen, daß der Grund für die Erfolglosigkeit von Adenauer und Brentano nicht in deren Methoden, sondern in den anmaßenden Zielen ihres Konzeptes zu suchen ist. Auch für flexible Methoden bleiben Ziele, die die ganze Welt als herausfordernd und friedenstörend empfinden muß, unerreichbar.

Während sich der von der Öffentlichkeit so interessiert verfolgte ostpolitische Methodenstreit heute mehr und mehr in sich selbst auflöst und den Blick auf den unveränderten Kern der Bonner Ostpolitik wieder freigibt, hält der Streit über die richtige Strategie und die erfolgversprechendsten Methoden der Westpolitik gegenwärtig noch an. Die Ursache der Differenzen liegt hier in der Schwierigkeit der Aufgabe selbst. Es ist in der Tat schwer, so anspruchsvolle Ziele wie politische Hegemonie über Westeuropa und Mitsprache, Mitverfügung und Mitbesitz über Atomwaffen durchzusetzen. Im Augenblick versucht Schröder, die Amerikaner unter Hinweis auf die kleineuropäische Alternativkonzeption von Strauß zu atomaren Zugeständnissen zu zwingen, während Strauß seinerseits die Rolle des kleineuropäischen Nationalisten spielt, um für den Fall des Scheiterns der offiziellen Bemühungen Schröders in Washington zumindest den Spielraum an der europäischen Front offenzuhalten.

Das Fiasko, das seit der internationalen Festigung der Entspannungspolitik über den Bonner Kurs hereingebrochen ist, wird in diesem verzweifelten Spiel besonders deutlich. Die Folgerung, die sich aus dem Unwillen der USA, Englands und Frankreichs gegenüber den Forderungen der Bundesrepublik vernünftigerweise nur ziehen ließe, wäre die Zielrevision der Bonner Politik. Gerade davon aber ist in der Regierungserklärung Ludwig Erhards nicht im entferntesten die Rede.

Der Bundeskanzler hat die bisherigen Ziele nicht nur erneut bekräftigt, er hat sogar einen Weg proklamiert, auf dem er sie noch für erreichbar hält. Auf einen Nenner gebracht, lautet seine Formel: Wirtschaftliche und militärische Kraft münzt sich um in außenpolitische Stärke. Oder auch: Durch Formierung der Gesellschaft zur Leistungssteigerung, um damit neue Kraft für neue außenpolitische Offensiven zu gewinnen. In der CDU erhob sich keine einzige Stimme gegen eine solche Formierung des Volkes, die der faschistischen „Bündelung" aller Kräfte bedenklich nahekommt. Auch Schröder schwieg.

Gustav Heinemann traf ins Zentrum, als er in der Debatte über die Regierungserklärung fragte, ob es sich bei den Formierungs-Plänen um ein „Flick"-Werk handele. Daß Schröders Beziehungen zu jenen Konzernkreisen, die das Formierungs-Programm inspirierten, seit eh und je ausgezeichnet sind, ist bekannt. Die Konzeption dieser entdemokratisierten „Formierten Gesellschaft" entspricht nicht nur innenpolitisch ihren Intentionen, sie gibt erst recht ihren außenpolitischen Interessen Ausdruck. Und daß sich Schröder bemühen wird, diesem Konzept ein guter Funktionär zu sein, daran ist leider so gut wie kein Zweifel möglich.

Die Frage, ob uns eine Regierung der Großen Koalition etwas Besseres gebracht

hätte oder bringen könnte, ist indessen ebenso irrelevant wie die Frage, ob Schröder eine Alternative zu Strauß sei. Die Möglichkeit einer Großen Koalition bahnte sich seit Wehners „staatsmännischer" Rede vom Juni 1960 deutlich unter dem Aspekt eines gemeinsamen Widerstandes gegen die Entspannungstendenzen der internationalen Politik an. Sie versprach und verspricht keine Umkehr.

Diese Umkehr aber ist nach wie vor die Grundvoraussetzung jeder deutschen Politik, die erfolgreich sein will. Ja, man wird sagen können: Das Kriterium einer den deutschen und europäischen Interessen dienenden Bundesregierung ist die Bereitschaft, sich mit den internationalen Entspannungstendenzen aufrichtig (also nicht nur aus taktischen Gründen!) in Übereinstimmung zu bringen. Politiker, die dies für notwendig halten, gibt es in der Bundesrepublik durchaus. Sie finden sich sowohl innerhalb des Parlaments — da vor allem in der SPD, in kleinerer Zahl in der FDP — wie auch außerhalb des Bundestages — nämlich in den Kreisen der Intelligenz, der Kirchen und ganz besonders in den Gewerkschaften.

Es ist zu erwarten, daß die Befürworter einer echten innen- und außenpolitischen Alternative in absehbarer Zeit aus den Reihen all derer Zuwachs erhalten, die von den Formierungs-Plänen bedroht sind (und das sind letztlich alle Verbände, Gruppen und Berufsstände). Die Konzeption eines so Kontur gewinnenden demokratischen Bündnisses, von liberalen und kirchlichen Kreisen über Intelligenz und Gewerkschaften bis weit in die SPD-Fraktion hineinreichend, ist von der Sache her längst gegeben. Ist es unrealistisch, sich nach dem faktischen Scheitern des Wehnerschen Anpassungsversuchs neue innenpolitische Entwicklungen vorzustellen? Kann man sich beispielsweise nicht eine SPD denken, die mehr von den Interessen der Gewerkschaften her handelt? Läßt sich ferner nicht absehen, daß im Zuge der weiteren innergesellschaftlichen Entwicklung außergewerkschaftliche, doch an der Erhaltung der Demokratie interessierte Kreise alte Vorbehalte gegenüber den Gewerkschaften aufgeben? Sollte nicht in breiten Kreisen die Forderung nach gewerkschaftlicher Mitbestimmung in den Großbetrieben als eine Chance erkannt werden, die Gesellschaft offenzuhalten?

Erhard meint, die Formierung sei notwendig, um die verfahrene Außenpolitik wieder flottzumachen. Dieses Rezept entspricht der alten Linie deutscher Politik, durch eine Flucht nach vorn dem Zusammenbruch ihrer Wunschträume und Großmachtpläne zu entgehen (womit sie ihn stets nur beschleunigte). Man wird sagen müssen, daß diese Politik der CDU einen unerträglichen Grad nationaler Verantwortungslosigkeit erreicht hat und sich überdies ganz und gar zu Unrecht auf eine europäische Mission beruft. Innenpolitik ist Außenpolitik: Darum wird eine der deutschen und europäischen Interessenlage entsprechende Politik nur dann zu erwarten sein, wenn sich die innenpolitische Kräftekonstellation im Laufe der nächsten Jahre verändert.

Paul Neuhöffer

Horst Heiden

Nonproliferation oder Ausweitung des Atomklubs?

Alle NATO-Partner der Bundesrepublik Deutschland sind bereit, das seit Jahren mit wechselndem Eifer diskutierte Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht fallen zu lassen. Einige NATO-Staaten — und es sind nicht die unwichtigsten Mitglieder des Bündnisses — drängen darauf, diesen Plan offiziell und endgültig zu begraben.

Das Problem MLF ist keine interne Angelegenheit der NATO mehr. Dieser Umstand ist es, der alle Paktstaaten, besonders aber die USA, zu einer schnellen Entscheidung drängt. Das MLF-Projekt ist zum Symbol aller Hindernisse geworden, die einem Vertrag über das Verbot der Weiterverbreitung von Kernwaffen im Wege stehen. Die letzte Sitzungsperiode der 18-Mächte-Abrüstungskonferenz in Genf hat deutlich gemacht, daß der Osten an seiner Auffassung festhält, der Aufbau einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO führe in seiner Konsequenz zu einer westdeutschen Verfügungsgewalt über Atomwaffen und damit zu einer Erweiterung des Atomklubs. Die amerikanische Delegation hat diese Einschätzung in der Sache nicht widerlegen können. Daß zahlreiche und darunter auch östliche Staaten geneigt sind, der amerikanischen Versicherung, man wolle mit der MLF ja gerade den atomaren Ehrgeiz Bonns bremsen, eine gewisse subjektive Ehrlichkeit zuzuerkennen, ändert an der objektiven Lage nichts. Tatsache ist, daß die Verwirklichung des MLF-Projekts ein Nonproliferationsabkommen unmöglich machen würde. Die deutsche Bundesregierung ist die einzige Regierung im westlichen Bündnis, die den Aufbau einer NATO-Nuklearstreitmacht in Kenntnis dieser Lage jeder Form der Rüstungskontrolle und allen Abrüstungsmaßnahmen überordnen würde. Die meisten anderen NATO-Staaten befürworten eine umgekehrte Rangordnung. Die amerikanische Regierung ist derzeit im Begriff, den Prozeß des Analysierens abzuschließen, um endlich zu einer definitiven Meinung zu kommen.

Sehr unterschiedliche, in wichtigen Fragen oft scharf gegensätzliche Auffassungen bestimmen bislang die Haltung der Regierung Johnson gegenüber den Vorschlägen und Forderungen ihrer europäischen Verbündeten hinsichtlich des Projekts einer NATO-Atomstreitmacht. Während Außenminister Rusk und sein Stellvertreter Ball jene Gruppe repräsentieren, die für eine Beteiligung der Bundesrepublik am atomaren Potential der USA eintritt, haben sich Verteidigungsminister McNamara und Vizepräsident Humphrey als prominenteste Vertreter einer nicht minder einflußreichen Strömung gegen jede tatsächliche deutsche Mitverfügung über Kernwaffen ausgesprochen. Auf der Konferenz der Verteidigungsminister von zehn NATO-Staaten am 28. November in Paris — die bezeichnenderweise von der französischen Regierung boykottiert wurde — vermied McNamara wiederum eine ausdrückliche Unterstützung der Bonner Forderung, die — wie es CDU/CSU-Fraktionschef Barzel am 29. November im Bundestag formulierte — darin besteht, an einer „relevanten Organisation" des nuklearen Potentials der NATO beteiligt zu sein. Es ist sicher, daß die amerikanische Regierung durchaus in der Lage

wäre, das atomare Streben Bonns zu vereiteln. Ebenso sicher ist es, daß sie die einzige Kraft im westlichen Bündnis ist, die selbst gegen den Widerstand der übrigen NATO-Staaten die deutsche Bundesregierung in irgendeiner Form an der Verfügungsgewalt über Kernwaffen beteiligen könnte. Darum kommt der Entscheidung des amerikanischen Präsidenten und seiner Regierung in dieser Frage eine so außerordentliche Bedeutung zu.

Es sind drei Komplexe elementarer politischer Verantwortung, die Washington zu beachten hat. Erstens sind die USA als eine der beiden Super-Atommächte in erhöhtem Maße verpflichtet, den Ausbruch eines Atomkrieges zu verhindern. Der humanitäre Appell deckt sich hier mit den Eigeninteressen der Vereinigten Staaten, die ihre frühere Unverwundbarkeit vor Jahren schon verloren haben. Zweitens wird die amerikanische Regierung jene Variante der Atompolitik zu wählen haben, die ihren machtpolitischen Vorsprung vor den anderen westlichen Staaten nicht gefährdet. Drittens schließlich ist der Regierung Johnson von einem der wichtigsten Mitglieder der Allianz bedeutet worden, daß von der amerikanischen Entscheidung in Sachen MLF die Zukunft der NATO abhängt. Sie wird also einen Weg finden wollen, der das Kernstück des weltweiten amerikanischen Bündnissystems, den Atlantikpakt, nicht ins Debakel führt.

Nonproliferation und amerikanische Sicherheit

Die amerikanische Außen- und Militärpolitik wird in zunehmendem Maße von der Erkenntnis beeinflußt, daß die Ausbreitung von Kernwaffen in der Welt verhindert werden muß. Auch intensivstes Wettrüsten kann keine zusätzliche Sicherheit zu jener relativen „Geborgenheit" bringen, die sich aus dem nuklearen Gleichgewicht der beiden Atomgiganten ergibt. Schon heute besitzen die USA und die UdSSR ein Vielfaches jenes Vernichtungspotentials, das genügen würde, alles Leben auf der Erde auszulöschen. Nie werden sie aber genug erlangen, um im Falle eines Krieges ihre eigene Vernichtung abzuwenden. Weder ein atomarer „Präventivschlag" noch eine massive Vergeltungsaktion können länger als taugliche Strategie betrachtet werden. Wenn es aber eine höhere Sicherheit durch verschärfte Rüstung nicht gibt, wenn die atomare Erpressung des Gegners an der eigenen Verwundbarkeit scheitert, dann liegt der Gedanke nahe, die militärische Konfrontation durch eine Garantie nuklearer Enthaltsamkeit zu entschärfen. Der Dialog der beiden Atomgiganten hat einige bescheidene, zum Teil vertraglich gesicherte Fortschritte bereits erbracht. Das begrenzte Verbot atomarer Versuchsexplosionen, die Installierung eines „heißen Drahtes" zwischen Moskau und Washington gehören ebenso wie die von beiden Seiten angekündigte Einschränkung in der Produktion spaltbaren Materials und die Resolution der UNO gegen die Stationierung von Massenvernichtungswaffen im Weltraum in diesem Zusammenhang.

Der Weg zu weiteren kleinen Fortschritten in dieser Richtung wird nun in letzter Zeit durch ein entscheidendes Hindernis versperrt: durch die unverkennbare Tendenz der Ausweitung des Atomklubs. Bei nüchterner Betrachtung wird man erkennen, daß für eine Reihe von Staaten die materiellen Barrieren zum Bau einer eigenen Atombombe keineswegs mehr unüberwindbar sind. Die wissenschaftlichen Kenntnisse und die technischen Voraussetzungen sind längst nicht mehr exklusiv auf den Kreis der fünf Atommächte beschränkt, die erforderlichen finanziellen Mittel nicht so erheblich, wie allgemein angenommen wird. Es ist nicht zuletzt die Schuld der USA, daß heute in einer Reihe westlicher Länder Kernreaktoren stehen — so in Spanien, der Bundesrepublik, Holland, Japan und Indien —,

die der Kontrolle der Internationalen Atomenergiekommission entzogen sind, in denen also Uran 235 und Plutonium nicht nur für friedliche Zwecke hergestellt werden kann. Wenn es darum heute keine ausreichende materielle Garantie gegen das Entstehen weiterer Atommächte mehr gibt, dann ist es um so dringender notwendig, politische Barrieren gegen die Expansion des Atomklubs zu errichten.

In der Tat spielt der Zeitfaktor eine entscheidende Rolle. Erfreulicherweise ist heute die Mehrzahl der potentiellen Atommächte noch bereit, einem Proliferationsverbot zuzustimmen. Sowohl die Tagung der UN-Abrüstungskommission, April bis Juni 1965, als auch die letzte Sitzungsperiode der Genfer Abrüstungskonferenz hat den Beweis dafür erbracht. Aber die Lage ist alles andere als stabil. Israel und Ägypten, Indien, Pakistan und Indonesien zählen zum Kreis der Anwärter auf atomare Macht — und sei sie im Vergleich der Vernichtungskapazität der Atomgiganten auch nur drittrangig. Die von gefährlichen Konflikten gekennzeichnete außenpolitische Situation dieser Staaten macht es leider nur allzu wahrscheinlich, daß einer oder mehrere von ihnen die tatsächlichen oder vermeintlichen nationalen Interessen atomar absichern bzw. durchsetzen wollen. Das würde eine verhängnisvolle Kettenreaktion auslösen. Diese brisante Situation hatte der Präsident der amerikanischen Abrüstungsbehörde, William C. Foster, im Sinn, als er feststellte: „Daß bereits fünf Staaten über Atomwaffen verfügen, ist schon schlimm genug, aber die Aussichten, die Anzahl der Atommächte auf fünf zu beschränken, sind fast mit Sicherheit besser, als die einer Einschränkung auf sechs oder mehr Staaten[1])."

Noch ist die Chance nicht vertan, wenngleich nicht verkannt werden darf, daß bereits viel kostbare Zeit verloren wurde. Noch treten diese potentiellen Atommächte in den Gremien der UNO als Inititatoren von Resolutionen auf, in denen ein Abkommen über ein Proliferationsverbot gefordert wird; gekoppelt allerdings mit der Auflage an die derzeitigen Atommächte, ihr atomares Potential vorerst „einzufrieren" und dann schrittweise abzubauen. Ihre Bereitschaft zu einem Verbot der Produktion in und der Weitergabe von Kernwaffen an nicht atomar gerüstete Staaten ist außerdem mit der Forderung nach wirksamen internationalen Garantien zur Schlichtung regionaler Konflikte gekoppelt[2]). Die Staaten des Warschauer Pakts drängen auf die Unterzeichnung eines solchen Vertrags. Auch die meisten NATO-Staaten bekunden ihr prinzipielles Einverständnis und befürworten — mit unterschiedlichem Nachdruck — einen baldigen Vertragsabschluß. Und doch scheiterte das Zustandekommen eines Proliferationsverbots bis heute an der Haltung eines Mitgliedstaates des Atlantikpakts: am Drängen Bonns auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen.

Schröders Interview und die Folgen

In dieser Zeitschrift ist ausführlich dargestellt worden, welche Erwartungen die Bundesregierung an das Zustandekommen einer NATO-Atomstreitmacht knüpft. Aus der anfänglichen Begeisterung Bonns über dieses von den Amerikanern lancierte Projekt ist im selben Maße, wie sich die Gleichgültigkeit zahlreicher Verbündeter in offene Ablehnung und die aktive Förderung der USA in vorsichtige Zurückhaltung verwandelte, ein erbittertes Ringen um die Erhaltung seiner Substanz, der bundesdeutschen Mitverfügung über Atomwaffen geworden. Glei-

1) William C. Foster in dem Aufsatz „Rüstungskontrolle und Abrüstung", „Foreign Affairs" Juli 1965.
2) Typisch ist dafür ein indischer, in seiner Substanz von Schweden, der VAR, Brasilien und Birma unterstützter Vorschlag, den der indische Delegierte N. Chakravarty der UN-Abrüstungskommission am 4. Mai unterbreitete. Dokumente der UN-Abrüstungskommission vom 4. Mai 1965.

chermaßen kennzeichnend für das sture Beharren Bonns auf diesem Anspruch und die Maßlosigkeit in der Wahl seiner Mittel ist jenes weltweit beachtete Interview Außenministers Schröders mit den „Düsseldorfer Nachrichten", in dem der Minister u. a. erklärte:

„Ich meine, daß eine Form der atomaren Organisation gefunden werden muß, die das Sicherheitsbedürfnis der nicht atomar gerüsteten Mitglieder angesichts der mehr als 700 auf Europa gerichteten Mittelstreckenraketen befriedigt. Wenn dies durch die Schaffung einer multilateralen atlantischen Abschreckungsstreitmacht oder eine gleichwertige Lösung geschehen ist, könnte Deutschland seinen Alliierten gegenüber auf den Erwerb eigener Atomwaffen verzichten[3])."

Diese unverhüllte Drohung mit dem Erwerb von A-Waffen, die auch in der NATO heftige Besorgnis auslöste, hat (zusammen mit offiziellen Bonner Versuchen, eine Europäisierungsklausel in den MLF-Vertragsentwurf einzufügen, das amerikanische Veto über den Einsatz der NATO-Atommacht durch eine Mehrheitsentscheidung zu ersetzen und Erhards Erklärung, nukleare Mitplanung sei kein Ersatz für nukleare Mitverfügung) die Bemühungen der amerikanischen Regierung, Bonns atomaren Anspruch zu bagatellisieren, vollends unglaubwürdig gemacht. Auf der Genfer 18-Mächte-Abrüstungskonferenz setzten sich der kanadische Chefdelegierte Burns und der britische Abrüstungsminister Lord Chalfont dafür ein, in Verhandlungen mit den Staaten des Warschauer Pakts den amerikanischen Vertragsentwurf für ein Proliferationsverbot so abzuändern, daß die Bedenken des Ostens gegen die MLF ausgeräumt würden[4]). Das hatte in Bonn wütende Proteste zur Folge; in Washington jedoch stärkten diese Erfahrungen die Front derer, die der Nonproliferation eine unbedingte Priorität vor multilateralen Atomprojekten eingeräumt wissen wollen. Zu ihnen gehört der bereits zitierte Abrüstungsbeauftragte Johnsons, William C. Foster, der die amerikanische Delegation in Genf leitete. Auch der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten in Sachen MLF, der frühere Unterstaatssekretär Roswell L. Gilpatric, wird zu diesem Kreis gezählt. Im Auftrag Johnsons hat er zu Beginn dieses Jahres einen streng vertraulich behandelten Bericht über die Problematik der MLF angefertigt, in dem die NATO-Streitmacht als unvereinbar mit der Notwendigkeit einer nuklearen Abrüstung dargestellt wurde. In letzter Zeit hat sich der Bruder des ermordeten Präsidenten Kennedy, der frühere Justizminister Robert Kennedy, dessen enge Bindungen zu Verteidigungsminister McNamara bekannt sind, mit großem Nachdruck für den absoluten Vorrang eines Proliferationsverbotes eingesetzt. In zwei Reden vor dem amerikanischen Senat vertrat er die Auffassung, daß der „zentralen Priorität" eines Verbreitungsverbots für Kernwaffen auch das MLF-Projekt untergeordnet werden müsse. Die entsprechende Passage in der Rede Robert Kennedys vom 23. Juni 1965 lautet:

„Aber ich glaube, daß wir jenseits der sich aus diesem Krieg (in Vietnam, H. H.) ergebenden Belastungen nicht unser möglichstes getan haben, um einen Nichtverbreitungsvertrag zustande zu bringen. Das hervorstechendste Beispiel ist die Frage der multilateralen Streitmacht und ihrer Variante, der atlantischen Nuklearstreitmacht. Die Sowjetunion behauptet, daß jeder dieser Pläne Westdeutschland Verfügungsgewalt über Kernwaffen geben würde; wir teilen diese Ansicht nicht, aber die Sowjetunion hat sich absolut geweigert, ein Nichtverbreitungs-Abkommen abzuschließen, solange wir die Projekte der MLF oder ANF weiterverfolgen. Wir haben die MLF/ANF-Pläne nicht aufgegeben, weil Westdeutschland der An-

[3]) Zitiert nach „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 9. Juli 1965.
[4]) „Archiv der Gegenwart", 24. September 1965, S. 12 079.

sicht ist, daß es eine größere Rolle bei der nuklearen Abschreckung haben muß. Aber wenn ein Nichtverbreitungs-Vertrag abgeschlossen werden kann, wird er im Interesse jeder Nation liegen. Wir sollten deshalb mit verstärkter Aufmerksamkeit unsere Suche nach einer Form der nuklearen Garantie für Westdeutschland und andere europäische Länder fortsetzen, die deren Bedürfnissen entspricht, ohne auf die Ablehnung der Sowjetunion zu stoßen. Sie könnte möglicherweise aus dem alliierten Beratungsgremium hervorgehen, das Verteidigungsminister McNamara auf der NATO-Tagung vorgeschlagen hat[5])."

Hier wird das ernste Bemühen deutlich, die Weiterverbreitung der Kernwaffen — sei es durch Verteilung im Rahmen der MLF, sei es durch das autonome Entstehen neuer Atommächte — zu verhindern, solange dazu noch Zeit und Gelegenheit ist. Ihm liegt die Erkenntnis zugrunde, daß — wie Foster es formulierte — „die Erweiterung des Kreises der Atommächte für unsere Sicherheit äußerst nachteilig wäre". Und er unterstreicht die außerordentliche Dringlichkeit einer Lösung: „Bei der Durchführung von Maßnahmen, die darauf abzielen, eine Erweiterung des Kreises der Atommächte zu verhindern, kann dagegen eine Verzögerung von einem Jahr oder vielleicht sogar schon von Monaten für Erfolg oder Mißerfolg entscheidend sein[6])."

Jede gegenüber den Realitäten nicht blinde Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten wird darum davon ausgehen müssen, daß die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges mit der Zahl der Atommächte wächst,wobei das Anwachsen der Gefahr eines Kriegsausbruchs — wollte man es mathematisch darstellen — nicht durch einfache Addition, proportional zur Vergrößerung des Atomklubs, zu finden wäre, sondern sich eher im Quadrat des numerischen Zuwachses potenzieren würde. Viele Finger an vielen Abzügen — das wäre das Ende selbst jener relativen Stabilität, die bis heute durch das Gleichgewicht des Schreckens und die sich seit einigen Jahren anbahnende Zusammenarbeit der Atommächte — leider noch immer unter Ausschluß Chinas — gewährleistet wurde.

„Vorsprung an Macht" gefährdet

Bei der Entscheidung darüber, welcher Rang der Nonproliferation von Atomwaffen im politischen Programm der USA zukommt, wird die Regierung in Washington gemäß ihrer Funktion als Interessenvertretung der herrschenden Kreise die voraussehbaren Nachteile einzukalkulieren haben, die ein Anwachsen der Atommächte für die „zivile" weltpolitische Position der USA mit sich bringen würde. Dieses weite Feld der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einflußnahme, das die USA durch eine Vielzahl zwischenstaatlicher Verträge abgesichert haben, hat in diesem Zusammenhang nur begrenztes Interesse. Erklärlicherweise finden sich nur selten zugängliche Stellungnahmen von amtlicher Seite, die auf den inneren Zusammenhang zwischen dem Atomwaffenpotential der USA und ihre, das internationale „fair play" allzu oft verletzende Einflußnahme auf andere Staaten eingehen. Immerhin glaubt William C. Foster in seinem Plaidoyer für einen Nonproliferationsvertrag auf dieses Argument nicht verzichten zu wollen. Er schreibt: „Wenn wir uns fragen, was uns der Versuch kostet, eine weitere Ausbreitung der Atomwaffen zu verhindern, dürfen wir nicht übersehen, daß der Besitz von Atomwaffen in der Hand einer großen Anzahl von Staaten den Vorsprung an Macht, den wir dank unserer finanziellen und wirtschaftlichen Hilfsmittel seit langer Zeit gegenüber der übrigen Welt besitzen, weitgehend aushöhlen würde[7])."

---

5) Zitiert nach „Europa Archiv" Nr. 15 vom 10. 8. 1965.
6) W. C. Foster aaO.
7) aaO.

Ohne hier näher darauf eingehen zu können, darf unterstellt werden, daß diese Überlegung für die Entscheidung der Regierung Johnson für oder gegen einen Vertrag, der das Anwachsen des Atomklubs verhindern soll, von außerordentlich großer Bedeutung ist. Dem Verdacht, den amerikanischen „Vorsprung an Macht" mutwillig verspielen zu wollen, darf sich keine amerikanische Regierung aussetzen.

Die Zukunft der Allianz

Diese Frage der amerikanischen Vormachtstellung führt unmittelbar zu jenem dritten, hierzulande am eifrigsten diskutierten Aspekt einer Entscheidung in Sachen Nonproliferation: Welche Folgen hätte ein Fallenlassen des MLF-Projektes — was ja die unerläßliche Voraussetzung eines Vertrages gegen die Weiterverbreitung von A-Waffen wäre — für das atlantische Bündnis?

Die Beantwortung muß vom gegenwärtigen Zustand der Allianz ausgehen. Die NATO bietet ein Bild rapiden Zerfalls. Befürworter und Kritiker stimmen darin überein, daß sie aufgehört hat, Instrument einer gemeinsamen Politik zu sein. In nicht einer wichtigen Frage westlicher Politik sind alle Mitglieder des Pakts einer Meinung. Die USA beklagen, daß sie von ihren Verbündeten im Vietnam-Krieg im Stich gelassen werden. Prinzipielle Unterschiede in der Haltung gegenüber China und der Beurteilung der Vereinten Nationen verschärfen die Spannungen zwischen den USA und Frankreich, die auch in der diametral entgegengesetzten Auffassung von der Rolle Europas wurzeln. Gegenüber dem Osten kommt es längst zu keiner koordinierten Politik mehr, das gilt auch für die wirtschaftlichen Beziehungen. Nicht zuletzt zehren die Streitigkeiten zwischen kleineren Mitgliedern an der Substanz der NATO: wegen Zypern wäre es bald zum Krieg zwischen Griechenland und der Türkei gekommen, Portugal ersucht im wesentlichen vergeblich um Unterstützung seiner Kolonialpolitik.

Bislang hatte man sich damit getröstet, daß gegensätzliche Beurteilungen der einen oder anderen Frage für ein so weitgespanntes Bündnis nur natürlich und im Grunde unschädlich seien, weil sie ja auf die praktische Tätigkeit der gemeinsamen Institutionen des Pakts ohne erkennbare Wirkung blieben. Dieses Argument gilt jetzt nicht mehr. Seit die Regierung in Paris bekannt gab, daß das nächste „Fallex"-Manöver der integrierten NATO-Stäbe ohne französische Offiziere stattfinden wird, ist die gemeinsame militärische Planung empfindlich gestört worden. Der Beschluß der französischen Regierung, die außerordentliche Tagung der NATO-Verteidigungsminister vom 28. November, in der über die Atompolitik des Pakts beraten wurde, zu boykottieren, lähmte nun auch höchste politische Gremien. Und das alles spielt sich ab vor dem Hintergrund des Artikels 13 des NATO-Vertrags, der es jedem Mitglied gestattet, im Jahre 1969 die Allianz zu verlassen. In Skandinavien diskutiert man bereits die Möglichkeit eines Austritts, von de Gaulle weiß man, daß er der NATO mit Sicherheit den Rücken kehrt, wenn sie bis dahin nicht in seinem Sinne reformiert worden ist. Das eine wie das andere bedeutete das Ende des Atlantikpakts in seiner bisherigen Form: ohne Frankreich hätte die NATO auf dem europäischen Kontinent jeden Halt verloren, die vordere Kampfzone Bundesrepublik wäre ohne strategisches Hinterland, die Amerikaner wären gezwungen, einen Truppenabzug großen Stils einzuleiten. Andererseits brächten de Gaulles Reformpläne, so weit sie bis jetzt aus inoffiziellen Veröffentlichungen bekannt wurden, der NATO einen nicht minder schnellen Tod: Verzicht auf jede multilaterale Integration, an die Stelle der Beistandsklausel (Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrags) treten zweiseitige

Militärverträge, ein gemeinsames Kommando bleibt lediglich für das Gebiet der Bundesrepublik bestehen.

Kann die MLF die NATO retten?

Das sind die äußeren Symptome der sich immer weiter verschärfenden Krise der NATO, die eine zentrale Ursache hat: die Diskrepanz zwischen der ganz auf die Führungsmacht USA zugeschnittenen Befehlsstruktur des Pakts und den machtpolitischen Ansprüchen einiger Mitglieder. Diese Ansprüche gipfeln im Falle Frankreichs in der Entschlossenheit, auf der Grundlage einer selbständigen Atommacht eine von den USA unabhängige, durch kollektive Bindungen nicht eingeschränkte Politik treiben zu können. Sie verdichten sich im Falle der Bundesrepublik zu der Forderung nach Beteiligung am Atomwaffenpotential der USA. Dieser Anspruch Bonns hat — mehr als de Gaulles Force de Frappe — in den letzten Jahren die Gegensätze innerhalb der NATO verschärft. Die Skala der Ablehnung reicht vom unverhüllten Mißtrauen der kleineren Verbündeten gegenüber dem atomaren Ehrgeiz der Bundesregierung bis zur klaren, ultimativen Weigerung de Gaulles, mit einer über atomare Waffen verfügenden bundesdeutschen Regierung politisch und militärisch zusammenzuarbeiten. Bei seinem Besuch in der UdSSR (28.Okt.—2.Nov.) hat der französischeAußenminister diese Haltung erneut bekräftigt. England, Frankreich und die kleineren Partner lehnen eine deutsche Verfügungsgewalt über Atomwaffen ab, weil sie das sich daraus ergebende enorme Sicherheitsrisiko fürchten. Auch die USA teilen als stärkste Atommacht des Bündnisses diese Befürchtungen; auch sie wollen verhindern, in Konflikte hineingezogen zu werden, die gegen ihren Willen zum atomaren Großkrieg führen können, wenn einer der Partner durch den Einsatz atomarer Waffen die Eskalation auslöst. Dennoch konnten sie sich bisher nicht entschließen, den atomaren Anspruch Bonns klar zurückzuweisen. Sie glaubten, in der MLF einen Weg gefunden zu haben, der die bundesdeutschen Forderungen teilweise erfüllt, ihre eigene Sicherheit nicht wesentlich untergräbt, den Weg zu einem Nonproliferationsabkommen mit der Sowjetunion dennoch offen läßt und vor allem das Weiterbestehen der NATO in ihrer bisherigen Struktur ermöglicht.

Alle diese Hoffnungen haben sich als illusionär erwiesen. Bonn geht es nicht nur um eine tatsächliche Mitverfügung über die amerikanischen Atomwaffen. Die Bundesregierung ist nicht bereit, Mitplanung als Surrogat für Mitentscheidung in der Atomstrategie zu akzeptieren. Ihre ausdrückliche Weigerung, auf den Erwerb atomarer Waffen zu verzichten, ist eindeutig. — Der Osten ist nicht bereit, ein Abkommen gegen die Erweiterung des Atomklubs zu schließen, solange die USA sich weigern, die MLF oder ähnliche multilaterale Atomprojekte aufzugeben. — Schließlich hat de Gaulle keinen Zweifel daran gelassen, daß er auf die atomare Aufwertung der Bundesrepublik, in welcher Form sie auch immer bewerkstelligt würde, mit dem totalen Boykott der NATO antworten würde. Die Verwirklichung einer multilateralen Atomstreitmacht, an der kein anderes NATO-Mitglied außer der Bundesrepublik interessiert ist, würde den Atlantikpakt sprengen. Sollte Washington glauben, die Opposition des Gaulles gegen den amerikanischen Führungsanspruch in der NATO durch den Abschluß eines bilateralen Atompakts mit Bonn beantworten zu müssen, so würde das den Zerfall des Bündnisses nur noch beschleunigen.

Nonproliferation hat Vorrang

Diese Überlegungen gingen davon aus, daß der amerikanischen Regierung in den nächsten Wochen eine Entscheidung darüber abverlangt wird, ob der Nonproli-

feration von Kernwaffen die von Senator Robert Kennedy geforderte „zentrale Priorität" in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik eingeräumt werden soll, oder ob Washington mit einer von Bonn geforderten Verwirklichung des MLF-Projekts ein Verbot über die Weiterverbreitung von Kernwaffen verhindern und damit die Ausdehnung des Atomklubs wissentlich forcieren will. Es ergab sich, daß erstens die Sicherheitsinteressen der USA als größter Atommacht des Westens die Begrenzung der Zahl der Atommächte auf ihren bisherigen Stand erfordern, daß zweitens ihr — wie Foster es formulierte — „Vorsprung der Macht" durch eine Weiterverbreitung von Kernwaffen verspielt würde und es erwies sich drittens, daß der Atlantikpakt nicht durch eine Weitergabe von Atomwaffen an die Bundesrepublik in seinem inneren Zusammenhalt gefestigt werden kann. Die Konsequenz aus dieser Lage kann darum für die amerikanische Regierung nur lauten: der Entstehung weiterer Atommächte, die jetzt und in Zukunft die ernsteste Bedrohung des Weltfriedens darstellt, muß — ohne daß ein unnötiger Zeitverlust entsteht — durch den Abschluß eines Vertrages gegen die Weiterverbreitung von Kernwaffen begegnet werden.

Für eine Sicherheitspolitik der Europäer

Es sollte hier nicht der Eindruck erweckt werden, als ob ein Vertrag über die Nonproliferation von Kernwaffen das Allheilmittel zur Abwendung künftiger Kriege und ihrer Ausweitung in den atomaren Weltkrieg sei. So gewiß es ist, daß ohne sein Zustandekommen keine Erhöhung der internationalen Sicherheit zu erwarten ist, so unbestreitbar ist auch, daß der zahlenmäßigen Beschränkung des Atomklubs weitere Schritte auf dem Wege zu echten Abrüstungsmaßnahmen folgen müssen, wenn der Frieden gesichert werden soll. Die in den Gremien der UNO von zahlreichen neutralen Staaten erhobene Forderung, das Verbot der Weitergabe von Kernwaffen mit der Verpflichtung der Atommächte zum schrittweisen Abbau ihrer Rüstung zu koppeln, trägt diesem Umstand weitgehend Rechnung. Auf die Situation in Europa übertragen, bedeutet das: Die Verhinderung der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr ist zwar eine wichtige Voraussetzung zur Entspannung, sie bedeutet für sich allein aber noch keine europäische Sicherheitspolitik. Es wäre unsinnig, nach allem, was sich heute über die auf den Zerfall des transatlantischen Bündnisses gerichteten Entwicklungstendenzen der NATO sagen läßt, diese im Rahmen der alten Allianz entwickeln zu wollen. Es ist bezeichnend, daß der französische Staatschef ebenso wie die britische Regierung ungeachtet ihrer recht unterschiedlichen Beziehungen zu den USA darin übereinstimmen, daß sich die militärpolitische Situation in Europa so stark gewandelt hat, daß die in Washington vor Jahren ausgearbeitete strategische Konzeption für dieses Gebiet nunmehr untauglich geworden ist. Das britische Verteidigungsweißbuch für 1965 spricht das klar aus. Der Direktor des Londoner Institute for Strategic Affairs, Alastair Buchan, führte bereits vor zwei Jahren in einem in Stuttgart gehaltenem Vortrag aus, daß diese Probleme nicht einfach dadurch gelöst werden können, „daß man einseitig eine neue Verteidigungspolitik für die NATO entwickelt. Eine solche Verminderung der Gefahren (eines Krieges in Europa, H. H.) ist nur dadurch möglich, daß man nach einer gemeinsamen Grundlage sucht mit der Sowjetunion hinsichtlich solcher Fragen wie Sicherungen gegenüber Überraschungsangriffen und vielleicht auch eventueller Vereinbarungen über die Reduzierung sowohl der nuklearen wie der konventionellen Waffen in Europa[8])".

[8]) Protokoll einer Vortragsfolge der Europa-Union, Landesverband Baden-Württemberg af 25. und 26. Oktober 1963 in Stuttgart.

Die Initiative dazu muß von den europäischen Staaten ausgehen. Es ist bemerkenswert, daß der britische Außenminister Stewart bei seinem offiziellen Besuch Ende April in der CSSR seinem Kollegen David die Bereitschaft seiner Regierung zur Einberufung „einer Konferenz zur Stärkung der europäischen Sicherheit bei günstigen Bedingungen und nach entsprechenden Vorbereitungen" versicherte[9]).

Paris hat die Überzeugung, Europas Probleme der Sicherheit müßten im gesamteuropäischen Rahmen gelöst werden, bereits zur Grundlage seiner praktischen Politik gemacht, wie die außerordentliche Verbesserung seiner Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion zeigt. Daß die sozialistischen Staaten dieser Idee einer kollektiven europäischen Bemühung um eine dauerhafte Entspannung in diesem Raum durchaus positiv gegenüber stehen, bewies der polnische Außenminister Adam Rapacki, als er am 14. Dezember 1964 vor der UN-Vollversammlung eine Konferenz aller europäischen Staaten unter Teilnahme der UdSSR und der USA zur Prüfung des Problems der europäischen Sicherheit vorgeschlagen hat. In der sowjetischen Presse sind in letzter Zeit diese Bestrebungen unterstützt worden[10]).

Es ist bedauerlich, daß Vorschläge dieser Art auch bei der neuen Bundesregierung auf heftige Ablehnung stoßen, — das um so mehr, als eine gesamteuropäische Annäherung die besten Voraussetzungen auch zur Lösung des nationalen deutschen Problems schaffen könnte. Diese negative Haltung ist die logische Konsequenz aus jener verhängnisvollen Rangordnung der Werte, die dem Drängen nach atomarer Macht absolute Priorität einräumt. Die Staaten in West und Ost haben objektiv ein gemeinsames Interesse daran, dieses ernste Hindernis zu überwinden.

Dr. Oswald A. Kohut

Deutsche Frage und europäische Sicherheit

Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers zeigte keine neuen Perspektiven: selbst die abgetakelte Hallstein-Doktrin, die man im Zuge des Regierungswechsels hätte stillschweigend unter den Tisch fallen lassen können, wurde ausdrücklich wieder hervorgeholt. Die strikte Ablehnung eines „politischen Preises" für die Vorbereitung der deutschen Wiedervereinigung schließt jede gesamtdeutsche Initiative, die über die viel berufenen technischen und menschlichen Kontakte hinausgeht, von vornherein aus und belastet zudem das Verhältnis der Bundesrepublik zu den osteuropäischen Staaten. Ebenso unmißverständlich besteht die Bundesregierung in der Erklärung des Bundeskanzlers vom 10. November auf der Erhaltung des regionalen Gleichgewichts der militärischen Kräfte auch bei

9) Vgl. „Archiv der Gegenwart", 27. April 1965, S. 11 821.
10) Vgl. „Archiv der Gegenwart", 12. Oktober 1965, S. 12 109.

Abrüstungsvereinbarungen und widersetzt sich damit wirklichen Abrüstungsmaßnahmen, die ja gerade zunächst auf einen örtlichen Abbau der Streitkräfte unter dem Schutz des erhalten bleibenden globalen Gleichgewichts hinauslaufen müßten. Stattdessen erhebt die Bundesregierung erneut ihren Anspruch auf Beteiligung an der nuklearen Verteidigung „nach dem Grad ihrer Bedrohung und dem Grad ihrer Lasten". Kurz, die Grundzüge der bisherigen verfehlten und gescheiterten Außenpolitik wurden im Regierungsprogramm der neuen Bundesregierung unverändert beibehalten.

Dies war die erste Ernüchterung unmittelbar nach der Kabinettsbildung. Optimistische Beobachter der Bonner Szene mochten vielleicht glauben, dem Verbalismus der Regierungserklärung nicht allzu viel Bedeutung beimessen zu müssen, da diese ja doch eben aus mancherlei Rücksichtnahmen auf die Koalitionspartner und auf die Gruppen innerhalb der CDU zusammengebraut worden sei und schlechterdings keine klare Konzeption hätte entwickeln können. Dieser zweideutige und zweifelhafte „Optimismus", der mit einer geheimen Unaufrichtigkeit der offiziellen Formulierungen rechnete, mußte sich bald eines schlechteren belehren lassen. Denn die ersten Amtshandlungen des neu bestätigten Außenministers zeigten, daß er tatsächlich am Programm von vorgestern festhält — und sie brachten dann auch schon die drei ersten empfindlichen Rückschläge für die deutsche Diplomatie, die gleich auf drei verschiedenen Ebenen ihre nuklearen Wünsche angemeldet hatte.

Zuerst gab es da die Reise des Aufsichtsratsvorsitzenden der „August Thyssen AG", des CDU-Abgeordneten Birrenbach, in besonderer Mission des Bundeskanzlers nach Washington. Birrenbachs Verhandlungsgeschick war ja schon bei der Vorbereitung des deutsch-israelischen Botschaftsaustauschs erprobt worden; nun sollte er als Vertrauensmann Erhards dessen Reise zu Johnson vorbereiten und eine Einigung über die bundesrepublikanische Beteiligung an der NATO-Atomstreitmacht anbahnen. Der Widerstand in amerikanischen Regierungskreisen und vor allem im Senat gegen jede Neuauflage des MLF-Projektes war jedoch inzwischen so groß geworden, daß Birrenbachs Bemühungen mit einem glatten Fiasko endeten. Während man ihm im State Department beschwichtigende Versicherungen abgab, stimmte der amerikanische Delegierte in der Politischen Kommission der UNO einer Resolution blockfreier Staaten zu, die die Weitergabe von Atomwaffen, sei es direkt oder indirekt über gemischte Organisationen, ablehnt und die Fortführung der non-proliferation-Gespräche fordert. Es scheint, daß diese Einstellung der Auffassung des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara entspricht, der in einer Mitbestimmung der Bundesrepublik am Atomwaffenpool für die amerikanische Strategie keinen Vorteil erblicken kann, während ein langsames Fortschreiten auf dem Weg der atomaren Abrüstung zahlreiche Unsicherheitsherde in der amerikanischen Verteidigungskonzeption eliminieren würde. Außenminister Dean Rusk sah sich dann zwar veranlaßt, in einer Pressekonferenz höchst unpräzise und ganz unverbindlich zu versichern, die Bundesrepublik als Zielscheibe von Hunderten sowjetischer Raketen habe selbstverständlich ein Recht darauf, in der NATO nukleare Partnerschaft zu erstreben, und er selbst glaube, daß ein Abkommen über die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen mit der MLF nicht in Widerspruch stehe. Doch diese Worte waren ganz offensichtlich im Hinblick auf die Bonner Regierungsbildung zum Fenster hinaus gesprochen und können keineswegs als eine wirkliche Unterstützung der deutschen Ansprüche aufgefaßt werden; denn das Verhalten der USA sowohl in der UNO als auch bei der Konferenz der atlantischen Verteidigungsminister sprach eine entgegengesetzte Sprache.

Die zweite Schlappe holte sich der Bundesaußenminister bei seinem Besuch in London. Hatte er geglaubt, die in Rhodesien bedrängten Briten würden bereit sein, sich den Rücken in der NATO freizuhalten und den anglophilen Schröder-Kurs mit einem Zugeständnis an sein Atombombenbegehren zu honorieren, so mußte er bald seinen Irrtum einsehen. Großbritannien ist keinesfalls bereit, die Chancen der non-proliferation beeinträchtigen zu lassen, schon gar nicht nach der Moskau-Reise Außenminister Stewarts, der mit der inoffiziellen und uneingestandenen Absicht den Kreml aufsuchte, die Fernhaltung der Bundesrepublik vom Atomwaffenpool zuzusichern, falls die Sowjets in den Genfer Verhandlungen ein Stück entgegenkommen.

Nach diesem doppelten Fehlschlag konnte die Bundesrepublik von der Verteidigungsministerkonferenz der Atlantikpaktstaaten in Paris nicht mehr viel erwarten. Frankreich blieb demonstrativ fern. Die Einsetzung von Studienkommissionen als einziges Ergebnis dieser Tagung bedeutete nichts anderes, als daß man das deutsche Drängen als unangenehm empfand und ihm auszuweichen suchte. Selbst der italienische Verteidigungsminister Andreotti, der vom rechten Flügel der Christdemokraten stammt, sprach sich in der Atomwaffen-Debatte der Kammer gegen eine Beteiligung der NATO-Partner am amerikanischen Atomwaffenpool aus und dementierte jegliche Absicht Italiens in dieser Richtung. Die Bundesrepublik blieb wiederum allein, und kurz darauf sah sie sich noch einmal international desavouiert, als die Politische Kommission der UNO und im Anschluß daran die Vollversammlung ohne Gegenstimme die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz beschlossen, zu der auch Nichtmitglieder der Vereinten Nationen geladen werden sollen. In New York verlautete dazu aus UN-Kreisen, daß mit dieser Formulierung nicht nur an Rotchina gedacht sei, sondern auch an Deutschland, das ja von Abrüstungsbeschlüssen unmittelbar betroffen werde, wobei sich die Beteiligung beider deutscher Staaten als selbstverständlich bzw. unvermeidlich aufdränge.

Deutlicher kann man innerhalb eines Monats kaum das Fiasko seiner Politik bestätigt bekommen. In ihrer außenpolitischen Konzeption, die seit der Gründung der NATO die gleiche geblieben ist, hat sich die Bunderepublik so weit von ihren Verbündeten entfernt, daß man nur von einer schweren Entfremdung sprechen kann. Für diese Isolierung hat sie nichts, aber auch gar nichts eingehandelt, was sie dem in Grundgesetz und Regierungsprogrammen immer wieder deklarierten Ziel der Wiederherstellung der nationalen Einheit nähergebracht hätte. Ja, sie hat nicht einmal das zweite Ziel, das einer festen westeuropäischen Integration, erreicht, da Frankreich in dem Augenblick aus der Integration ausbrechen mußte, in dem die machtpolitischen Absichten der Bundesrepublik offenkundig wurden. Eine Europa-Politik, die auf Hegemonie in dem wirtschaftlichen und politischen Bündnisganzen ausging, mußte den Widerstand zum mindesten des mächtigsten Partners hervorrufen. Der deutsche Drang nach militärischer Vorrangstellung gefährdet mithin auch den Prozeß der wirtschaftlichen Einigung Europas.

Dieses Ergebnis einer verfehlten Diplomatie war seit Jahren abzusehen. Es konnte korrigiert werden in dem Augenblick der Wachablösung im Palais Schaumburg, als an die Stelle Konrad Adenauers ein neuer Bundeskanzler trat, der ohne Prestigeverlust die Konsequenzen aus einer unhaltbar gewordenen Situation zu ziehen vermocht hätte. In den zwei Jahren des Übergangskabinetts Erhard ist kein Anzeichen für eine solche Entwicklung sichtbar geworden. Im Gegenteil, im Augenblick seines eindrucksvollen persönlichen Wahlerfolges, den

der Bundeskanzler doch auch als neuer Mann und damit vermeintlich als Vertreter eines neuen Kurses gerade gegen die Querschläge Adenauers und seines Anhangs errang, schwenkte Erhard völlig auf die alte Linie ein: sein Regierungsprogramm wurde das einer äußeren, militärisch abgesicherten Machtentfaltung. Die wiedererwachte und verstärkte nukleare Begehrlichkeit wurde dafür zum Indiz und rief Schrecken in der übrigen Welt hervor.

Gösta von Uexküll hat in einem bemerkenswerten Kommentar in einer Schweizer Wochenzeitung eine Nuancierung der deutschen Forderung vorgeschlagen, die einer wirklichen Umkehrung gleichkäme. Er schrieb: „Jedermann würde verstehen, wenn eine deutsche Regierung darauf bestehen würde, daß ohne ihre Zustimmung keine Atomwaffe von deutschem oder auf deutschem Gebiet abgefeuert werden darf. Mit einer solchen Forderung würde die Bundesregierung nichts preisgeben, aber sich überall — auch im Osten — Vertrauen einhandeln. Ein Finger an der S i c h e r u n g , das wäre ein Trumpf, der stäche." Seit Jahren sind alle europäischen Staaten, die kleineren und traditionellneutralen im besonderen, in höchstem Maße besorgt über die bedrohliche Konfrontation zweier hochgerüsteter Weltmächte in Europa, eine Konfrontation, die beim geringsten Zwischenfall, ja schon bei einem Mißverständnis zur Auslösung eines atomaren Weltkriegs führen kann. Sie sind um so besorgter, als diese Konfrontation auch auf dem Gebiet eines Deutschland stattfindet, dessen beide Teile je zu einem der beiden gegnerischen Lager gehören. Der Wunsch nach Wiedervereinigung kann unter diesen Umständen allzuleicht in eine Konzeption der Eroberung der anderen Hälfte umschlagen, die einen umfassenden Konflikt nach sich zöge. Es gab Situationen, in denen wir einem solchen Konflikt um Haaresbreite entgangen sind: etwa als General Clay die amerikanischen Panzerschwadronen mobilisierte, um mit ihnen während der Blockade nach Berlin durchzubrechen; oder als am 17. Juni 1953 bundesrepublikanische Eingriffe auf das Gebiet der DDR in der Luft lagen. Die Welt sitzt nicht gerne auf dem Pulverfaß. Das, und nicht etwa eine besondere Sympathie für das nationale Anliegen der Deutschen, ist der Grund dafür, daß das Problem der Wiedervereinigung draußen noch nicht in Vergessenheit geraten ist. Die deutsche Teilung enthält zu viel brisanten Sprengstoff, als daß man sich bei ihr beruhigen durfte. Das hat man wohl überall in der Welt eingesehen, im Osten wie im Westen, ja sogar in den jungen Entwicklungsländern, die gewiß genug der eigenen Probleme haben. Es ist gewiß kein Zufall, daß vor einem Jahr ein aus einem afrikanischen Lande kommender Präsident der UNO-Vollversammlung zum Entsetzen der bundesrepublikanischen Diplomatie diese Frage unzweideutig angesprochen hat.

Seit 1949 hat es die Bundesregierung versäumt, Pläne für die Wiedervereinigung zu entwickeln, die den ohne unser Zutun entstandenen Realitäten Rechnung getragen hätten. Auch in der 5. Legislaturperiode fehlt im Regierungsprogramm noch ein solcher Plan. Wir haben es bedauerlicherweise der DDR überlassen, eine einfache Formel zu finden: Gespräche zwischen den Vertretern der beiden deutschen Staaten. Eine Zeitlang konnte man die Augen schließen und so tun, als ob diese DDR nicht existiere. Einmal mußte der Tag kommen, an dem die Welt sich dieser Fiktion nicht mehr beugen und von der Tatsache eines Staates Notiz nehmen würde, in dem 17 Millionen Menschen wohnen und beträchtliche industrielle Produktionsanlagen bestehen. Nun, dieser Tag ist längst gekommen, wenn auch der Trick mit der „gestuften Anerkennung", mit dem Gradunterschied von Handelsmissionen, konsularischen und diplomatischen Vertretungen noch einen dünnen Schleier darüber zu decken vermag. Solche Finessen verhindern nicht, daß heute andere Nationen zu uns sagen: die Deutschen müssen miteinan-

der reden — und schlimm genug, wenn wir von Dritten dazu gezwungen werden müßten!

Es zeugt von einem grundfalschen Verhältnis zu politischen Realitäten, wenn der Bundeskanzler erklärt, die Bundesregierung sei bereit, „als ein störendes Element zu gelten", weil sie darauf bestehen werde, vor der Existenz des anderen deutschen Staates die Augen zu verschließen. Das ist reine Don-Quijoterie, und wir machen dabei, wie der Ritter von la Mancha, eine sehr traurige Gestalt. Denn wer wird auf die Dauer schon mit uns den Kopf in den Sand stecken wollen! Wenn wir uns nicht endlich zu einer sachlichen, vorurteils- und ressentimentsfreien Deutschlandpolitik aufraffen, so könnte die Deutschlandfrage schließlich einmal gegen unseren Willen gelöst werden. Die Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung macht uns in einem Punkte, in dem wir nach dem Grad unserer Betroffenheit und nach den Chancen, die wir auszunutzen vermöchten, handelnde Subjekte sein müßten, zu willenlosen Objekten der internationalen Politik. Eines ist sicher: niemand in der Welt wäre bereit, einer gewaltsamen Wiedervereinigung zuzustimmen, weil jede Machtanwendung sofort zum Weltkrieg führen müßte. Die Alternative ist folglich eine Wiedervereinigung auf der Basis des Gesprächs, der Verhandlungen und des Machtverzichts. Denn natürlich kann es kein ganzes Deutschland geben, dessen Hälften in verschiedene militärische Machtblöcke eingegliedert wären. Die Wiedervereinigung setzt das Disengagement voraus. Es muß in Mitteleuropa eine rüstungsverdünnte atomwaffenfreie Zone geben, die durch ein kollektives europäisches Sicherheitssystem unter Einschluß der USA und der UdSSR garantiert würde, so wie es schon der Deutschlandplan der FDP von 1959 und der Deutschlandplan der SPD aus dem gleichen Jahr vorgesehen haben. Diese beiden Parteien haben damals Ansätze zu einer realpolitischen Betrachtung der Wiedervereinigung entwickelt — keiner dieser Ansätze ist je von der Bundesregierung aufgegriffen worden.

Was damals eine Vorbedingung für die Lösung der deutschen Frage war, ist heute längst ein internationaler Aspekt des Zusammenlebens der Völker geworden. Die Idee kernwaffenfreier Zonen hat sich anderorts als Stabilisierungselement des Weltfriedens durchgesetzt: in Afrika, in Südamerika gibt es regionale Abmachungen dieser Art, Indien hat einen freiwilligen Verzicht ausgesprochen (und gerade das Beispiel Indiens zeigt jetzt, wie gefährlich der Besitz von Atomwaffen hätte sein können und wie schnell ein konventioneller Konflikt heute zu versanden vermag). Nur noch in Europa stehen sich die Weltmächte mit atomaren Waffen Grenze an Grenze gegenüber, hier ist die Stelle, an der ein weiteres regionales Sicherheitssystem die Entspannung garantieren müßte. Unter Ausschluß Deutschlands (beider Deutschland!) ist das nicht möglich — warum sollte es nicht von Deutschland ausgehen?

Hier läge eine wirkliche, erfolgversprechende (weil mit den internationalen Entspannungstendenzen in Einklang stehende) Alternative zu der gescheiterten Außenpolitik der bisherigen Bundesregierungen: eine Politik, die aktiv auf die Herstellung eines europäischen Sicherheitssystems ausgeht und in diesem Rahmen die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands legt. Eine solche europäische Lösung wird es über kurz oder lang auch ohne Zutun der Bundesrepublik geben. Wenn Konrad Adenauer die französisch-sowjetische Annäherung in diesem Sinne bereits als eine „Einkreisung" apostrophierte, so kann dieses böse und falsche Wort zeigen, wohin es führen muß, wenn die Bundesrepublik in der Mitte Europas sich dem allgemeinen Zug zur Entspannung und zum Ausgleich bestehender Gegensätze auch weiterhin versagt. Um sie herum

werden sich die Fäden der Verständigung spinnen, und sie wird schließlich in hoffnungsloser Isolierung das zu akzeptieren haben, was die anderen unter sich aushandelten. Nur wer sich in den Fluß des politischen Geschehens einschaltet, kann daran mitwirken, wenn die Grundlagen seiner eigenen Zukunft gelegt werden. Am politischen Horizont Europas zeichnet sich das Bedürfnis nach einem Abbau der militärischen Konfrontation ab, die Blöcke lockern sich auf. In dieser Situation entstehen spezifische Probleme, die die politische Form des friedlichen Zusammenlebens der europäischen Staaten betreffen. Diese Probleme sind zweifellos nicht mit denen Afrikas oder Südamerikas zu vergleichen. Organisationen wie die OAU oder die OAS können nicht ohne weiteres das Vorbild für ein europäisches Sicherheitssystem bieten. Sie zeigen aber doch, daß solche supranationalen Zusammenschlüsse möglich sind und eine Art System gegenseitiger Sicherheitsleistung darstellen.

Wie sieht es nun in Europa aus? Zunächst ist da einmal die Tatsache, daß die eine der beiden atomaren Weltmächte mit der vollen Länge ihrer Westgrenze an dieses Europa stößt. Sie hat folglich mit konventionellen militärischen Mitteln vor der zweiten dieser Weltmächte, den USA, einen Vorsprung, der allerdings durch das Gleichgewicht nuklearer Fernwaffen ausgeglichen wird, dann und nur dann, wenn die USA einen eventuellen Angriff auf Europa jederzeit als einen Angriff auf sich selbst betrachten werden. Das heißt: jedes europäische Staatensystem müßte in seiner Unverletzlichkeit durch beide Weltmächte garantiert werden — eine solche Garantie wäre um so größer und sicherer, je stärker beide Mächte, vor allem eben die USA, sich durch wirtschaftliche Interessen mit der europäischen Zwischenregion verbunden fühlen würden.

Sodann sind die europäischen Staaten in zwei einander entgegengesetzte Militärblöcke integriert, die NATO und den Warschauer Pakt, die beide von den außerhalb Europas liegenden Weltmächten dominiert werden und darum gleichsam die strategische Organisation des Vorfeldes dieser Weltmächte darstellen. In beiden Blöcken zeigen sich in den letzten Jahren Auflösungstendenzen. Solange diese Militärpakte jedoch existieren, fällt Europa in zwei Lager auseinander. Dadurch wird die Herstellung einer echten, funktionablen europäischen Friedensorganisation und vollends die Wiederherstellung der deutschen Einheit erschwert, bzw. unmöglich gemacht. Denn die aus strategischen Erwägungen entspringenden politischen Forderungen müssen sich notwendig gegeneinander richten und nicht zueinander führen. Wenn uns auch die Sprecher der verschiedenen Kabinette Adenauer versichert haben, daß unser Eintritt in die NATO uns der Wiedervereinigung näher bringen werde, so hat doch die politische Entwicklung genau das Gegenteil bewiesen. Es wäre also an der Zeit, zu fragen, ob wir nicht mit einer Konzeption, die die NATO überflüssig macht, unseren nationalen und auch den europäischen Interessen besser dienen würden als mit der Fortsetzung des bisherigen Kurses. Ein System europäischer Sicherheit müßte wahrscheinlich den Abbau und endlich das Verschwinden der beiden Militärgruppierungen einschließen.

Die Erfahrungen mit der EWG (wie übrigens auch die des Comecon) haben gezeigt, daß im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der beiden großen Sozialsysteme noch Widersprüche auftauchen, die aus der verschiedenen ökonomischen Struktur der beteiligten Länder und aus den daraus resultierenden konträren Interessen resultieren. Die EWG ist in der Krise, die EFTA im Verfallstadium, das Comecon funktioniert nicht reibungslos. Voraussichtlich würde eine Auflockerung der Wirtschaftsgrenzen zwischen den Blöcken, würde die Ent-

wicklung eines losen gesamteuropäischen Marktzusammenhangs viele Spannungen, die sich gegenwärtig in den Teilgruppierungen ergeben, von selbst verschwinden lassen. Ein nicht mehr in feindselige Gruppen zerspaltenes, sondern multilateral verknüpftes Europa würde gerade in seiner Vielfalt einen idealen Markt abgeben.

Von Deutschland aus gesehen, ist allerdings die zaghafte Knüpfung von Handelsbeziehungen zu den Oststaaten kein wirklicher Schritt auf diesem Wege. Denn die entspannende Funktion des Handels kann erst dann in Erscheinung treten, wenn die großen politischen Kontroversen friedlich beigelegt sind. Die Konzeption Außenminister Schröders ist darum keine Alternative zur bisherigen Regierungspolitik. Sie läßt alle Hindernisse der Entspannung und der Wiedervereinigung bestehen, indem sie der Realität der DDR aus dem Wege geht und die kritische Frage der deutschen Ostgrenzen ausklammert. Über beide Punkte wird aber auf europäischer Ebene gesprochen werden müssen, wenn ein Friedenspakt aller europäischen Staaten an die Stelle des jetzt bestehenden Zustandes unliquidierter Kriegsfolgen treten soll. Die Lösung der deutschen Frage ist die Voraussetzung der europäischen Sicherheit. Die Bundesregierung wird nicht darum herumkommen, dieser Bedingung Rechnung zu tragen und endlich einmal klar auszusprechen, daß sie der international gewünschten friedlichen Einigung auf den Status quo weder verbal noch aktiv widerstrebt.

Den Anstoß zu einer solchen Erneuerung des stagnierenden politischen Feldes in Europa müßte eine Konferenz aller europäischen Staaten über die Bildung eines kontinentalen Sicherheitssystems geben — eine Konferenz, auf der zunächst einmal von allen Seiten die Konzeptionen und Standpunkte vorgetragen und somit der Gesprächsboden bereitet würde. Dann ließe sich auf einer mittleren Linie der Vernuft und Realisierbarkeit eine Angleichung der Standpunkte vollziehen, wobei die neutralen Staaten ihre traditionelle Vermittlerrolle spielen könnten. Auf einer solchen Konferenz werden alle entscheidenden Fragen: die Bildung einer kerwaffenfreien Zone, die Schaffung von Sicherheitsgarantien, der Abbau der Militärblöcke, die internationale Abrüstung, die Frage der deutschen Wiedervereinigung und der deutschen Grenzen und die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zur Sprache kommen und in ihrem Zusammenhang betrachtet werden. Sie könnte den Auftakt zu einer neuen Phase europäischer Politik geben.

An sich ist es gleichgültig, von wem der Aufruf zu einer solchen Konferenz ausgeht, wenn nur sichergestellt ist, daß sie von keiner Seite boykottiert oder sabotiert wird. Indessen: die Bundesrepublik Deutschland ist neben Frankreich die größte kontinentaleuropäische Macht. Ihre zentrale Lage und die Tatsache, daß gerade ihre Probleme die bisher schwersten Reibungspunkte im europäischen Feld darstellen, sollte die Bundesregierung besonders dazu ermuntern, von sich aus diesen Schritt zur Überwindung der Spannungen zu tun oder ihn wenigstens bei befreundeten oder neutralen Regierungen anzuregen. Es ist bekannt, daß zum Beispiel die schwedische Regierung seit langem mit einem solchen Plan liebäugelt. Hätte das neue Kabinett Erhard hier und jetzt nicht eine Chance, einen überzeugenden Neuanfang dadurch zu dokumentieren, daß die vorbehaltlose Bereitschaft der Bundesrepublik zur Teilnahme an einer solchen Sicherheitskonferenz öffentlich oder durch diplomatische Kanäle kundgetan würde? Sehen der Bundeskanzler und sein Außenminister nicht, daß sie auf diesem Wege die ungeheuere Chance hätten, Deutschland auf eine Weise ins politische Spiel zu bringen, die weit über seine bisherige Rolle als NATO-Bündnispartner und strate-

gisches Vorfeld hinausginge? Die Gelegenheit einer verbesserten und durch die neuesten UNO-Beschlüsse geförderten Gesprächslage muß genutzt werden, um aus dem festgefahrenen Geleise, aus der Sackgasse der bisherigen Außenpolitik der Bundesrepublik herauszukommen, um das Schiff der deutschen Diplomatie wieder flott zu machen. Ein solcher Schritt würde in ganz Europa erleichtert und freudig begrüßt werden.

Friedhelm Baukloh

Ludwig Erhard — Ein Porträt (I)

Prof. Schiller, Wirtschaftsexperte und stellvertretender Fraktionsführer der SPD, zugleich ein Exponent des liberalen Flügels dieser Partei, hat in Beantwortung der Regierungserklärung Ludwig Erhards vom 10. November 1965 am 29. November in einer bemerkenswerten Rede dieser Bundestagsdebatte erklärt, Ludwig Erhard sei leider kein Liberaler. Er verlange als Kanzler vom deutschen Volk „Strammstehen aus höherer Einsicht" und habe zur Abschaffung der pluralistischen Demokratie ein Konzept der Formierten Gesellschaft entwickelt. Erhard, der zuvor seinen Anspruch, Volkskanzler zu sein, gegen Fritz Erler erbittert verteidigt hatte, wehrte sich nicht dagegen, daß ihm Schiller absprach, ein Liberaler zu sein. Er verteidigte sich nicht gegen den Vorwurf, er wolle die pluralistische Demokratie abschaffen, während er zuvor Erler geantwortet hatte — völlig zurecht —, die Formierte Gesellschaft zu ironisieren, wie es Erler tat, sei ein genau so großer Gedankenfehler wie seinerzeit die Ironisierung seiner Pläne einer Sozialen Marktwirtschaft. Schillers Kritik an Erhard traf demnach Gedankengänge, die der Kanzler kaum noch zu verhüllen beabsichtigt. Der Liberale Schiller reagierte gegenüber dem von Erhard angekündigten Formierungsprozeß für das deutsche Volk mit einem Brechtzitat: „Ach, da gibt's überhaupt nur: Nein." Es war nicht das Nein eines Sozialisten, der ist Prof. Schiller gewiß nicht. Es war das kategorische Nein eines demokratisch-liberalen Marktwirtschaftlers. Dieser Wirtschaftsprofessor, das wurde offenkundig in seiner Rede — die er ebensogut als ein Linksliberaler der FDP hätte halten können, Godesberg hat da Grenzen geöffnet — möchte als so etwas wie das inkarnierte intellektuelle Gewissen des demokratischen Liberalismus in der Bundesrepublik den Kampf mit dem autoritären „Volkskanzler" aufnehmen in der Arena des Parlaments. Und es gibt zweifellos auch Kreise in der deutschen Wirtschaft sowie im demokratischen Bürgertum, die in Schiller eine Hoffnung sehen, daß die SPD nicht den Anpassungs-Neigungen Herbert Wehners nachgibt und schließlich doch das Konzept der Formierten Gesellschaft schluckt.

Schiller hat denn auch dem Bundeskanzler vorgehalten, die Verketzerung der widerborstigen Intellektuellen passe ebenso in das Konzept einer Formierten Gesellschaft wie die Verteufelung der Gewerkschaften. Ein Kanzler, der sagt, er

wolle sich über alle Interessenklüngel stellen, verkenne, daß Demokratie der dynamische Ausgleich von Interessen sei. Werde ein solches Konzept als Befriedung der Gesellschaft ausgegeben, dann sei dies ein Frieden der Macht, der den Wettstreit der Kräfte unterbinde und damit die Demokratie untergrabe. Wer das aber proklamiere, könne unmöglich ein Liberaler sein.

Für diese Klarstellung darf man Prof. Schiller dankbar sein. Die Frage ist, und ihr soll in diesem Versuch eines Porträts nachgegangen werden, ob Erhard je ein Liberaler war, ob er nicht heute erst die Machtposition zur Entfaltung seiner Grundkonzeption innehat, die er, und zwar in der Ära des Nationalsozialismus, sich zurechtlegte und — damals noch nicht mit der Vokabel von der Formierten Gesellschaft, sondern mit der zeitgemäßeren von der Wirtschaft im totalitären Staat — auch theoretisch unterbaute. Man hat dem ersten Bundeskanzler Adenauer, zurecht, vorgehalten, daß sein Geschichts- und Menschenbild, sein Bild der Gesellschaft patriarchalische Züge der Vorweltkriegszeit trage, weshalb denn der Vergleich mit Bismarck in bezug auf die Einschätzung der parlamentarischen Demokratie nicht abwegig war (wohl freilich in bezug auf seine Außenpolitik). Bei Erhard, und das ergibt sich aus einer unvoreingenommenen Beschäftigung mit seinem Lebenslauf, ist in den Lehrjahren, in den zwanziger Jahren, einiges an liberalen Praktiken grundgelegt worden, allerdings rein methodisch. Und er hat in seinen Veröffentlichungen in den dreißiger Jahren dann aufgezeigt, wieviel leichter der totale Formierungsprozeß eines Staates mit einigen dem Liberalismus abgeschauten, ihm aber gleichzeitig zweckentfremdeten Praktiken zu leisten ist als mit krassen Polizeistaatmethoden. Erhard war freilich nie ein Nationalsozialist, und er kann darauf hinweisen, daß er für Goerdeler ein Gutachten machte, eine Art Wirtschaftskonzept für den rechten Flügel der Männer vom 20. Juli. Für ihn, der in der Wirtschaft, mit der Wirtschaft und durch die Wirtschaft groß wurde, gab es gewiß einen unüberbrückbaren Gegensatz zum nationalsozialistischen Staat: Er hielt es immer für falsch, daß der Nationalsozialismus auch die Großindustrie seinem Bilde vom totalitären Staat unterwerfen wollte, anstatt den Staat durch die Großindustrie fundamentieren und garantieren zu lassen. Er hat freilich mit Teilen der deutschen Großindustrie gehofft, den Nationalsozialismus noch dazu zu bekehren, das Protektorat der Großindustrie anzunehmen, und er hat in seiner Publizistik im Dritten Reich unablässig dafür agitiert. Er hat es nicht aus eigenem Antrieb getan. Erhard ist ein formierbarer Mensch. Er hat sich seinen Auftraggebern freilich „aus höherer Einsicht" verpflichtet gefühlt. Sie fanden ihn deshalb so brauchbar, daß er sich zunehmend als originärer Wirtschafts- und Gesellschaftstheoretiker und hernach als Wirtschafts- und Gesellschaftspolitiker einmaliger und einzigartiger Prägung fühlte. Auf dem Gipfel dieses Selbstgefühls erklärte er dann schließlich dem Fernsehinterviewer Günter Gaus, er wolle als Kanzler das Schicksal des deutschen Volkes „gnädig" wenden.

„Ich frage mich oft nach meinen eigenen Wurzeln", pflegt Ludwig Erhard gern zu sagen. Als jüngstes von fünf Kindern wurde er am 4. Februar 1897 in Fürth geboren. Sein Vater Wilhelm Erhard betrieb dort eine Kurzwarenhandlung. Das Geschäft florierte. Der Vater war ein Freisinniger, was er durchaus verband mit einer Bejahung des Obrigkeitsstaates. Seine politische Haltung entsprach einer bürgerlichen Konvention in Fürther protestantischen Kaufmannskreisen. Erhards amerikanischer Biograph Jess M. Lukomski betont in der vom Bundeskanzleramt bevorzugten und gelegentlich an Freunde verschenkten Biographie „Ludwig Erhard — der Mensch und der Politiker", die wie Erhards Nachkriegsbücher im Econ-Verlag, Düsseldorf, erschien, daß der Einfluß der Mutter auf Erhard weit stärker war. „Im Alter von zwei Jahren hatte er Kinderlähmung. Die Krankheit

erfaßte ihn im Sommer des Jahres 1899, und seine Mutter, die gerade ihr jüngstes und letztes Kind Wilhelm geboren hatte, mußte sich nicht nur um den Säugling kümmern, sondern auch um ihren kranken Sohn, den sie mit größter Aufopferung pflegte. Ihre selbstlose Hingabe half ihm, seine Gesundheit völlig wiederzuerlangen, und seitdem haben besonders enge Beziehungen zwischen den beiden bis zum Tode der Mutter 1936 bestanden."[1]) Von der Krankheit blieb ein deformierter rechter Fuß zurück, er muß orthopädische Schuhe tragen. „Während mein Vater schon etwas gelten wollte", sagte Erhard seinem Biographen Lukomski, „und in diesem Sinne sozialen Ehrgeiz besaß, war meine Mutter fast scheu, ein stiller, zurückhaltender Typ, jeder Art von Öffentlichkeit abhold. In meinem eigenen Charakter, in meinem Wesen spüre ich das Erbe einander widersprechender Elemente eines introvertierten und doch gleichzeitig extrovertierten Menschen; einerseits verlangt es mich nach Bestätigung in der Öffentlichkeit, und auf der anderen Seite sehne ich mich nach Zurückgezogenheit."[2])Psychologen haben daraus seine Neigung zum Insichgekehrtsein abgeleitet, da er persönlich nur wenige Freunde hat, da er sich allein in der Atmosphäre bürgerlich-familiärer Geborgenheit sicher wähnt, da er andererseits aber ständig nach Selbstbestätigung durch seine Umgebung verlangt und es persönlich übelnimmt, wenn man sie ihm vorenthält. Er braucht jeweils eine Schutzhülle. Das kann auch ein Beraterteam sein, das ihn suggestiv bestätigt. Das alles sind Merkmale für eine schwierige, aber, wo sie genau angepaßt gehandhabt wird, erfolgreiche Lenkbarkeit seines Willens und seiner Vorstellungskraft. Charakteristisch ist jedenfalls, daß ihm meist durch die Umstände, kaum jemals durch Eigenwillen, die Stadien seiner Lebensbahn vorgeschrieben wurden. Er hat sich in jede seiner Positionen hineindrängen lassen, und es waren immer Interessen anderer, die ihn in seiner Karriere voranbrachten. Insofern ist es nicht nur eine barocke Attitüde, wenn bei ihm das Wort „Gnade" in seinem (dies ein entschieden mütterliches Erbteil), leicht ins Mystische formlos entgleitenden Denken eine ernsthafte Rolle spielt. Das hat einen theologischen Hintergrund nur im konventionellsten Verstande. Doch Erhard glaubt fest — darauf gründet sein Optimismus — an ein ihm gnädiges Schicksal, das ihm auf Grund seiner Redlichkeit und Anständigkeit nicht den Erfolg seiner erhaltenden und bewahrenden Tätigkeit vorenthält, so daß er nur zuwarten muß, bis die Situationen jeweils reif sind, in denen Interessenten, in seiner Sendung das Schicksal, ihn wieder eine Stufe weiter bringen. In diesem Stufendenken fühlt er sich noch keineswegs auf dem Gipfel der Macht, um seine Modelle von der Gesellschaft zu entwickeln. Auch seine Berater legen ihm nahe, in der Bundesrepublik das Modell der Formierten Gesellschaft so zu entfalten, daß es sich auf Europa, auf die ganze Welt übertragen läßt. Erhard hat das in seiner Regierungserklärung angedeutet.[3])

Sein Ausbildungsweg sah zunächst vor, daß Ludwig Erhard nach dem Willen des Vaters dessen Geschäft übernehmen sollte. So verließ er mit der Mittleren Reife mit 16 Jahren die Realschule in Fürth und begann eine Lehre in einem Nürnberger Textilgeschäft. Erhard dazu: „Ich wundere mich heute noch oft, wie selbstverständlich es mir damals erschien, daß ich eines Tages das Geschäft meines Vaters übernehmen würde."[4]) Bis 1916 absolviert er seine kaufmännische Lehre. Dann wird er eingezogen. Heinrich Rummel, ein ehemaliger Kriegskamerad, dazu: „Kräftig, furchtlos und unbeschwert, wie er war, fügte er sich ohne weiteres in das oft rohe, erbarmungslose Kasernenleben."[5]) Er ist gern Soldat gewesen und

[1]) Jess M. Lukomski, Ludwig Erhard — Der Mensch und der Politiker, Düsseldorf-Wien 1965, S. 13.
[2]) Lukomski a.a.O., S. 14.
[3]) Vgl. „Die Welt", Hamburg, v. 11. 11. 1965.
[4]) Lukomskhi a.a.O., S. 18.
[5]) Lukomski a.a.O., S. 21.

brachte es als Artillerist zum Dienstgrad eines Wachtmeisters. 1918 wurde Erhard bei Ypern schwer verwundet. Schulter, Arm und Beine waren verletzt. Von einem Lazarett ins andere transportiert, landete er schließlich im Allgemeinen Kriegskrankenhaus in Recklinghausen, mußte sich zahlreichen Operationen unterziehen und konnte erst Mitte 1919 in seine Heimatstadt Fürth zurückkehren. Durch die Verwundung änderten sich auch seine Berufspläne. Körperbehindert, gab er vorerst die Absicht auf, den väterlichen Laden zu übernehmen. Sein Vater empfahl ihm, an der neuen Nürnberger Handelshochschule zu studieren. Erhard heute dazu: „Diese scheinbar so harmlose Entscheidung erwies sich als ein tiefer Einschnitt von weittragender Bedeutung."[6]) Erhard ergriff das Studium der Volkswirtschaft, und sein offizieller Biograph Lukomski spricht von der „plötzlichen Bekehrung zu Erhard, dem Akademiker und Gelehrten".[7]) 1923 erwarb er das kaufmännische Diplom, heiratete im gleichen Jahr Luise Lotter, eine Nachbarstochter aus Fürth, die er als studierende Kriegerwitwe auf der Nürnberger Handelshochschule wiedergetroffen hatte. Sie bestand ihr Examen als Diplomkaufmann zur gleichen Zeit wie er. Die Ehe wurde zehn Tage nach der Währungsstabilisierung geschlossen.

Erhard setzte danach sein Studium an der Universität Frankfurt fort, Volkswirtschaft, Soziologie und Philosophie, wozu ihm seine Frau riet. Er promovierte 1924 über das Thema „Wesen und Inhalt der Werteinheit" bei dem Nationalökonom und Soziologen Prof. Franz Oppenheimer. In dieser Zeit ließ sich Erhard von den Vorstellungen seines „Doktorvaters" leiten, der einen „liberalen Sozialismus" eigener Prägung verfocht. Oppenheimer war ein Vorkämpfer der Landreform, die er zur Kernfrage seiner Wirtschaftsphilosophie machte. Er trat für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften ein als Keimzelle und Modell eines liberalen Sozialismus, der „Glauben an und Streben auf eine von allem Mehrwert erlöste Wirtschaftsordnung ist, eine Ordnung, in der alle Arbeit ihres vollen Ertrages sicher, aus der Grundrente und Kapitalprofit verschwunden sind."[8]) Dazu forderte er die Enteignung des Großgrundbesitzes und an dessen Stelle ein System freier, genossenschaftlich organisierter Siedler. Oppenheimers Ideen wurden von der Fachwissenschaft seiner Zeit als utopisch angesehen, da sie die Bedingungen des Industriezeitalters nicht genügend berücksichtigten und alles Heil von einem Teilaspekt, der Bodenreform, erwarteten. Immerhin ist die Errichtung des Kibbuz in Israel, aus einer besonderen Situation heraus, eine partielle Verwirklichung Oppenheimerscher Gedanken. Er floh als Jude 1934 nach Amerika und starb 1943 in Los Angeles.

Erhard übernahm nach dem Studium zunächst bis 1928 die Leitung des heimischen Textilgeschäfts, weil der Vater das Studium „sich rentieren sehen" wollte. Doch beschäftigte ihn die Aussicht auf eine wissenschaftliche Laufbahn stärker, und so war er froh, als der Vater sich 1928 mit sechsundsechzig Jahren zur Ruhe setzte, das Geschäft verkaufte und Erhard nun wissenschaftlicher Assistent im Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware in Nürnberg werden konnte. In diesem Institut arbeitete er bis 1942, nachdem er 1930 Mitglied der geschäftsführenden Leitung und im Januar 1933 verantwortlicher Schriftleiter der „Wirtschaftspolitischen Blätter der deutschen Fertigindustrie" geworden war. Das Institut wurde von Prof. Wilhelm Vershofen geleitet. Es vertrat die Interessen der Konsumgüterindustrie und speziell der Hausratindustrie. Die Großunternehmen der Konsumgüterindustrie entwickelten es zu ihrem Marktforschungsinstitut.

[6]) Lukomski a.a.O., S. 28.
[7]) Lukomski a.a.O., S. 29.
[8]) Lukomski a.aO., S. 37.

Als 1934 der Einfluß der IG Farben auf das Institut sehr nachhaltig wurde, beschäftigte man sich dort dann mehr mit industrieller Kalkulation und Kostenvergleichen.

Erhard, der sich als Publizist in dem linksliberalen „Tagebuch" von Leopold Schwarzschildt noch 1932 kritisch mit Schacht auseinandergesetzt hatte, wobei gewisse gegen Konzerne und Monopole gerichtete Tendenzen Oppenheimers bei ihm nachwirkten, machte als Schriftleiter der „Wirtschaftspolitischen Blätter der deutschen Fertigindustrie" gleich 1933 seinen Frieden mit den neuen Verhältnissen und schwor dem Liberalismus ab. Das war nicht nur Opportunismus und ein bei Erhard immer wieder zu beobachtendes rasches Nachgeben gegenüber Machttendenzen einer neuen Lage. Es brach hier seine stets vorhanden gewesene Skepsis gegenüber einem freien Spiel der Kräfte in der Demokratie durch. In dem Leitartikel „Nationalwirtschaft" der „Deutschen Fertigware" Heft 2/1933 schreibt er als Frucht seines Nachdenkens über den Regimewechsel: „Das eine jedenfalls ist gewiß: Das Zeitalter des Liberalismus, des freizügigen Individuums, ist vorüber. Die Auffassung, daß diese Wirtschaftsprinzipien am ehesten der Aufgabe, die Menschen mit materiellen Gütern zu versorgen, gerecht zu werden vermögen, ist heute nicht nur in Deutschland überwunden. Nie hätte ja auch der richtunggebende Satz ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz' so starkes und nachhaltiges Echo finden können, wenn es wahr oder wenn es doch nur geglaubt wäre, daß die freie Entfaltung des Individuums und dessen Streben nach Reichtum, Glück und Geltung zugleich auch die Harmonie der Gesamtheit und den Ausgleich der Interessen verbürge."[9]) Und Ende 1933 zieht er das Fazit: „Die bejahende Einstellung zum neuen Staat und zur neuen Wirtschaft bedeutet hier mehr als ein Lippenbekenntnis, denn gerade in den Kreisen des industriellen und händlerischen Mittelstandes fanden nationalsozialistische Ideen seit jeher stärkste Resonanz."[10]) Wir können es uns und dem Leser ersparen, hier im einzelnen die Stationen der publizistischen Angleichung Erhards an das NS-Regime zu verfolgen. Es wurde auch schon vermerkt, daß er zur Partei, der er nie beitrat, persönlich Distanz hielt. Was ihn faszinierte, war indes die geschlossene Gesellschaft, die „Leistungsgemeinschaft" und gleichzeitig die Hoffnung, diesem neuen Regime mit der Zeit doch mehr nationalwirtschaftlich-expansive als weltanschaulich parteiideologische Wege zum „totalen Staat" weisen zu können. Zu dem Sammelband „Marktforschung als Gemeinschaftsaufgabe für Wissenschaft und Wirtschaft", Wedding, Wuppertal 1939, hat Erhard einen Hauptartikel beigesteuert: „Voraussetzungen und Prinzipien der Marktforschung", der in übersichtlichem Zusammenhang sowohl seine Tätigkeit beim Institut in der NS-Zeit widerspiegelt als auch seine dabei ausgereiften Leitvorstellungen im Konzentrat enthält.

Gleich eingangs weist Erhard auf den gesamtgesellschaftlichen Wert, auf die politische Bedeutung der Marktforschung hin: „Wenn Marktforschung die wirtschaftenden Menschen bzw. Gruppen dazu befähigen soll, das Marktgeschehen reibungsloser und auch ergiebiger zu gestalten, so kann diese Forschung nicht in der bloßen Erfassung von Quantitäten steckenbleiben, sondern muß über die Produktions- und Absatzstatistik hinaus vorzustoßen suchen bis in die gesellschaftliche Sphäre des Marktgeschehens. Das gerade macht ja die besondere Problematik aus, daß jede rechenhafte Methode versagt, wenn es sich darum handelt, die auf dem Markte vorherrschenden gesellschaftlichen Beziehungen derart festzuhalten, daß diese in ihrer Auswirkung gewichtsmäßig erfaßbar werden."[11])

[9]) „Die Deutsche Fertigware", Nürnberg, Heft 2/1933, Teil A, S. 17.
[10]) „Die Deutsche Fertigware", Nürnberg, Heft 1/1934, Teil A, S. 3.
[11]) Ludwig Erhard, Voraussetzungen und Prinzipien der Marktforschung, in „Marktforschung als Gemeinschaftsaufgabe für Wissenschaft und Wirtschaft", Wuppertal 1939, S. 31.

Erhard entwickelt aus den gesellschaftspolitisch relevanten Beobachtungen der Marktforschung, wie er sie im Nürnberger Institut betrieb, Grundsätze einer „freien Marktwirtschaft" im „totalitären Staat". Dazu muß er freilich aufräumen mit dem „überwundenen Liberalismus", der freie Wirtschaft und totalitären Staat als Gegensätze auffaßte. Erhard schränkt die Freiheit auf eine bestimmte Gruppe Privilegierter beim Wirtschaftsgeschehen ein. Er fordert „die grundsätzliche Freizügigkeit des Menschen als Produzent" und fügt hinzu: „Freiheit bedeutet indessen nicht Ungebundenheit." Die Freiheit des Produzenten ist insofern dem „großen Ganzen" verpflichtet, als sie dem „Primat der politischen Führung" unterworfen ist. „Der nationalsozialistische Staat insbesondere, in dem das Primat der politischen Führung in allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen der Nation unbestritten ist, wird naturgemäß auch die Wirtschaft in den Dienst der übergeordneten nationalen Ziele und Aufgaben einspannen und mit den ihm geeignet erscheinenden Mitteln auf die Gestalt und Entwicklung der Wirtschaft einwirken."[12]) Damit räumt er generell dem „nationalsozialistischen Staat" das Recht ein, „der Wirtschaft von heute" ihren „arteigenen Stempel aufzudrücken". Dabei ist die Marktforschung „Mittel zum Zweck". Damit ordnet Erhard seine Tätigkeit im Institut zweckhaft in die nationalsozialistische Wirtschaftsordnung ein.

Stets jedoch ist er bemüht, in diesem von dem „Primat der politischen Führung" abgesteckten Rahmen die Unternehmerfreiheit zu proklamieren und das Regime um ihre größere Beachtung zu ersuchen: „Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung ist, wie gezeigt und gefolgert werden konnte, die unabdingbare Voraussetzung jeglicher Marktwirtschaft; diese Freiheit und Freizügigkeit aber hat sich einer gemeinverbindlichen höheren Ordnung einzufügen."[13])

Deutlich ist die Unterscheidung zwischen der Freiheit der Produzenten und der von Erhard geforderten möglichst straffen Ausrichtung des Volkes. Erhard wünscht, daß „der Geist der neuen Zeit die Lebensführung, ohne daß Verbote vonnöten wären, stabilisiert". Und er betont: „Dieser Gesichtspunkt verdient im totalitären Staat insofern eine besondere Beachtung, weil in ihm die Politik alle Bereiche des sozialen Lebens erfaßt und somit immer wieder Überlegungen auftauchen müssen, an welcher Stelle zwecks Erreichung der als notwendig erachteten Ziele der Hebel anzusetzen ist. Diese Ziele sind gesetzt, und es kommt darauf an, die Nation zu jener physischen und psychischen Kraftentfaltung hochzureißen, die den Erfolg sicherstellt. Daß damit auch weitreichende Einflüsse auf das Wirtschaftsleben, ja mehr noch, Beschränkungen der Freizügigkeit der Person verbunden sein müssen, kann nur den überraschen, der die Zeit und ihre Zeichen nicht verstanden hat."[14])

Damit aber verliert die Marktforschung jegliche nur wirtschaftliche Funktion, sie wird nun „nicht nur zum Erkenntnismittel, sondern darüber hinaus zum Instrument akuter Wirtschaftspolitik; sie ist, das kann ohne Übertreibung gesagt werden, für die Wirtschaftsführung des totalitären Staates zu einem unentbehrlichen Rüstzeug geworden".[15]) So wird die Marktforschung, im Dienst des totalitären Staates, wie ihn Erhard bejaht, politisiert. „Mit der Ordnung des Marktes unlösbar verbunden ist zugleich die Aufgabe, auch die ökonomisch-gesellschaftlichen Beziehungen unter ein Ordnungsprinzip zu stellen. Nichts würde dem Geist unserer Zeit mehr zuwiderlaufen als die Auffassung, daß auf dem Markt nur wirt-

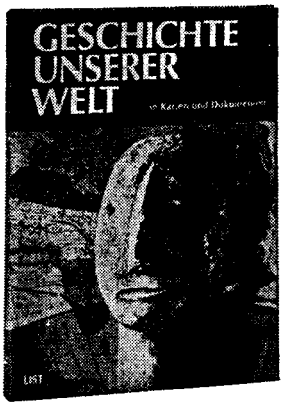
[12]) Erhard a.a.O., S. 32.
[13]) Erhard a.a.O., S. 35.
[14]) Erhard a.a.O., S. 41.
[15]) Erhard a.a.O., S. 42.

schaftliche Überlegungen zur Auswirkung gelangen, denn das hieße an der liberalen Fiktion des homo oeconomicus festhalten."[16]) Immer wieder die Abgrenzung gegenüber einer Antastung der „freien Betätigung des Unternehmers" durch den „totalitären Staat". Das ist der Rest — privilegierter — Freiheit, den Erhard allein für verteidigungswert hielt in der NS-Zeit: „Wenn z. B. im Erlaß des Reichswirtschaftsministers vom 12 .11. 1936 die Unternehmungen angewiesen werden, sich im Hinblick auf die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit auch der Marktforschung zu bedienen, so kommt darin indirekt zum Ausdruck, daß man der freien Betätigung des Unternehmers auf dem freien Markt keine starren Fesseln anlegen will und daß auch das Gewinnstreben der privaten Wirtschaft nicht unterbunden werden soll. So erscheinen heute als Träger der modernen Marktforschung wieder die Privatwirtschaft, die Gruppenwirtschaft und der Staat nebeneinander, aber heute erhält diese Forschung die ihr in der Verfallszeit des Liberalismus ermangelnde einheitliche Ausrichtung."[17]) Nach Erhards Vorstellungen wäre es zweckmäßiger, eine Interessenidentität zwischen Staat und Wirtschaft zur Grundlage der national-wirtschaftlichen Expansion zu machen und die „Partei" gegenüber den Interessen der Wirtschaft in eine rein dienende und volksaufklärende Rolle zu verweisen, die Verfügung über das Staatspotential aber der Wirtschaft allein zu unterstellen. Wie jedoch soll dem „Volk" die „freiwillige" Einfügung in diese „freie Marktwirtschaft des totalitären Staates" auf die Dauer zur Selbstverständlichkeit werden, so daß sie von den Untertanen auch bewußtseinsmäßig bejaht wird? Dazu zieht Erhard die „Gesellschaftsordnung des Mittelalters" als Vorbild heran: „Vor allem aber lehrt uns die Gesellschaftsordnung des Mittelalters in ihrer Blütezeit und in ihrem Verfall, daß es nicht so sehr die Macht der Obrigkeit ist, die den Menschen nach Geburt und Stand sich willig in diese Hierarchie einreihen läßt, sondern die einheitliche weltanschauliche Ausrichtung in der Sinngebung des Lebens auf höhere Werte."[18]) An einem solchen Satz ist abzulesen, daß Ludwig Erhard nicht zufällig, sondern doch sehr bewußt der Christlich-Demokratischen Union beitrat, als er vor die parteipolitische Wahl für seine politische Karriere in der Nachkriegszeit gestellt wurde, denn er sah in der CDU gegenüber den liberalen Demokraten (der FDP) nicht nur den Vorteil, gegen Linksliberalismus mit demokratischen Konsequenzen gefeit zu sein, sondern schätzte auch „die einheitliche Ausrichtung in der Sinngebung des Lebens" als Kompaß für die Auspendelung der Gewichte zwischen Staat, Freiheit der Produzenten und Untertanenethik fürs Volk. Der nationalsozialistische Staat wollte sich zu diesem Konzept nicht restlos bekennen. Erhard aber dachte schon 1942 über das Kriegsende hinaus an die Zeit nach Hitler. Im Kriegsjahr 1942 nämlich schied Erhard aus dem Institut für Wirtschaftsbeobachtung aus, desgleichen aus seinen anderen Ämtern. Er gründete stattdessen in Nürnberg ein eigenes Institut für Industrieforschung. Lukomski schreibt in seiner Erhard-Biographie dazu: „Mit Hilfe von Dr. Karl Guth, seinem Schwager, der damals Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie war, und seinen guten Verbindungen mit der deutschen Industrie gelang es Erhard, genug Kapital zusammenzubringen, um Ende 1942 sein eigenes Marktforschungsinstitut mit Zweigstellen in Nürnberg und Bayreuth zu gründen. Mehrere seiner ehemaligen Assistenten sowie einige der Auftraggeber des Nürnberger Instituts folgten ihm."[19])

Die Selbständigkeit, das eigene Institut gab Erhard die Möglichkeit, sowohl für staatliche Dienststellen wie für Wirtschaftsunternehmen Studien und Untersuchun-

[16]) Erhard a.a.O., S. 42.
[17]) Erhard a.a.O., S. 43.
[18]) Erhard a.a.O., S. 36.
[19]) Lukomski a.a.O., S. 52.

LIST Geschichte unserer Welt in Karten und Dokumenten



Geleitwort von Prof. Dr. F. Schnabel
Insgesamt 206 Seiten, davon 8 Seiten Titelei, 100 Seiten Karten, 80 Seiten Dokumente, 8 Seiten Zeittafeln, 8 Seiten Anhang.

Gebunden **DM 22,80**

Dieser Atlas bietet erstmalig einem breiteren Publikum eine neuartige Kombination aus Karten und faksimilierten Dokumenten der Weltgeschichte.

Wesentlich erschien es den Herausgebern, daß das geschichtliche Geschehen in Zusammenhängen dargestellt wurde, d. h. die Karten wurden so geordnet, daß Längs- und Querschnitte erkennbar werden. Die chronologische Einordnung und das Erkennen der gleichzeitig ablaufenden geschichtlichen Ereignisse wird durch eine achtseitige Übersicht wesentlich erleichtert. Der Bezug der Dokumente zu den betreffenden Karten und umgekehrt ist durch Verweise sichergestellt.

Der Kartenteil stellt die politische Geschichte der Welt von der Vorzeit bis zur Gegenwart in den wichtigsten Ereignissen dar, ergänzt durch zahlreiche Spezialkarten zur Kultur-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.

Überraschend ist die oft erregende Aktualität der Dokumente, die aus den vielfältigen Zeugnissen menschlichen Geistes zu uns spricht.

Lassen Sie sich dieses Werk von Ihrem Buchhändler zeigen.

List

LIST VERLAG MÜNCHEN

gen anzufertigen, unbelastet von Routinearbeit. „Er hat niemals die leisesten Gewissensbisse noch die Notwendigkeit verspürt, sich dafür zu entschuldigen, daß er an verschiedenen volkswirtschaftlichen Studien für eine Anzahl von Regierungsstellen, Wirtschaftszweigen oder Unternehmen während des Krieges gearbeitet hat",[20]) heißt es dazu in der offiziösen Biographie von Lukomski. „Die simple Tatsache ist, daß volkswirtschaftliche Forschung seine Aufgabe war und daß er sie gut ausführte. In den Jahren 1938—39 gab der damalige österreichische Gauleiter Josef Bürkel dem Institut den Auftrag, eine umfassende Untersuchung der österreichischen Wirtschaft zu unternehmen, ihrer Gestehungskonstruktur, ihrer Leistungsfähigkeit und ihres Außenhandels. Erhard und seiner Gruppe wurde die Aufgabe übertragen. Bürkel war von der fachlichen Qualität dieser Arbeit so beeindruckt, daß er Erhard versicherte, er würde ihn befragen, wenn er den Rat eines Nationalökonomen brauche. Vier Jahre später sah sich Bürkel, der damals Gauleiter von Elsaß-Lothringen war, dem Problem gegenüber, die potentielle Produktivität der entvölkerten Rheinpfalz zu steigern und eine Lösung für das Schicksal der lothringischen Industrie zu finden. Selbstverständlich gab man Erhard den Auftrag, das Problem zu studieren und Verbesserungsmaßnahmen zu empfehlen. Er verbrachte einige Wochen an Ort und Stelle als ein unabhängiger beratender Wirtschaftsexperte."[21])

Neben solchen Studien zur wirtschaftlichen Erfassung Großdeutschland eingegliederter Gebiete von Österreich bis Elsaß-Lothringen und neben Ausführungen über „Die Ordnung des europäischen Marktes" in Hitlers Neuem Europa, wie er sie in einem Aufsatz „Die Marktordnung" in einer Festschrift für Wilhelm Kalveram 1942 machte,[22]) hat Erhard gleichzeitig für Industriekonzerne wie Bosch und IG Farben, die auch während des Zweiten Weltkrieges ihre Verbindung zu amerikanischen Teilhabern nicht abreißen ließen, vorausgedacht, wie die deutsche Wirtschaft nach einem von Hitler verlorenen Krieg neu geordnet werden sollte. Goerdeler wurde Erhard als Reichskommissar für Preisüberwachung bekannt, ein Amt, das er auch unter Hitler von 1933 bis 1936 ausfüllte. Im Juli 1944 beendete Erhard für Goerdeler eine Studie über den Wiederaufbau der Wirtschaft nach dem Kriege und übersandte sie Goerdeler, der sie seinen Plänen für eine Regierung nach einem geglückten Attentat auf Hitler zugrundelegen wollte. „Es gibt keine sichere Aussage darüber, was aus dieser Sendung geworden ist,"[23]) schreibt Lukomski. Erhard will sie angeblich als einfaches Postpaket aufgegeben haben, weil das am sichersten gewesen sei. Goerdeler erwähnt sie in einer seiner letzten Mitteilungen an Freunde vor seiner Verhaftung. Nach anderen Quellen soll sie bereits vor Kriegsende in den USA kursiert haben, durch Vermittlung der Erhard befreundeten Konzerne über neutrale Kanäle. Der Öffentlichkeit zugänglich wurde sie bisher nicht. Über sie zu spekulieren, erscheint deshalb müßig. Freilich war Erhard, wie er selbst sagt, was seine politische Nachkriegslaufbahn angeht, „eine amerikanische Entdeckung".[24])

Am 18. April 1945 rückten amerikanische Truppen in Fürth ein. Am 19. April bat Major Cooper, der Kommandeur der Stadt, Erhard, die Reorganisation des Fürther Wirtschaftsamtes zu übernehmen. Als am 19. September 1945 laut Anordnung Nr. 2 der amerikanischen Militärregierung die Länder Bayern, Württemberg-Baden und Hessen proklamiert wurden, ernannte die amerikanische Militärregierung Ludwig Erhard zum Staatsminister für Bayern. Am 22. Oktober 1945

[20]) Lukomski a.a.O., S. 57.
[21]) Lukomski a.a.O., S. 57 f.
[22]) Ludwig Erhard, Die Marktordnung, in „Die Führung des Betriebes, Festschrift für Wilhelm Kalveram", 1942.
[23]) Lukomski a.a.O., S. 54.
[24]) Lukomski a.a.O., S. 59.

übernahm Erhard in München sein neues Amt. „Von Anfang an vertrug sich Erhard ausgezeichnet mit der amerikanischen Besatzungsmacht", schreibt sein amerikanischer Biograph Lukomski. Ministerpräsident der von den Amerikanern ernannten Regierung war der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner. Hoegner berichtet in seinen Lebenserinnerungen, daß ihm der amerikanische Oberst Jackson für den Posten des Wirtschaftsministers Ludwig Erhard „vorgeschlagen" hatte. Erhard sorgte, nach Hoegner, vor allem für eine gute Beziehung zur amerikanischen Besatzungsmacht. „Er hatte für die amerikanischen Offiziere in München schon zu Weihnachten 1945 eine Einladung ins Deutsche Theater gegeben, die sehr erfolgreich verlaufen war. Bei Birkenstein am Wendelstein hatte er für die Amerikaner ein Wochenendhaus eingerichtet, das großen Anklang fand."[25]) Freilich kümmerte sich Erhard weniger um sein Ministerium. „Sein Geist beschäftigte sich mit einer Wirtschaftspolitik, die Wohlstand für alle bedeuten sollte, deshalb konnte er sich auch nicht dafür begeistern, eine Armut für alle zu verwalten",[26]), umschreibt Lukomski seine Amtsführung und räumt ein, daß „die wenig abwechslungsreichen Einzelheiten des täglichen Arbeitsverlaufs, die sich nur mit Rationalisierung und Preiskontrolle befaßten", Erhard kaum interessierten. Er arbeitete vielmehr mit einem Kreis von Professoren, darunter Prof. Adolf Weber und Prof. Walter Eucken, Pläne für die Währungsreform aus. Anfang 1946 hatte man sich auf einen Plan geeinigt, den Erhard den Amerikanern überreichte. Joseph Dodge, Präsident der Detroit National Bank und Finanzexperte des amerikanischen Militärgouverneurs, General Clay, bezog den von Erhard vorgelegten Plan in wesentlichen Punkten in seinen Plan „für die Liquidierung des Kriegsfinanzsystems und den finanziellen Wiederaufbau Deutschlands" ein, der im August 1946 in Washington akzeptiert wurde. Am 6. September 1946 hielt der amerikanische Außenminister Byrnes seine Stuttgarter Rede, die das Ende der Rooseveltpolitik in bezug auf ein Abstimmen der alliierten Deutschlandpolitik bedeutete und, nach Lukomski, „Deutschlands Schlüsselstellung" im beginnenden Kalten Krieg erstmals hervorhob. Das unmittelbare Ergebnis war eine Anordnung General Clays, Reparationslieferungen an die Sowjetunion einzustellen.

Hatte Erhard so von München aus im Sinne jener deutschen und amerikanischen Wirtschaftler und Politiker gewirkt, die erste Weichen zu einer Einbeziehung Westdeutschlands in beginnende Auseinandersetzungen zwischen West und Ost stellten, so hatte er dabei den Kontakt mit den einheimischen Landespolitikern nicht gleichzeitig genügend festigen können. Auch Lukomski bescheinigt ihm, er habe „beträchtliche Schwierigkeiten gehabt, seine Kanzlei in Ordnung zu halten. Seine allen politischen Richtungen angehörenden Untergebenen intrigierten gegeneinander und gegen ihren Minister".[27]) Das ist eine freundliche Interpretation der Tatsache, daß Erhard in seinem Ministerium allein 13 Personen, davon 10 leitende Beamte, untergebracht hatte, die unter das amerikanische Entnazifizierungsgesetz fielen, nach dem belastete Nationalsozialisten aus staatlichen Funktionen zu entfernen seien. Sie mußten denn auch entlassen werden. Vor allem aber waren aus der ehemaligen „Reichsgruppe Industrie" von Erhards Schwager Dr. Guth sechs wichtige Mitarbeiter ins bayerische Wirtschaftsministerium eingezogen, und ein Untersuchungsausschuß des, im Dezember 1946, ersten freigewählten bayerischen Landtages, der sich mit Erhards Amtsführung befaßte — Erhard gehörte der gewählten bayerischen Landesregierung Ehard nicht mehr an — kam zu dem Ergebnis, wie der CSU-Abgeordnete Dr. Alois Schlögl vor der Presse erklärte, Erhard habe nicht die Interessenten der Bevölkerung, sondern

[25]) Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter, München 1959, S. 264.
[26]) Lukomski a.a.O., S. 62.
[27]) Lukomski a.a.O., S. 63.

die „einer kleinen Gruppe von Kapitalisten" vertreten. So stand am Beginn demokratischer Selbstverwaltung in Bayern 1947 eine hochnotpeinliche Untersuchung über den „größten Korruptionsskandal der neueren Zeit", als welchen CSU-Schlögl Erhards Amtsführung summarisch bezeichnete, nachdem er die Bevorzugungen bayerischer Unternehmerkreise im einzelnen in einer langen Namensliste aufgeführt hatte. Nach diesem Debakel mußte sich Erhard zunächst einmal aus der Politik zurückziehen. Im November 1947 wurde er Honorarprofessor für Wirtschaftspolitik an der Universität München. Die amerikanische „Neue Zeitung" in München blieb indes weiterhin das Organ, in dem er gegen Planwirtschaft und Sozialismus focht. Die Gefahr einer planwirtschaftlichen sozialistischen Ausrichtung der Wirtschaft in einem geeinten Deutschland schien Erhard dabei so erschreckend, daß er es vorzog, die Wiederherstellung der deutschen Einheit rundheraus abzulehnen. So schreibt er am 26. 5. 1947 in der „Neuen Zeitung": „Alle, die einen deutschen Einheitsstaat ersehnen, müssen sich darüber klar sein, daß dieser die große Gefahr des Totalitarismus in sich birgt, der fast zwangsläufig die staatliche Planwirtschaft und Zwangswirtschaft zum Korrelat hat." [28]) Im Oktober wurde Erhard dann Vizepräsident der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, in der sich zum erstenmal nach dem Kriegsende wieder Vertreter großer Wirtschaftsunternehmen aus der englisch und amerikanisch besetzten Zone zusammenfanden. Im gleichen Monat wurde Erhard von der amerikanischen Militärregierung zum Vorsitzenden der „Sonderstelle Geld und Kredit" des Verwaltungsrates der Vereinigten Wirtschaftsgebiete — der englischen und amerikanischen Zone — gemacht. „Unter dem Namen dieser Dienststelle, die ihre Büros in Bad Homburg hatte, verbarg sich jenes Amt, das in langen, mühseligen Verhandlungen zusammen mit alliierten Sachverständigen die deutsche Währungsreform und die Einführung neuen Geldes vorbereiten sollte. Diese Maßnahmen waren für den unbekannten Tag X geplant. Alles hing davon ab, wie sich das Verhältnis zwischen den westlichen Alliierten und den Russen entwickeln würde",[29]) schreibt der vormalige Angehörige der britischen Botschaft in Bonn, Michael K. Caro, der im Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, zur Bundestagswahl 1965 das Buch „Der Volkskanzler Ludwig Erhard" vorlegte. Caro, gebürtiger Deutscher, 1933 emigriert, ist seit 1958 von Zürich aus als internationaler Wirtschaftsjournalist tätig. Er hat sowohl in die englische wie in die amerikanische Politik der Zeit des Kalten Krieges einen großen Einblick gehabt.

Caro führt es auch auf den amerikanischen Einfluß zurück, daß Erhard völlig überraschend für die Öffentlichkeit am 2. März 1948 Abteilungsleiter der „Verwaltung Wirtschaft" im Bizonen-Wirtschaftsrat in Frankfurt wurde. „Die Abteilungsleiter der Bizonenverwaltung waren die Vorläufer der künftigen Bundesminister. Daß Erhard als politischer Neuling einer dieser Direktoren wurde" — als Nachfolger des bei den Amerikanern in Ungnade gefallenen Dr. Johannes Semmler, der amerikanische Maislieferungen für die deutsche Bevölkerung als Hühnerfutter bezeichnet hatte —, „bedeutete eine Überraschung", schreibt Caro, „denn die anderen Direktoren wie Schlange-Schöningen und Dr. Pünder waren Parteipolitiker und hatten bereits in der Weimarer Republik hohe Regierungsämter bekleidet. Erhards Wahl dürfte vor allem von General Clay gefördert worden sein. Der amerikanische Militärgouverneur hatte Erhard aus seiner Münchner Ministerzeit als einen aufgeschlossenen Mann schätzen gelernt. Nach dem Fiasko mit Semmler wollten ihm die deutschen Politiker entgegenkommen."[30]) Hinzu kam, daß im Zusammenspiel zwischen der amerikanischen Militärregierung und

[28]) „Neue Zeitung", München, v. 26. 5. 1947.
[29]) Michael K. Caro, Der Volkskanzler Ludwig Erhard, Köln-Berlin 1965, S. 87.
[30]) Caro a.a.O., S. 89.

deutschen Kreisen, die sich bereits 1947 in der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft" zusammengefunden hatten, ein Kandidat des gemeinsamen Vertrauens durchgesetzt werden mußte zur Praktizierung der Währungsreform. Die Währungsreform in den drei Westzonen sollte zugleich der wirtschaftliche Grundstein für die Bildung eines westdeutschen Staates sein, die im Juli auf der Londoner Sechsmächtekonferenz von den USA, Großbritannien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg vorgesehen wurde. Am 21. Juni war dann der Tag X der Währungsreform, mit der Ludwig Erhards „Soziale Marktwirtschaft" offiziell begann.

Das Wort Soziale Marktwirtschaft stammt übrigens nicht von Erhard, sondern von seinem späteren Staatssekretär Prof. Müller-Armack. „Erhard schuf weder eine nationalökonomische Theorie, noch gründete er eine neue Schule wirtschaftspolitischen Denkens", schreibt Lukomski zu der mehr eklektisch-strategischen Leistung der praktikablen Zusammenfassung verschiedener Lehren und Systeme zu einem Instrument im Sinne der damaligen amerikanischen Deutschlandpolitik im Bündnis mit der Wirtschaft: „Seine volkswirtschaftliche Konzeption war vielmehr eine bemerkenswerte Synthese heterogener Einflüsse und Elemente. Die systematischen Folgerungen eines Rieger, der liberale Sozialismus eines Oppenheimer, Vershofens Befangenheit in psychologischen Imponderabilien, Webers Freiheit des Individuums und Euckens sozialer Liberalismus, sie alle waren Teile eines Geduldspiels, die Erhard logisch zusammenfügte."[31]) Lukomski kommt zu dem Ergebnis, nicht die Arrangierung so heterogener Gedanken zu einem nie systematisch wissenschaftlich fixierten System, sondern „die Umstände, die unmittelbar nach dem Krieg herrschten", müsse man „begreifen", um das „Wunder der Erhardschen Wirtschaftspolitik" zu erkennen. Dieses „Wunder" sei die Entstehung der Deutschen Bundesrepublik. Damit erfährt man von einem Erhard nahestehenden Amerikaner, daß die politischen Faktoren des 1948 mit voller Wucht einsetzenden Kalten Krieges, welche die Forcierung der Gründung der Bundesrepublik mit sich brachten, den Vertrauensmann des Generals Clay und der an dem neuen Kurs interessierten amerikanisch-deutschen Wirtschaftskreise in die Entscheidungsposition brachten. Die Entscheidung selbst aber war bereits gefallen, und Ludwig Erhard war eben nur der Entscheidungshelfer. Er hatte die nützlichen Vorarbeiten geleistet, er hatte von Anbeginn bedingungslos auf die amerikanische Karte gesetzt — wie ihm das die Großindustrie schon vor Kriegsende nahegelegt hatte — und er war darum der Mann der Stunde, der Mann, bei einer ganz bestimmten weltpolitischen Konstellation an die Rampe zu treten und den Eindruck zu erwecken, hier habe nach NS-Totalitarismus und grauer Planwirtschaft der Hungerjahre die Sternstunde des deutschen Liberalismus geschlagen.

In einem zweiten Teil wird diese Studie sich im nächsten Heft mit der Entwicklung Erhards und der ihn tragenden Kreise von der Ausgabe der Parole der „Sozialen Marktwirtschaft" bis zum Modell der „Formierten Gesellschaft" als Basis seiner zweiten Kanzlerschaft beschäftigen.

[31]) Lukomski a.a.O., S. 66.

Prof. Dr. Hans Conzelmann

Wo steht die Kirche?

Es soll hier nicht davon die Rede sein, was „die Kirche" tut — in Gottesdienst und Diakonie, Unterricht und kirchlicher Organisation, sondern: wo sie „steht", bzw. davon, ob ein Standort überhaupt bestimmt werden kann. Die Kirche ist ja weder eine organisatorische noch eine weltanschauliche Einheit. Es ist außerdem zu fragen, ob das Bewußtsein der Kirche mit ihrer tatsächlichen Position übereinstimmt.

Andererseits gibt es einen gewissen Durchschnitt an öffentlicher — christlicher und nichtchristlicher — Meinung über den wahren oder wünschbaren Standpunkt der Kirche bzw. Kirchen. Sie wird in der Politik wirksam, sobald dort ein „christliches" Firmenschild erscheint. Dadurch wird das öffentliche, politische Bewußtsein und damit die Beziehung von Kirche(n) und Staat bestimmt. Einen Testfall bietet die Aufregung der letzten Wochen, da die Evangelische Kirche eines der politischen Tabus anrührte. Die heftigen Reaktionen zwischen „Hände weg von der Politik!" und „Endlich!" zeigen gemeinsame Merkmale: Die zentrale Sachfrage, ob sich die Kirche ihrem Wesen gemäß verhalten habe, wird durch die Fragen nach der politischen Opportunität zurückgedrängt — ein Zeichen dafür, daß die Kirche ihre Sache, die Gesichtspunkte des Glaubens, kaum in das allgemeine Bewußtsein zu bringen vermochte.

Also: Kann, darf die Kirche überhaupt politische Positionen beziehen? Nach welchen Kriterien ist zu urteilen? Kann es eine einheitliche „christliche" Stellungnahme geben, wenn zur Substanz des Christentums die Gewissensfreiheit gehört? Es ist freilich eine Illusion, anzunehmen, Schweigen der Kirche sei keine politische Stellungnahme. Schon durch ihr Dasein als Organisation ist sie notwendig auch ein politischer Faktor. Und ihre Lehre wirkt als solcher einfach durch sich selbst. Der Staat seinerseits wird diese Kraft politisch nutzbar (oder, wo er das Christentum negiert, möglichst unschädlich) zu machen suchen — nutzbar etwa für die ideologische Fundierung des Staatsbewußtseins, der Moral, Wahrerin der Wertordnung, erwünschte Helferin in der öffentlichen Fürsorge usw. Damit ist gefragt, wie sich das Wesen der Kirche und ihre Wirklichkeit, ihre faktische Rolle in Gesellschaft und Staat zu einander verhalten. Was wird der Kirche zugetraut und zugemutet — und was hat sie zu bieten? Im folgenden soll der Fragenkomplex an einigen Symptomen illustriert werden.

I. Der Graben zwischen der Kirche als Organisation und dem „Kirchenvolk"

Das Einheitsband ist im wesentlichen das kirchliche Brauchtum: von der Taufe über Konfirmation und Trauung zum Begräbnis. Die Kenntnis der christlichen Lehre ist im Durchschnitt mehr als dürftig. Unter Christentum stellt „man" sich etwa vor: die Überzeugung, daß es ein „höchstes Wesen" („Gott") gibt, eine unsterbliche Seele und einen Sohn Gottes; dazu kommt ein ebenso durchschnittlicher Komplex von moralischer Überzeugung samt einer — im Werk-Tag unwirksamen — Hoffnung, in einem „Jenseits" gut anzukommen. Wenn man gelegentlich feststellt, daß die Bibel nichts von einer Unsterblichkeit der Seele wisse, stößt man

auf merkwürdige Blicke — oder christliche Empörung. Es entspricht dieser durchschnittlichen Weltanschauung, daß ihre politische Grundtendenz konservativ ist. Darin wahrt sie das Erbe der jahrhundertelangen Verbindung von Thron und Altar. Und an den wesentlichen öffentlichen Themen der heutigen Kirchenleitungen, etwa an den ökumenischen Fragen, ist sie so gut wie völlig desinteressiert. Man mache Stichproben in einem schwäbischen oder niedersächsischen Dorf — und in einer Großstadtgemeinde.

Es ist ein merkwürdig verqueres Bild: Die Kirchenleitungen hier und die Theologie dort stellen sich auf die heutige „Welt" ein und drängen auf Fortschritt — und erreichen nur eine hauchdünne Schicht. Gelegentliche Krisen („Entmythologisierung") hinterlassen wenige, flache Spuren. Im ganzen wird der traditionelle Betrieb kaum angekratzt.

Man mag dieses Bild einseitig schelten. Jedenfalls sind diese Tatbestände auch da. Wo sich eine Bewegung zeigt, kommt sie bezeichnenderweise von „links", durch die Kritik: einer Jugend, die sich nicht mit Tradition abspeisen läßt; der „Intellektuellen", was ja eo ipso bedeutet: der „Links"-Intellektuellen, da sich in der Bundesrepublik keine Rechts-„Intelligenz" zu formieren vermag; Kritik schließlich aus der Besinnung auf die christliche Substanz, also aus Gruppen, die „mit Ernst Christen sein wollen". Aber: Führt die Kritik zur echten Krise, derjenigen nämlich, die zum Wesen des Glaubens selbst gehört?

II. Die Nicht-Krise

Man kann darüber reden, ob ein Staat heute zu seinem Schutz Atomwaffen brauche, und darüber, wie die Bundesrepublik zu schützen sei. Man wird dabei den internationalen Geruch zu berücksichtigen haben, in dem „die Deutschen" stehen. Man wird auf die Stimmen zu achten haben, die schon wieder am deutschen Wesen die Welt genesen lassen wollen, auf Tendenzen, Deutschland nicht nur in eine geschützte Position, sondern in eine Sendung hineinzumanövrieren, in Adenauers (Schutzmacht gegen Osten) oder Erhards („Formierte Gesellschaft") Stil. Man wird nicht zuletzt das in Rechnung zu stellen haben, was Rudolf Augstein als die deutsche Lust zum Selbstmord zu bezeichnen pflegt — und vor diesem Hintergrund die Praxis der Außenpolitik, ihre Vorbehalte gegen Atomversuchsstop und Abrüstung in ihrer dunkelgründigen Weltfremdheit erscheinen sehen.

Der für die Kirche neuralgische Punkt ist berührt, wenn das Christentum in das politische Spiel gebracht wird, wenn Gott angefordert wird, das militärische Tun unserer Hände zu segnen. Adenauers — in Rom gesprochenes — Wort von der deutschen Sendung ist ja nicht eine gelegentliche Entgleisung, sondern ein politisch-weltanschaulicher Generalbaß. Wenn Strauß den Christen die Wiederbewaffnung zur Christenpflicht macht, weil diese Waffen die Kirchen schützen, so dürfte er die durchschnittliche Überzeugung des Kirchenvolkes aussprechen. Die Kirche ist nicht wie ein Mann zum Protest aufgestanden, obwohl hier eine Irrlehre im Namen des Christentums verkündigt wurde. Eine einsame Stimme verhallte in der Wüste: diejenige Niemöllers. Dafür hat die Überzeugung von Strauß ihre ideologische Schutztruppe in der Theologie selbst. Es ist in aller Klarheit festzustellen: Wo das Ja zur Bombe nicht nur gesprochen, sondern christlich-ideologisch verbrämt, zur Christenpflicht gemacht wird, da liegt — jedenfalls nach evangelischer Auffassung — Irrlehre vor. Denn, in der Begrifflichkeit der Dogmatik gesprochen: hier wird die Leistung des Frommen zum seligmachenden Werk gemacht. Es gibt keine christliche Begründung der Bewaffnung, welche nicht in sich selbst die Idee des Kreuzzuges enthält, und die ist an sich unchristlich.

III. Christentum und Todesstrafe

Verweigerung des christlichen Fahnensegens ist nicht identisch mit einem unrealistischen Weltprogramm. Entsprechendes gilt vom Urteil über die Todesstrafe. Die Stellung zu ihr ist geschichtlich und darum verantwortlich. Es geht z. B. nicht um moralische Verdikte über eine Vergangenheit, in der sie als Schutzmittel allgemein anerkannt war und anerkannt werden konnte, weil Diesseits und Jenseits, göttliche und menschliche Gerechtigkeit miteinander verrechnet werden konnten. Es ist eine andere Frage, was es bedeutet, daß sich das Christentum in dieses Verrechnungssystem hineinziehen ließ. Jedenfalls: Es ließ sich. So entsteht die Absurdität, daß die Todesstrafe im wesentlichen von Christen — nicht etwa verteidigt, sondern zurückgefordert wird. Das ideologische Fundament bildet die christliche Idee der Sühne. Und da sitzt der Teufel. Nach der biblischen Lehre kann nur Gott seine Gerechtigkeit mit der menschlichen verrechnen, niemals der Mensch. Daß dieser es nicht kann, ist die zentrale differentia specifica des Christentums. Juristen haben diese Tatsache gesehen (vgl. z. B. E. Schmidhäuser, Vom Sinn der Strafe, 1963). Die christliche Aufgabe ist gerade, das Recht aus dem Ideologie-Korsett auszuwickeln, damit es Recht sei, nicht Weltanschauung, Ordnungsfaktor, nicht Heilmittel. Allerdings hätte eine Freilegung des Rechts weitreichende Konsequenzen: Es käme an den Tag, daß der Umgang mit dem Eid (Eid vor Gericht so gut wie Fahneneid) biblisch beurteilt ein ständiger Verstoß gegen das zweite Gebot ist. Es ist für dieses Urteil völlig belanglos, ob auch eine nicht-religiöse Eidesformel gestattet wird. Hinter dem Eid steht immer noch die „christliche" Tradition. In der Bibel wird nicht über die richtige Form und Formel des Schwörens verhandelt, sondern schlicht das Schwören untersagt. Sie schärft nicht die „Heiligkeit" des Eides ein, sondern die Unverbrüchlichkeit jedes Wortes. Und sie verwirft den Eid als Symptom einer faulen Moral, die das „gewöhnliche" Lügen verharmlost.

Und die Kirche? Sie müßte gegen beides protestieren: gegen die Aufweichung der öffentlichen Moral und dagegen, daß man dafür — ausgerechnet — den Namen Gottes benutzt.

IV. Das konservative Programm

Es ist am schärfsten formuliert in der bekannten Rede des Herrn von Hassel gegen die „Linksprotestanten" (Welches Wortgebilde! Hat sich der Verfasser einmal einen Gedanken über die Bedeutung von „Protestantismus" gemacht?). Wir stoßen dabei auf ein Symptom, das uns an anderer Stelle wieder sichtbar wird: Der „Rechtsprotestantismus" argumentiert nicht — und das ist nicht ein gelegentlicher Lapsus, sondern durchgehendes Charakteristikum. Es wird ebenso sorgfältig vermieden, Namen der Bekämpften zu nennen, wie Belege für die eigenen Behauptungen über sie zu bringen. „Auseinandersetzung" ist von vorneherein Beschimpfung: in diesem Falle: der Leute, welche die Ideologie des Antichrist verharmlosen, welche die Werte zersetzen, deren Schutz ihre Pflicht wäre, welche nihilistische Saat ausstreuen.

Es lohnt sich nicht, den Wortlaut zu analysieren. Die Rede enthielt keinerlei konkrete Auskunft: Welche Werte gefährdet seien, und: was das Kriterium für Wert und Unwert sei. Keine Spur eines Gedankens, die traditionellen Werte des deutschen Konservativismus könnten nicht christliche Werte sein.

Der Nutzen des Verfahrens leuchtet ein: der Gegner darf nicht zu Wort kommen oder, wenn schon, als Angeklagter. Wenn es sich nur um eine Entgleisung han-

deln würde! Aber die Bonner evangelische CDU-Prominenz, vor der die Rede gehalten wurde, hat sie widerspruchslos angehört. Man tut ihr also kein Unrecht, wenn man in ihr etwa — wenn auch nicht in allen Punkten — das durchschnittliche Verständnis der maßgeblichen evangelischen CDU-Leute sieht.

Kirche und Kirchenvolk schwiegen auch in diesem Falle. Rühmliche Ausnahmen: einige Presse-Stimmen.

Immerhin bleibt ein Trost: Die Erbitterung des Ministers beweist, daß man in der Kirche nicht mehr einfach auf Vordermann marschiert und daß das alte System von Thron und Altar nicht mehr funktioniert.

Das müßte auch ein konservativer christlicher Politiker begrüßen. Er kann sich die Kirche schließlich nicht als Ja-Sage-Esel wünschen. Er müßte daran interessiert sein, daß die christliche Lehre zur Geltung kommt und daß christliche Politik in der Freiheit der Auseinandersetzung wirklich wird. Dann freilich gilt nur noch das Argument. Soll statt dessen das hohle C herrschen?

Soweit der „Linksprotestantismus", den selbige Rede anvisiert, mir bekannt ist, leistet er immerhin seine theologische Denkarbeit; und er ist bedingungslos zur Demokratie entschlossen. Wenn er sich weigert, Nationalsozialismus und Marxismus ideologisch gleichzusetzen, dann hat er das theologische Denken bei sich. Der Nationalsozialismus trat als christliche Bewegung auf. Also galt es, die Verführung durch die Irrlehre abzuwehren und zu verhindern, daß Hitler neben Christus als Heilbringer verehrt wurde, daß das deutsche Volk sich als das Gottesvolk etablierte. Das ist eine völlig andere Lage als gegenüber dem Marxismus.

Und allgemein: Konformismus und Nichtkonformismus, „rechts" und „links" sind in der Kirche nicht gleichwertig. Das ist kein Urteil über die persönliche Überzeugung des einzelnen Christen. Aber der Nichtkonformismus ist denkerisch härter „am Ball". Denn er versteht sich selbst nicht als einen Heilsweg, sondern als in der Krisis. Dem Konformismus muß lauter gesagt werden, er sei kein Weg ins Heil. Es ist doch eines der Kriterien kirchlichen Redens, ob etwas Neues, Unvertretbares gesagt wird — anstatt allgemeiner christlicher Reden zu dem und jenem, zur „sauberen Leinwand" und zum Luxus, zum Verkehrschaos und zur Tablettenseuche, zu Sputnik und Erotik, Geburtenkontrolle und Beatlerausch.

Es ist völlig überflüssig, in einen allgemeinen Chor auch noch die „christliche" Stimme einzumischen. Beispiel:

V. Die Kirche und die Moral

In einem offiziellen Wort der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Bußtag 1964 wurde zum Sturm geblasen: gegen „moralische Entartung" und die „Diktatur der Unanständigkeit", für „Bewahrung vor Fäulnis in Land und Volk", „gesunde Leitbilder von Ehe und Familie, von Leben und Zukunft". Man fragt sich betroffen, wo man Ähnliches schon gehört hat — und wie eine bildende Kunst aussehen würde, die diesem „Leitbild" entspräche. Aber weiter: „Alkohol und Sexualität verwüsten unzählige Ehen." „Brutale Rücksichtslosigkeit verwandelt unsere Straßen in Stätten des Grauens."

Nun, über die Hinterseite hinter der Wohlstands- und Moralfassade kann und muß man reden. Nur gerade nicht so! Damit ist niemand geholfen — keinem Seelsorger und keinem Sozialfürsorger, keinem Verkehrspolizisten und keinem Rot-Kreuz-Helfer — und keinem Betroffenen! Wenn die Kirche so — vom Stuhl des Gerechten — zum Fenster hinaus redet, ist sie selber zur Buße zu rufen, zur

Besinnung auf das ihr vorgeschriebene Wort. Sie ist zu den Sündern gesandt, nicht zu den Gerechten. Dieses „Bußtags"-Wort hat nichts mit der biblisch verstandenen Buße zu tun. Um es in einer diesem Dokument gemäßen Sprache auszudrücken: Offenbar sollten Menschen durch moralisches Trommelfeuer sturmreif geschossen werden. Man kann sich schwer vorstellen, daß Kirchenleute mit Erfahrung an eine Wirkung solcher Erklärungen glauben. Sollte ein Soll erfüllt werden? Im übrigen ist es ein Armutszeugnis, wenn die Kirche „Leitbilder" postuliert. Sie gesteht damit jedenfalls ein, daß sie keine anzubieten hat.

Es ist zu vermerken, daß das Kirchenvolk auf den Beschuß nicht „zeichnete", daß aber Pfarrer in nicht geringer Zahl protestierten.

VI. Stimmen aus der „Ostkirche"

Wir sehen von den ersten, aufgeregten Stimmen zur „Denkschrift" der Evangelischen Kirche ab und halten uns an ein Dokument, das als symptomatisch gelten kann: eine Sondernummer des „Schlesischen Gottesfreunds" zum zwanzigsten Jahr der Vertreibung. Es handelt sich um kein offizielles Organ. Immerhin bekam diese Sondernummer einen offiziösen Anstrich, da sie vom Ostkirchenausschuß verbreitet wurde und durch Geleitworte von Bischof D. Wester („Der Beauftragte für Umsiedler- und Vertriebenenfragen der EKD") und Oberkonsistorialrat D. Gülzow („Der Vorsitzende des Ostkirchenausschusses") eröffnet wird. Ich habe in der ganzen Nummer kein einziges Argument gefunden, das diesen Namen verdient. Keiner der theologischen Autoren geht auf die konkreten Punkte der christlichen Lehre ein. Die Begriffe der christlichen Gemeinsprache, mit denen jongliert wird, lassen sich ja beliebig einsetzen: Gott, Glaube, Heil — und leise Drohung mit dem möglichen Verlust des Heils. Es wird konsequent vermieden, zu sagen, was dieses Heil ist. Der primitive Gehalt dieser Heilslehre ist bei allen Autoren derselbe. Man könnte ihre Artikel austauschen: Führung durch Gott, Versöhnung zwischen den Völkern. Aber: um der göttlichen Versöhnung willen ist uns nicht erlaubt, zu vergessen, was uns angetan wurde. „Wir wollen, werden und dürfen nicht die sechs Millionen Toten des jüdischen Volkes und das unsagbare Leid dieses Volkes und das Leid des russischen und polnischen Volkes vergessen.

Aber wir wollen, werden und dürfen auch nicht die drei Millionen Toten des ostdeutschen Volkes zwischen Reval und Königsberg, zwischen Stettin, Prag und dem Banat vergessen." (A. Rohde S. 2183)

Also: Aufbau einer gegnerischen Phantomposition, eines angeblichen, hinterhältigen Programms, das den Vertriebenen einen totalen Verzicht zumutet. Damit verschafft sich diese Pseudoargumentation die Möglichkeit, jede Kritik von vornherein durch Diffamierung zu erledigen. Wer behauptet denn, die Vertriebenen seien in höherem Grad schuldig als die übrigen Deutschen, und das Unglück habe sie daher mit Recht getroffen? In der Schuld sind wir solidarisch — und daher auch in der Aufgabe, zusammenzuleben. Die Vertriebenen sollten sich freilich klar sein, daß ein vollständiger wirtschaftlicher „Lastenausgleich" nur in einem sozialistischen Staat möglich wäre. Da sie sich dieser Einsicht verweigern — worüber hier nicht weiter zu handeln ist — befinden sie sich in utopischen Widersprüchen. Was die „christliche" Beurteilung von Schuld und Schicksal angeht, so steht das Nötige im Lukasevangelium Kap. 13 Vers 1 ff. („Wenn ihr nicht Buße tut, werdet ihr alle auch so umkommen").

Auch hier wieder die anonyme Verdächtigung, die es erlaubt, dem nicht bezeichneten Gegner jede beliebige Behauptung in die Schuhe zu schieben. Anvisiert

werden jene Leute, die „unserer jungen Generationen gegenüber die halbe Wahrheit" verschweigen, eine bestimmte Clique von Meinungsmachern in Rundfunk, Presse und Fernsehen („tagtäglich") (kurz vor der oben zitierten Stelle). Und es wird protestiert gegen „eine Theologie ohne Gnade und eine Geschichtsdeutung, die meint, behaupten zu können, die Katastrophe von 1945 bedeutete den endgültigen Schlußstrich Gottes über unsere Geschichte im Osten und verbiete uns, noch irgendwelche Rechte auf die uns widerrechtlich entwendete Heimat politisch geltend zu machen" (D. Dr. J. Konrad, S. 2195). Dieses Zitat ist eingeleitet durch das Bibelwort Klagelieder Kap. 3 Vers 22f.: „Seine Barmherzigkeit hat noch kein Ende, sondern sie ist alle Morgen neu, und seine Treue ist groß." Das klingt erhebend und fromm. Aber wenn das Wort aus dem Zusammenhang gerissen ist, wenn nicht gesagt wird, welcher Gott hier spricht, was seine Barmherzigkeit ist, dann wird mit der Bibel zu eigenem Bedarf manipuliert. Dann heißt Gottes Gnade am Ende — Schlesien. Warum hat der Theologieprofessor den seinem Zitat vorausgehenden, für den Sinn unentbehrlichen Satz weggelassen? Hätte er ihn mitzitiert, hätte sich der Text nicht manipulieren lassen.

Zur Kritik kann auf die Auseinandersetzung W. Schweitzers und L. Raisers mit den „Lübecker Thesen" hingewiesen werden (W. Schweitzer in dieser Zeitschrift 2/1965, 108 ff.; L. Raiser in: Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift. 1956, S. 35 ff.). Schweitzer entkräftet umsichtig den unsinnigen Vorwurf, man fordere einseitig den bedingungslosen Verzicht der Betroffenen. Man wird nur schärfer als Schweitzer und Raiser feststellen müssen, daß diese Unterstellung offenbar zu den festen Requisiten der „Argumentation" gehört. Auch in den Lübecker Thesen steckt der Wurm der Diffamierung. These 15: Die Erlösungslehre dürfe (auf Grund welcher theologischen Kriterien?) nicht zur Konsequenz führen, „daß die Kirche oder eine Gruppe in ihr das Recht eines Teils ihrer Brüder ohne Bedenken (!) beiseite setzen darf."

Die Aufgabe der Kirche ist klar: Weg mit der ideologischen Verbrämung! Statt dessen: Sachlichkeit der Erwägung! Protest gegen die Degradierung Gottes zum politischen Mittel. Wenn Gott, Glaube und Heil ins politische Spiel eingesetzt werden, dann hat die Kirche klarzustellen, welches Heil sie anzubieten hat, wo ihr verheißenes Land liegt; sie hat den Unterschied zwischen Himmel und Heimaterde festzustellen. Diesen Dienst ist die Kirche um der Wahrheit willen schuldig. Sie tut damit auch den politisch besten Dienst.

VII. Die „Denkschrift"

Hier können wir uns kurz fassen. Es genügt der Hinweis auf die „theologischen und ethischen Erwägungen" (S. 31 ff.). Die Diskussion hat erst gerade eingesetzt. Die erste Aufregung braucht nicht zu irritieren. Die Denkschrift ist auf Sachlichkeit angelegt. Das muß ihr bescheinigt werden, auch wenn man sie nicht ohne Vorbehalte liest. Sie ist das Dokument eines Ausbruchs aus den Tabu-Zäunen. Die abstrakte Frage, ob die Kirche zu politischen Themen Stellung nehmen dürfe, ist angesichts der tatsächlichen Probleme und dieser Stellungnahme sinnlos. Es gilt, die Tatsachen zu bedenken.

VIII. Ausblick

Aus dem Evangelium ist nicht direkt ein politisches Programm abzuleiten. Aber wenn es recht verstanden wird, gibt es eine kritische Anleitung zur Praktizierung der Freiheit — durch die Befreiung des politischen Denkens aus Ideologien, durch die Unterscheidung zwischen Gottes Reich und politischen Gegebenheiten.

Diese Unterscheidung wird in den nächsten Jahren der bundesrepublikanischen Wirklichkeit bedeuten: Unterscheidung von christlicher Politik und dem Programm der „formierten Gesellschaft". Dieses ist ja — gut deutsch — nicht nur ein wirtschaftliches Organisationsprogramm (und was für eines! s. R. Opitz in Heft 9/1965 der Blätter für deutsche und internationale Politik), sondern eine weltanschauliche Heilslehre mit dem deutschen Unternehmer als Priester und dem deutschen „Irrationalen" als wolkigem Weltanschauungshintergrund. Und das Irrationale ist — in deutscher Tradition — das Christliche. Also die neue Version von Thron und Altar!

Wieder ist die Aufgabe der Kirche klar vorgezeichnet: zu sorgen, daß das Bonner existentialistische Wohlfahrtsevangelium (Sein = Industrie, Existenz = Unternehmertum) nicht mit dem Evangelium von Jesus Christus vertauscht wird. Der Gott der Bibel ist nicht der Schutzherr der Besitzenden. Er wendet sich den Nicht-Formierten und Nicht-Formierbaren zu — in der Bibel heißt das schlicht und plastisch: den Armen, Zöllnern, Huren. Und das Programm der „Formierung" d i e s e r Gesellschaft steht in der Bergpredigt.

Gerhard Ottmar

Zur Kritik an der Denkschrift der EKD

Es ist seit der Veröffentlichung der Denkschrift schon vieles über sie geschrieben und gesagt worden, Positives und Negatives, so daß es fragwürdig erscheint, warum nun auch in dieser Zeitschrift ein zweiter Artikel zu diesem Thema erscheinen soll. Schlicht gesagt, aus dem einen Grund: daß das Gespräch über die Denkschrift nicht mehr zur Ruhe kommt, daß die Tagespolitik nicht wieder, wie schon so oft, eine Grundfrage unserer gemeinsamen deutschen Zukunft überlagert und verdeckt.

Zweifach scheint mir der Hintergrund zu sein, auf dem die Denkschrift gesehen werden muß. Da ist zunächst die Sicht des Problems, wie sie sich heute der Masse unseres Volkes darstellt. Es wird darüber sicher Ergebnisse von Meinungsumfragen geben — das allgemeine, ungute Gefühl aber ist: die Mehrzahl der Deutschen hat alles, was mit dem Kriegsende zusammenhängt, ins Unterbewußtsein verdrängt, damit auch die verlorenen Ostgebiete, an denen die Generation der wirklich Vertriebenen zu Recht noch immer mit glühender Liebe hängt. Was aber wird sein, wenn diese Generation nicht mehr da ist? Und was wird sein, wenn sich auch die Zonengrenze als eine unabwendbare Folge ins Unterbewußtsein eingegraben hat? Beweis für diesen dunklen Hintergrund ist die Tatsache, daß schon heute unsere Jugend kaum mehr ein Wissen von dem hat, was 1945 — vorübergehend oder für immer — verloren wurde.

Eine kleine Testbefragung im 10. Schuljahr eines Gymnasiums erbrachte bei 19 Schülerinnen, von denen 4 heimatvertriebene Eltern haben, folgendes Ergeb-

nis: Auf die Frage nach den deutschen Provinzen (möglichst mit Hauptstadt), die am 31. 12. 1937 zum Reichsgebiet gehörten, heute aber unter polnischer Verwaltung stehen und über die im Friedensvertrag entschieden werden soll, wurden genannt: Ostpreußen (Königsberg) viermal, Ostpreußen sechsmal, Preußen zweimal, Ostpreußen (Danzig) fünfmal, Schlesien (Breslau) viermal, Schlesien achtmal, Pommern (Stettin) einmal, Hinterpommern einmal, Pommern viermal, Mark Brandenburg dreimal. Ebenfalls je dreimal genannt wurden Danzig, Ostberlin, Polen; zweimal erschien das Sudetenland; je einmal Mecklenburg, Sachsen, Thüringen, Lausitz, Ostzone, Memelland, Litauen, Estland, Lettland, Tschechoslowakei.

In zwei Zusatzfragen sollten drei berühmte Bauwerke und drei Persönlichkeiten aus Geschichte oder Gegenwart aufgeschrieben werden. Auf die Frage nach den Bauwerken blieben zehn Schülerinnen jede Antwort schuldig; einmal wurde genannt das Breslauer Rathaus, viermal der Zwinger (davon einmal „in Danzig"), dreimal die Marienburg (davon je einmal in Meißen und in Königsberg), zweimal Krantor, je einmal Marienkirche, Brandenburger Tor und Völkerschlachtdenkmal. Bei der letzten Frage waren sogar zwölf Zettel ganz leer; gewußt wurden lediglich Kant dreimal, Eichendorff zweimal und Siegfried Lenz, Gerhart Hauptmann, Angelus Silesius, Käthe Kollwitz je einmal. Außerdem erschienen Luther zweimal, Schumann, der Alte Fritz, Einstein und Goethe.

Darauf mag gesagt werden, ein solch deprimierendes Ergebnis sei Schuld der Schule. Ganz abgesehen davon, daß die staatsbürgerliche Erziehung unserer Jugend nicht nur Sache der Schulfächer Gemeinschaftskunde, Geschichte und vielleicht noch Erdkunde ist, sondern im Elternhaus anfangen muß — sind nicht auch die Lehrer ein Teil unseres Volkes und darum genau so in der Versuchung, das Geschehene zu verdrängen, wie der Großteil der Eltern ihrer Schüler? Daß die genannte Klasse kein Einzelfall ist, beweist das 7. Schuljahr eines anderen Gymnasiums, wo — altersstufengemäß in quizartiger Form — zwölf Einzelfragen über die Gebiete jenseits des Eisernen Vorhangs gestellt wurden. Bei einem besten Ergebnis von neun richtigen Antworten einmal und dem schlechtesten von zwei richtigen zweimal war der Klassendurchschnitt 5,5 richtige Antworten! Nur die Wartburg wurde einheitlich richtig bestimmt!

Sicherlich läßt sich fragen, ob es Sache, Recht und Aufgabe der Kirche sei, solche Testbefragungen zu veranstalten und auf Grund der Ergebnisse dann zu den entsprechenden politischen Problemen Stellung zu nehmen. Gerade hier scheint mir der zweite, wichtigere Hintergrund sichtbar zu werden, der zur Abfassung und dann zur vielfachen Ablehnung der Denkschrift geführt hat: die Stuttgarter Schulderklärung vom 18. Oktober 1945! Ist es nur Zufall, daß die vorgesehene Veröffentlichung fast auf den Tag genau 20 Jahre nach Stuttgart erfolgen sollte? Damals hat der Rat der EKD im Rückblick auf die Haltung der evangelischen Kirche im Dritten Reich erklärt: „Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben." „Nicht mutiger bekannt" — das heißt aber doch, daß wir als einzelne Christen und als Kirche nicht mutiger gesagt haben, was zu dieser oder jener politischen, wirtschaftlichen, sozialen, ethischen Frage vom Evangelium her zu sagen gewesen wäre — z. B. zur Behandlung Polens und der Polen nach 1939. In der innerkirchlichen Kritik wird dem Rat und der Synode der EKD und den einzelnen Kirchenleitungen und Landessynoden schon seit geraumer Zeit vorgeworfen, ihre abwartende, neutrale Haltung zu aktuellen Fragen unseres Volkes mache wohl später einmal eine neue Schulderklärung nötig. Die Denkschrift allerdings widerlegt diesen Vorwurf, gerade weil sie radikalen Kreisen, die es

in der evangelischen Kirche so gut wie in den Vertriebenenverbänden gibt, nicht scharf und einseitig genug ist.

In der Stuttgarter Schulderklärung war der Blick jedoch auch schon in die Zukunft gerichtet. Wem es leicht von den Lippen geht, der mag von der Denkschrift her das Eigenschaftswort „prophetisch" dazusetzen! So jedenfalls sagte der Rat schon 1945: „Wir hoffen zu Gott, daß durch den gemeinsamen Dienst der Kirchen dem Geist der Gewalt und der Vergeltung, der heute von neuem mächtig werden will, in aller Welt gesteuert werde und der Geist des Friedens und der Liebe zur Herrschaft komme, in dem allein die gequälte Menschheit Genesung finden kann." Genau das ist doch der Grundgedanke der Denkschrift: dem Geist des gegenseitigen Auf- und Abrechnens zu wehren und den Geist der Versöhnung an dessen Stelle zu setzen! Eine solche Absicht sei utopisch? Nun, die Antworten auf die Stuttgarter Schulderklärung sprechen eine andere Sprache. Es kann kein Zweifel mehr bestehen, daß die rasche Aussöhnung mit unseren westlichen Kriegsgegnern atmosphärisch vorbereitet und ermöglicht wurde durch die Worte von Stuttgart. Und der Satz des Erzbischofs von Canterbury in seinem Antwortschreiben an Landesbischof Wurm „Alle haben wir gesündigt und versäumt, Gott die Ehre zu geben" ist weder eine fromme Phrase noch auf den Raum der Kirche beschränkt geblieben, sondern er findet seinen Niederschlag etwa auch in der heutigen, doch sehr selbstkritischen angelsächsischen Geschichtsschreibung.

Dieser doppelte Hintergrund ist zum rechten Verständnis der Denkschrift ebenso notwendig wie die Kenntnis ihrer Vor- und Entstehungsgeschichte, die Eberhard Roterberg in der „Kirche in der Zeit" Nr. 11/1965 meines Wissens am ausführlichsten darlegt und belegt. Das rechte Verständnis wurde zunächst allerdings auch dadurch erschwert, daß die Sprache der Denkschrift sehr anspruchsvoll ist — für Leser, die ihre geistige Nahrung sonst nur aus der Bildzeitung oder aus der Heimatpresse beziehen, sicherlich zu anspruchsvoll. Das mag gelegentlich sogar für Redakteure solcher Blätter zutreffen! So berichtete die Lokalzeitung am Wirkungsort von Prof. Raiser, die sich zunächst in einer unsachlichen und persönlichen Polemik fast überschlug, über einen Ausspracheabend mit ihm: „Von Gesprächsteilnehmern war auf mißverständliche Formulierungen in der Denkschrift hingewiesen worden. Dazu vertrat Professor Raiser die Auffassung, die Denkschrift habe nicht in Holzschnitt-Manier, sondern viel differenzierter formuliert." Daß daneben auch der Denkvorgang der Synthese aus These und Antithese für manche Leser zu schwierig war, daß sie vielmehr zustimmend oder ablehnend immer nur die eine oder die andere Seite fassen konnten, das vergrößerte die Möglichkeit des Mißverständnisses noch beträchtlich. So war und ist es vielen Leuten unfaßlich, daß in einer evangelischen Denkschrift polnische und dazu noch katholische Bischöfe zitiert werden — nämlich im Abschnitt III „Zur gegenwärtigen Lage in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie". Wer sollte denn sonst zur gegenwärtigen Lage Stellung nehmen?

Aber damit sind wir schon bei der Einzelkritik angekommen. Einige der Hauptargumente gegen die Denkschrift seien darum im folgenden herausgegriffen; es wird sich dabei zeigen, daß bei genauem Zusehen sich der erhobene Vorwurf vielfach als unberechtigt erweisen wird. Von der immer wieder vorgebrachten Meinung, die Kirche habe zu solchen Dingen überhaupt zu schweigen, sollte grundsätzlich nicht mehr gesprochen werden. Die Kirchenkanzlei der EKD hat es zwar in ihrer Presseerklärung vom 21. 10. 1965 getan: „Die EKD ... muß das Recht beanspruchen, die sittlichen und menschlichen Grundlagen politischen Lebens und Handelns zu vertreten und möglichst konkret auf aktuelle Aufgaben anzuwen-

ARCHAEOLOGIA MVNDI

Die erste Gesamtdarstellung der archäologischen Erforschung unserer Erde

Entdeckungen und Funde der Archäologie bereichern die Museen und Sammlungen der Welt. Sie verleihen dieser Wissenschaft einen fast geheimnisvollen Zauber.

Aber diese unermeßlichen Schätze wurden nicht durch blinden Zufall ans Licht gehoben. Die Archäologie arbeitet mit klaren Zielsetzungen und exakten Methoden – systematisch und folgerichtig wie jede Wissenschaft. Auf dem Weg zu den Ursprüngen der Kultur und damit zum Ursprung des Menschen überhaupt leuchtet diese Ausdauer und Leidenschaft fordernde Wissenschaft in die verborgensten Winkel der Vergangenheit.

Dem kulturgeschichtlich Interessierten öffnen in diesem Werk Wissenschaftler von Rang und Ansehen neue, unbekannte Räume. Sie zeigen die erregende Wirklichkeit der Methoden, Probleme und Ergebnisse nach dem neuesten Stand der Forschung – ARCHAEOLOGIA MUNDI – das Bild der modernen Archäologie.

25 Bände, 7000 Seiten, 5000 Abbildungen, davon 2000 in Farbe, 50 Karten, Format 17,5 × 24 cm. Subskriptionspreis je Band bei Abnahme des Gesamtwerkes 34,– DM. Jährlich erscheinen 5 Bände.

NAGEL MÜNCHEN 42

den." Tatsächlich stammen aber die Argumente für diese Auffassung so sehr aus der Mottenkiste des letzten Jahrhunderts und des verflossenen „Jahrtausends", daß man darüber wirklich zur Tagesordnung übergehen sollte. Andererseits: ist es nicht bedeutsam, daß diese Meinung gerade im Fall der Denkschrift wieder besonders lautstark vertreten wird? Ist das Reden der Kirche nur deshalb ein Unrecht, weil es dem Volk, bzw. einem Teil des Volkes nach der Meinung der Kritiker nicht nützt, sondern nur schadet?

Wie sehr in der ganzen bisherigen Diskussion die Voreingenommenheit die Kritik bestimmte, wird gleich beim ersten konkreten Vorwurf deutlich: die Kirche habe sich hart und unbarmherzig über das leidvolle Schicksal der Vertriebenen hinweggesetzt. Dabei lautet der allererste Satz der Denkschrift: „Jede Betrachtung zur Lage der Vertriebenen und zum künftigen Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn muß damit beginnen, den Umfang der menschlichen Seite der Katastrophe des deutschen Ostens bewußt zu machen." Daß dieser Grund-Satz nicht nur rhetorisch gemeint ist, zeigen die nächsten Sätze: „In Millionen von Einzelschicksalen wiederholte sich mit dem Verlust der Heimat der Verlust beinahe jeglichen äußeren Besitzes und in den meisten Fällen auch der Verlust von nahen Angehörigen. Millionenfach wiederholte sich mit den Strapazen der Vertreibung und mit dem Kampf um die nackte Selbsterhaltung eine totale Lebenskrise, die auch die seelische, geistige und geistliche Substanz erfaßte" (Seite 7).

Und dann redet der ganze Abschnitt II nur von den „Vertriebenen in Gesellschaft und Kirche". Wo wurde bisher so nüchtern, zugleich aber auch so selbstkritisch zu den Problemen der Eingliederung der Vertriebenen Stellung genommen? So heißt es auf Seite 12: „Die ganze Entwicklung dieses Problems (der Stellung der Vertriebenen in der Gesellschaft) mit allen menschlichen Erniedrigungen, denen die meisten Vertriebenen ausgesetzt waren, der ganze Komplex mangelnder gesellschaftlicher Aufnahme und Anerkennung soll hier nicht geschildert werden. Zurückgeblieben ist ein Trauma ..." Die Verfasser haben also alle diese Dinge gesehen und doch wohl auch ausführlich besprochen, aber sie wollen sie nicht „schildern". Einfach aus kaltschnäuziger Hartherzigkeit? Wie klar die Denkschrift die Realitäten sieht, bezeugt der Satz auf Seite 13: „Die Statistiken zeigen, daß die Vertriebenen weit über den Rahmen der allgemeinen sozialen Umstrukturierung der Bevölkerung hinaus vom sozialen Abstieg betroffen wurden." Muß das denn in epischer Breite ausgemalt werden? Genügt nicht schon die Kennzeichnung der Fehler und Unzulänglichkeiten, damit es in Zukunft besser werde — auch in der Kirche selbst? „Man wird heute feststellen müssen, daß dieser Prozeß (des Zusammenwachsens der Vertriebenen und der Altbürger in den Landeskirchen und Kirchengemeinden) nicht in dem erwünschten Maße gelungen ist" (Seite 16). Aber wie schwierig ein solches Wort des Ausgleichs und der Mitte ist, zeigen die Schlußsätze dieses wichtigen Abschnitts II: „Die Kammer für öffentliche Verantwortung ist sich bewußt, daß die vorstehende Kritik an der Kirche in manchen kirchlichen Kreisen der Vertriebenen als zu schwach, andererseits in vielen Gemeinden und Kirchenleitungen, die sich mit Ernst und Nachdruck um die Lösung der Probleme bemüht haben, als ungerecht empfunden werden wird." Hier wird doch wirklich mit innerer Teilnahme vom menschlichen Schicksal der Vertriebenen, das durch so manches Unverständnis in der neuen Heimat noch erschwert wurde, gesprochen. Aber Lieblosigkeit und seelenlose Härte, nur weil nicht auf die Tränendrüsen gedrückt und in Gefühlsduselei gemacht wird? Daß in der nüchternen Tatsachenaussage mehr Mitgefühl und Mitleiden stecken kann als in schönen Worten und Sonntagsreden, wenn diese Tatsachenaussagen nämlich

zur konkreten, helfenden Tat werden, das scheint mir eine Binsenwahrheit zu sein.

Hand in Hand mit dem Vorwurf, die Kirche mische sich in fremde Aufgaben und Sachgebiete ein, kommt auch die alte Frage wieder, was die Kirche denn zur Behauptung von der Kollektivschuld des deutschen Volkes berechtige. Es sei hier provokatorisch die Gegenfrage erlaubt: Was berechtigt die deutsche evangelische Kirche, von der Schuld des polnischen Volkes zu reden? Denn das tut die Denkschrift ganz offen, indem sie Schuld gegen Schuld stellt: „Vom Unrecht der Vertreibung kann aber nicht gesprochen werden, ohne daß die Frage nach der Schuld gestellt wird ... Die Vertreibung der deutschen Ostbevölkerung ... ist ein Teil des schweren Unglücks, das das deutsche Volk schuldhaft über sich selbst und andere gebracht hat. Auch diese deutsche Schuld steht nicht isoliert da. Es gibt eine Schuldverflechtung der Völker." Und von dieser Schuldverflechtung wird in Abschnitt IV „Völkerrechtliche Fragen" dargelegt, daß die Vertreibung der ansässigen Bevölkerung, ja, daß auch die Verwehrung der Rückkehr in die durch Flucht verlassene Heimat nach dem geltenden Völkerrecht Unrecht und damit Schuld ist. So steht wirklich Schuld gegen Schuld; aber daraus darf nun kein primitives Aufrechnen „Auge um Auge, Zahn um Zahn" werden: „Wir müssen aber daran festhalten, daß alle Schuld der anderen die deutsche Schuld nicht erklären oder auslöschen kann" (Seite 40). Ebenso wenig kann die Rede davon sein, daß den Vertriebenen allein alle Schuld und alle Bezahlung aufgebürdet würde: „Auf keinen Fall können die Vertriebenen in besonderer Weise für ihr Schicksal verantwortlich gemacht werden" (Seite 15).

Also eben doch gerade deutsche Kollektivschuld? Es ist wohl nicht zu viel verlangt, wenn wir Theologen bitten, man möge doch endlich zur Kenntnis nehmen, daß das Wort „Schuld" sehr Verschiedenes bedeuten kann. Im Mund des Juristen ruft es nach Strafe,im Mund des Moralisten nach Sühne. Wird aber theologisch, wird biblisch von Schuld gesprochen, wie es Tag für Tag in jedem Vaterunser in der fünften Bitte geschieht, dann ist damit jene menschliche Fehlhaltung gegenüber Gott gemeint, die weder mit Strafe, noch mit Sühne, sondern allein mit Buße und durch Gnade zu überwinden und in Ordnung zu bringen ist. Die Denkschrift steht unmittelbar im Zentrum des reformatorischen Verständnisses der biblischen Botschaft, wenn sie auf Seite 15 sagt: „Wo Gott in dieser Weise in das Leben des einzelnen und eines ganzen Volkes eingreift, müssen wir vor seinem Zorn und vor der Schuldverstrickung der Menschen erschrecken. Die Frage nach der Schuld kann aus der Geschichte nicht herausgelöst werden. Auch wenn viele Fragen hier für die menschliche Erwägung rätselhaft sind und offen bleiben, gibt es eine Befreiung vom Hader mit Gott und den Menschen, ein Aufgeben der Selbstrechtfertigung und die Übernahme einer neuen Lebensaufgabe nur für den, der im Herzen bereit ist, sich bußfertig unter Gottes Handeln in Gericht und Gnade zu beugen." Ob die Kritik an der „Kollektivschuld" also nicht einfach eine Folge der mangelnden Bußbereitschaft ist? (Oder, falls dieses Wort zu „theologisch" klingt, mit den Worten des ersten Bundespräsidenten: Fehlt es an der Bereitschaft zur Kollektivscham? Sind nicht manche Worte, die in den vergangenen Tagen und Wochen zur Denkschrift gesagt und geschrieben wurden, tatsächlich scham-los in des Wortes wahrer Bedeutung?)

Was schließlich den dritten Hauptvorwurf, den „Verzicht", betrifft, so ist wohl jedem unvoreingenommenen Leser unerfindlich, wie dieser Vorwurf zustandekommen konnte. An keiner Stelle der Denkschrift wird der bedingungslose Verzicht als eine Vorleistung gefordert. Im Gegenteil: es wird an zwei Stellen aus-

drücklich schon das Wort „Verzicht" abgelehnt: „... der negative Begriff „Verzicht" (ist) eine ganz und gar unzulängliche Bezeichnung für den deutschen Beitrag zu einer Friedensregelung, die eine neue Partnerschaft zwischen Völkern begründen soll" (Seite 43). Und: „Am besten wäre es, wenn der Begriff „Verzicht", der ohnehin moralisierend wirkt und ungute Affekte auslöst, in dieser ganzen Diskussion so sparsam wie möglich verwendet würde" (Seite 38). Auch an dieser Stelle ist wieder die Gegenfrage zu stellen, ob die Einseitigkeit nicht auf der Seite der Kritiker liegt. Wie anders könnte sonst überall dort der Vorwurf des „Verzichts" gemacht werden, wo die Denkschrift von Verhandlung, von Erörterung, von Dialog spricht: „Dem Frieden der Welt und einer Neuordnung Europas sind die beteiligten Völker ein äußerstes Maß an Anstrengung schuldig, die zwischen ihnen stehenden Fragen unter Berücksichtigung der beiderseitigen Standpunkte zu erörtern und neu zu regeln" (Seite 42). Ähnlich auf Seite 43: „Wenn die künftige Regelung der Gebietsfragen das Verhältnis zwischen den beteiligten Völkern stabilisieren soll, dann muß sie das Ergebnis eines wirklichen Dialogs und Ausdruck des Willens zur Versöhnung sein." Wenn solche klaren Worte als „Verzicht" abgestempelt werden, dann sind uns die Vertriebenenfunktionäre eine eindeutige Erklärung schuldig, wie anders als durch Verhandeln eine gewaltlose Regelung der Ostprobleme denn nach ihrer Meinung möglich wäre. Dabei ist die Denkschrift nicht einmal so weltfremd, nicht zu wissen, daß zum Verhandeln immer zwei gehören: „Das setzt gewiß voraus, daß auch bei diesen Völkern der Wille zur Versöhnung besteht oder geweckt werden kann. Sie müssen sich also die kritische Frage gefallen lassen, ob sie in ihrer so ostentativ zur Schau getragenen Selbstgerechtigkeit gegenüber Deutschland verharren wollen" (Seite 44). Wenn das ein einseitiger „Verzicht" ist, dann muß der anschließende Satz geradezu ein Sakrileg sein: „Aber das Gespräch darüber kann erst in Gang kommen, wenn das deutsche Volk zu erkennen gegeben hat, daß es seinerseits der Versuchung widerstehen will, sich in Selbstgerechtigkeit zu verhärten" (Seite 44). Vermutlich waren diese Sätze gemeint, als von der pharisäerhaften Haltung der Denkschrift gesprochen wurde. Denn genau so stellen wir uns den Pharisäer vor: Und vergib uns unsere Schuld, wie wir vergeben (haben) unsern Schuldigern!

Die Kritik an der Erörterung der völkerrechtlichen Gegebenheiten und der geschichtlichen Entwicklung kann hier nur festgestellt werden. Sich dazu zu äußern, ist Sache der Juristen und der Historiker — wie ja auch an der Abfassung der Denkschrift nicht nur und nicht einmal in erster Linie Theologen oder andere „Kirchenfunktionäre" (so Wenzel Jaksch) beteiligt waren. Nur so viel muß auch dazu vom theologischen Standpunkt aus gesagt werden: Wenn es tatsächlich um den Neuanfang zwischen den Völkern geht, dann wird man sich auch — auf beiden Seiten! — um ein neues Geschichtsbild und um ein neues Verständnis des Völkerrechts bemühen müssen.

Wenn aber nicht Verzicht und nicht Festhalten der Grenzen von 1937 — was ist dann die wirkliche Absicht dieser so umstrittenen und mißverstandenen kirchlichen Äußerung? Die direkte Absicht wird unmißverständlich auf Seite 43 genannt; sie ist ein Teil der „Gesellschafts-Diakonie", wie dieses Stück christlicher Verantwortung mit einem schlechten, aber einleuchtenden Begriff genannt wird: „Das deutsche Volk muß auf die notwendigen Schritte vorbereitet werden, damit eine Regierung sich ermächtigt fühlen kann, zu handeln, wenn es nottut. Solche Vorbereitung ist auch darum unabweisbar geworden, weil die weltpolitische Situation sich gegenüber den 50er Jahren deutlich verändert hat" (Seite 43). Daß diese Vorbereitung nötig ist, geht klar und deutlich aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Erhard vom 10. November 1965 hervor. Der kurze Abschnitt

zu unserem Thema lautet dort wörtlich: „Dieser Weg mag weit sein. Er wird von uns Entbehrungen und Opfer fordern. Wir werden ihn dennoch gehen. An seinem Ende wird ein Friedensvertrag stehen, verhandelt und geschlossen von einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung. Nur mit und in diesem Vertrag können und müssen die endgültigen Grenzen Deutschlands festgestellt werden, das nach gültiger Rechtsauffassung in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbesteht, solange nicht eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung andere Grenzen anerkennt." Damit ist doch gesagt: Erstens: auch schon vor dem Friedensvertrag müssen wir entbehren und opfern, mit anderen Worten: es werden von uns „Verzichte" verlangt. Zweitens: im Friedensvertrag muß mit einer anderen Grenzziehung als der von 1937 gerechnet werden. Aber nun fragt die Denkschrift, und nun fragen alle, die von diesen Fragen umgetrieben sind: Was hat denn die Bundesregierung bisher getan, um unserem Volk diesen Weg der Entbehrungen und Opfer verständlich und einsichtig zu machen? Durch die ständigen Betonungen des Rechtsstandpunktes mußte ja bei vielen Vertriebenen der Eindruck entstehen, als sei die Bundesregierung grundsätzlich zu keiner anderen Grenzziehung als der von 1937 bereit. Daß dieser Eindruck entstand, mag nicht beabsichtigt gewesen sein — aber wie anders sollen Worte wie die von Wenzel Jaksch, „jeder deutsche Patriot müsse Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um den Tag der Wiedergeburt eines freien Gesamtdeutschlands zu beschleunigen" (dpa 23. 10.), verstanden werden?

Nicht nur so vollmundig redende Politiker, sondern alle verantwortlichen Politiker in der Bundesrepublik mögen sich doch aus der Geschichte der Weimarer Republik sagen lassen, daß eine unvorbereitete friedensvertragliche Grenzregelung die schwersten Folgen für uns alle haben kann, nämlich auf innenpolitischem Gebiet. Auch Erhard spricht ja von anderen Grenzen — ob damit die Oder-Neiße-Linie oder eine andere, in den Friedensverhandlungen auszuhandelnde Grenze gemeint ist, ist für unsere augenblickliche Frage unwichtig — denn so oder so wird die Heimat einer größeren oder kleineren Anzahl von Vertriebenen nicht mehr zu Deutschland zurückkehren. Aber warum wird so gar nichts getan, die Einsicht in dieses Opfer und die Bereitschaft zu solchem Entbehren vorzubereiten? Daß die nationalistisch bestimmte Radikalisierung — von der die Denkschrift sagt, daß sie erfreulicherweise bis heute ausgeblieben sei — noch immer in der Luft liegt, das hat ja gerade die bisherige Diskussion erschreckend gezeigt. Ich denke dabei nicht einmal in erster Linie an die Schmäh- und Drohbriefe (die nach der Meinung von Wenzel Jaksch sowieso nur von Ostagenten geschrieben sein können, während wir „Kirchenfunktionäre" in der täglichen Seelsorge gerade das Gegenteil erleben!); ich denke vielmehr immer wieder an das Schicksal der ersten deutschen Demokratie. Wäre Weimar ohne den Kampf gegen die „Verzichtpolitiker" und ohne die Wirtschaftskrise auch so schnell und so sang- und klanglos untergegangen? Umgekehrt: Was geschieht wohl bei uns, wenn aus den Maßhalteappellen Maßhaltemaßnahmen werden, und wenn dann gleichzeitig „eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung andere Grenzen" anerkennen muß?

Ob von einer solchen wünschenswerten und von der Denkschrift angestrebten Besinnung auf das Nötige und Mögliche — nicht so sehr zuerst der politischen Praxis, sondern der politischen Ethik — daneben auch Auswirkungen auf andere politische Fragen und Probleme ausgehen könnten, ist zunächst eine offene Frage. So wird in der Diskussion z. B. immer wieder von pisitiven oder negativen Rückwirkungen auf die Wiedervereinigungspolitik gesprochen. Auch die Haltung der Westmächte, vor allem der USA, könnte natürlich davon berührt werden, wie es besonders eindrucksvoll ein Bericht von J. Schwelien aus Washington in der

„Stuttgarter Zeitung" vom 27. 11. zeigt: „Dieser nüchterne Realismus wird mit dem Hinweis ergänzt, daß Polen — mit dem die USA ein so freundschaftliches Verhältnis wie nur möglich aufrechterhalten — durch deutsche Revisionswünsche den Russen in die Arme getrieben und den Russen wiederum mit jedem Verlangen nach einem Verändern der „Friedensgrenze" nur ständig der Vorwand geboten wird, die Bundesrepublik als revanchistisch zu isolieren." Alle diese möglichen Konsequenzen werden von der Denkschrift nicht ins Auge gefaßt. Sie will nicht zum politischen Puzzle-Spiel anregen und anleiten — was ihr weder zu- noch gut anstehen würde —; sie will nur zum Umdenken, zum Neuanfangen mahnen und aufrufen. „Umdenken!" aber heißt im Sprachgebrauch der Bibel: Buße tun!

Darum ist es eine zweite, indirekte und nur zwischen den Zeilen zu lesende Absicht, auch in der theologischen Diskussion über die seit 15 Jahren anstehenden Sachfragen der Sozialethik und der Gesellschaftsdiakonie zu einem neuen Anfang zu kommen. So wenigstens verstehe ich den Abschnitt, der am Beispiel der Bielefelder und der Lübecker Thesen auf neue Gesichtspunkte hinzuweisen sucht: „Die Kammer für öffentliche Verantwortung hat sich mit den beiden vorgetragenen Positionen eingehend auseinandergesetzt, sich aber mit keiner der beiden im ganzen identifizieren können. Beide Betrachtungsweisen schätzen offenbar die Leistungsfähigkeit der Theologie für den politischen Rat und die politische Entscheidung falsch ein. Die Theologie wird ähnlich wie das Völkerrecht nur einen Teilbetrag (Teilbeitrag?) zur Lösung der anstehenden politischen Fragen leisten können. Ihr politisches Mitreden betrifft weniger die Oberschicht der konkreten politischen Entscheidung als vielmehr die Tiefenschicht der inneren Voraussetzungen, des realistischen Urteils und der wirklichen Bereitschaft zur Versöhnung" (Seite 38).

An dieser Stelle aber sind nicht nur die Fachtheologen zur Weiterarbeit gerufen — hier wird auch die CDU endlich Stellung beziehen müssen, und zwar im allgemeinen zu den Vorstellungen einer „christlichen" Politik, wie auch im besonderen zu den von der Denkschrift anvisierten Zielen und Absichten. Immerhin haben profilierte Vertreter dieser Partei an der Denkschrift mitgearbeitet; immerhin sind neben manchen ablehnenden oder doch kritisch-fragenden Stimmen auch schon bewußte Zustimmungen aus ihren Reihen erfolgt — die Partei als Partei aber hat bisher leider geschwiegen. Geht es nur um die Stimmen der Vertriebenen? Diese Unterstellung wäre zu billig und sollte besser unterbleiben. Aber ist der Grund für das Schweigen der CDU vielleicht darin zu suchen, daß auch die katholische Kirche im Augenblick tastende Bemühungen um ein neues Verständnis dieser gerade auch für Rom besonders heiklen Frage unternimmt?

Wie dem auch sei: Gerade die CDU als eine „christliche" Partei kommt um eine klare Stellungnahme zur Denkschrift nicht herum. Aber auch die anderen Parteien müssen sich damit befassen, ob es ihnen lieb ist oder nicht. Wenn das geschehen ist und klärende Aussprachen mit der EKD stattgefunden haben, dann wird es — hoffentlich recht bald! — Zeit für das, was Klaus Scholder in seinem Fernsehkommentar am 6. 11. schon in der Überschrift gefordert hat: Die Stunde des Parlaments! Auf jeden Fall gilt den Bundestagsabgeordneten aller Parteien: Videant consules ...

Prof. Dr. Bernard Lavergne, Paris

De Gaulle und die französische Außenpolitik

Prof. Bernard Lavergne, Wirtschaftstheoretiker der Schule Charles Gide, emeritierter Professor der juristischen Fakultät der Sorbonne, Verfasser zahlreicher Bücher und Herausgeber der angesehenen Zeitschrift „L'année économique et politique", gehört zu jenem Flügel französischer Linksliberaler, die de Gaulles Außenpolitik unterstützen, als Demokraten jedoch die autoritär-elitären Vorstellungen des Generals ablehnen. Im Hinblick auf die zu erwartende Wiederwahl de Gaulles zum Präsidenten der französischen Republik haben wir Prof. Lavergne gebeten, uns die Grundzüge der Außenpolitik de Gaulles darzulegen und dabei besonders dessen Grundhaltung gegenüber der Politik der Bundesrepublik zu berücksichtigen. *D. Red.*

Zahlreiche ausländische Presseorgane behaupten, daß die Außenpolitik de Gaulles antieuropäisch und nationalistisch sei. Nichts ist falscher als das. Die zentrale Idee, die den General immer seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs leitete, zielt darauf ab, die Länder Europas, bei Wahrung ihrer politischen Autonomie, zu einen, damit sie vermittels einer gemeinsamen Außenpolitik der schweren Vormundschaft der Vereinigten Staaten entgehen können. Europa schuf alle großen Ideen, die sich über die Welt verbreitet haben, wie den Gedanken der Achtung der menschlichen Person, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das allgemeine Wahlrecht als Grundlage der öffentlichen Gewalt. Es gibt keinen Grund, daß Europa, die Mutter der Vereinigten Staaten, einwilligt, deren gehorsamer Untertan zu sein. Die europäischen Staaten gaben den Kolonien, die sie in Afrika und anderen Erdteilen besaßen, ihre Unabhängigkeit. Unannehmbar ist es, daß — in einer Epoche, da alle Nationen selbständig geworden sind oder es werden — allein die europäischen Nationen, die Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes, ihrer Selbständigkeit verlustig gehen.

Seit dem Ende des letzten Krieges hat de Gaulle den Gedanken der politischen Selbständigkeit Europas bekundet. Im dritten Band seiner Memoiren erzählt er vom Besuch Churchills und Edens in Paris am 10. November 1944. Er schlug ihnen den Abschluß einer französisch-britischen Entente vor angesichts „des Aufstiegs Amerikas und Rußlands und in Erwartung desjenigen Chinas. Um sich dieser ganz neuen Welt zu stellen, sind unsere beiden alten Länder zur gleichen Zeit geschwächt. Wieviel wird ein jedes zählen, wenn sie außerdem noch getrennt bleiben? Wenn aber England und Frankreich sich verständigen und in den künftigen Lösungsbestrebungen gemeinsam handeln, werden sie schwer genug wiegen, damit nichts geschieht, was sie nicht selbst gebilligt oder beschlossen haben."[1]) Und er fügte hinzu: „Die Aufrechterhaltung, an unserer Seite, in der Form einer Gemeinschaft der Völker, die wir in allen Teilen der Welt der Zivilisation eröffnet haben, eine Organisation von Nationen, die etwas anderes als ein Feld für die Streitigkeiten Amerikas und Rußlands wäre, schließlich die in der Politik anerkannte Priorität einer gewissen Auffassung vom Menschen entgegen der fortschreitenden Mechanisierung der Gesellschaften: das sind unsere großen Inter-

[1]) Charles de Gaulle, Mémoires de guerre, Paris 1952, Band 3, S. 52.

essen in der sich ankündigenden Welt. Werden wir einig, um diese Interessen zu unterstützen."[2])

Da sich Sir Winston Churchill dagegen aussprach und der Meinung war, England solle in Europa die erste Geige der USA spielen, versuchte er, mit Deutschland zu einem Übereinkommen zu gelangen, das mit England gescheitert war. Am 5. Oktober 1945 hielt er in Straßburg eine Rede, die viele Franzosen erstaunen ließ: „Gestern war der Rhein, unser Fluß, eine Schranke, eine Grenze, eine Frontlinie. Heute, da der Feind dank unseres Sieges zusammenbrach und in den deutschen Ländern die wütenden Anziehungskräfte, die sie für das Böse vereinigten, verschwunden sind, kann der Rhein die ihm von der Natur und der Geschichte vorgezeichnete Rolle wiederaufnehmen. Er kann wieder ein abendländisches Band werden. Und so rief ich denn aus: Seht an, er trägt auf seinen Wassern eines der größten Schicksale der Welt!"[3])

Der Gedanke, daß Frankreich und Deutschland, sobald sie ihre Außenpolitik gemeinsam gestalteten, von einem großen Gewicht in der Weltpolitik wären, verließ den General nicht mehr, — bis zu dem Augenblick, wo Erhard und Schröder die Bundesrepublik offen mit den USA verbanden. Tatsächlich handelte es sich um eine Unterordnung der Bundesrepublik, denn wenn sich machtpolitisch zwei so ungleiche Staaten in einer engen Allianz verbinden, so übt zwangsweise der stärkste Staat eine Hegemonie aus. Es war immer das Ziel de Gaulles, die amerikanische Vorherrschaft in Deutschland zu verhindern. Das bewirkt nun einen tiefen Graben zwischen Paris und Bonn. Solange Adenauer regierte, war er klug genug, in dem General die Vorstellung zu erwecken, die Bundesrepublik werde gegenüber Washington eine gewisse Autonomie bewahren und mit Frankreich eine gemeinsame, von den USA unabhängige Front errichten. Sicher war de Gaulle gegenüber der Bundesrepublik positiv eingestellt. Lange Zeit war er der Ansicht, daß sie endgültig auf militärische Abenteuer verzichtet habe, auf „die wütenden Anziehungskräfte, die sie für das Böse vereinigten". Seitdem die Bundesregierung die Aufrüstung beschleunigt fortsetzt, laut schreiend den Besitz von strategischen Kernwaffen verlangt, die vollständige Unterordnung unter die Washingtoner Regierung bejaht, haben sich wahrscheinlich die Ansichten deGaulles sehr gewandelt. Da er weder mit England noch jetzt mit der deutschen Bundesrepublik rechnen kann, um eine Vereinigung von Staaten zu errichten, die ihre Selbständigkeit gegenüber den USA verteidigen wollen, wandte er sich den Ländern des Ostens zu. Er knüpfte sehr enge Beziehungen mit ihnen an, ohne jedoch mit Washington zu brechen, dessen sehr unabhängiger Verbündeter er blieb. Es ist unbestreitbar, daß Frankreich, die Sowjetunion und die osteuropäischen Volksrepubliken eine bedeutsame Kraft darstellen, die Washington berücksichtigen muß.

De Gaulle hat nie geglaubt, Europa laufe Gefahr, von der sowjetischen Armee überrannt zu werden. Wenn er auf seinen Pressekonferenzen am russischen Regime Kritik übte, entsprang dies innerpolitischen Gründen. Diesbezüglich gab er immer dem sowjetischen Botschafter in Paris, Winogradow, die notwendigen Beruhigungen. Im übrigen hatte er niemals Vorurteile gegenüber der Moskauer Regierung. Im dritten Band seiner Memoiren findet sich folgende Stelle: „Vielleicht würde es möglich sein, auf irgendeine Art die französisch-russische Solidarität wieder zu erneuern, die, so oft sie auch verkannt und verraten wurde, nichtsdestoweniger der natürlichen Ordnung der Dinge entsprach, sowohl gegen-

[2]) ebenda.
[3]) de Gaulle a. a. O., S. 221.

über der deutschen Gefahr wie auch gegenüber den hegemonialen Ansprüchen der Angesachsen. Ich erwog sogar das Projekt eines Vertrages, in dem Frankreich und Rußland sich zu gemeinsamem Handeln verpflichteten, wenn Deutschland eines Tages wieder bedrohlich werden sollte. Diese bedrohliche Hypothese würde sich bestimmt nicht so schnell ergeben." [4])

In mancher Hinsicht erinnert die Politik de Gaulles an die Kardinal Richelieus. Während dieser im Innern heftig die Protestanten bekämpfte, wurde er aus nationalstaatlichen Gründen der Verbündete der protestantischen Fürsten Deutschlands. Genau so bekämpft de Gaulle die Kommunisten im Innern des Landes und verbündet sich gleichzeitig mit den kommunistischen Staaten draußen. Für ihn ist das Wichtigste, Europa von den USA zu befreien, koste es, was es wolle. Der Gedanke, daß Europa eine Einheit bilden muß, findet sich auf allen Seiten seiner Erinnerungen und erklärt seine gesamte Politik. Wenn er auf der einen Seite einen Mißerfolg erleidet, dann steuert er das gleiche Ziel auf der anderen Seite wieder an. „Das lebenswichtige Interesse einer Festlegung von engen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten beherrscht alle Geister." [5]) Am 22. November 1944 erklärte er von der Tribüne der Pariser Nationalversammlung: „Indem Deutschland ein notwendig friedliches Schicksal auferlegt wurde, handelte es sich in den Augen Frankreichs darum, diesen fruchtbaren Aufbau zu erlauben, der die Einheit Europas wäre. Wir glauben daran, proklamierte ich, und wir hoffen, daß sich dies in präzisen Handlungen niederschlagen wird, welche die drei Pole verbindet: Moskau, London und Paris." [6]) Die von ihm oft verwendete Formel des „Europas vom Atlantik bis zum Ural" entspricht der tiefen Überzeugung, Europa müsse seine Einheit in der Form eines freien Zusammenschlusses von Völkern finden, deren enge Nachbarschaft sie notwendig zusammenführen muß.

Was der General von der NATO denkt, ist schwierig zu wissen. Da er niemals an eine russische Aggression gedacht hat, war er sicher niemals von der Nützlichkeit der NATO überzeugt. Aber als Militär glaubt er nicht, daß die Nationen ohne Streitkräfte auskommen können. „Welchen Lauf die Welt auch nehmen möge, sie wird der Waffen nicht entbehren." Dies schrieb er im Vorwort zu „Fil de l'épée". Sicher lehnt er nicht grundsätzlich den Gedanken einer Militärmacht in der Mitte Europas ab, um jeder Situation gewachsen zu sein. Auf jeden Fall, da diese Macht vorhanden ist, war er immer bestrebt, daß Frankreich in ihrem Rahmen einen sehr bestimmten Einfluß ausübe. Seitdem er wieder an die Macht gelangte, verlangte er die Schaffung eines NATO-Direktoriums mit Frankreich, den USA und England. Diese Prätention wurde von Washington verworfen. Obwohl Frankreich nur 78 000 Soldaten in Deutschland stehen hat und die Bundesrepublik der NATO zwölf schwerbewaffnete Divisionen zur Verfügung stellt, das heißt unvergleichlich mehr als Frankreich, besteht de Gaulle anscheinend noch auf dem von ihm vorgeschlagenen Dreier-Direktorium. Da ein amerikanischer General an der Spitze der NATO sich befindet und de Gaulle wünscht, daß die USA ihre führende Stellung verlieren, lehnte er die Integration zahlreicher französischer Divisionen in die NATO ab. Natürlich wird er diese Haltung solange aufrechterhalten, wie Frankreich den Plan eines Direktoriums nicht durchgesetzt hat. Solange die hauptsächlichen Streitkräfte der NATO von den USA und der Bundesrepublik gestellt werden, wird de Gaulle dem Militärbündnis nur wenig Gunst bezeugen; denn weit davon entfernt, die Unabhängigkeit der europäischen Länder gegenüber Washington zu sichern, hat die NATO jetzt nur die Funktion,

[4]) de Gaulle a. a. O., S. 54.
[5]) de Gaulle a. a. O., S. 222.
[6]) de Gaulle a. a. O., S. 56.

die Herrschaft Amerikas über Europa zu sichern. Nichts mißfällt de Gaulle mehr als die Verstärkung des beherrschenden Einflusses der Vereinigten Staaten in Europa.

Nachdem ich versuchte, die Meinung de Gaulles zu definieren, möchte ich meine eigene Ansicht und die meiner Freunde wiedergeben. Wir fürchten, daß Westdeutschland es eines Tages bedauern wird, sein Los derart mit demjenigen der USA verknüpft zu haben, denn die amerikanische Politik beruht auf einer Gesamtheit von Fiktionen, die keine Beziehung zur Realität haben. Die erste dieser Fiktionen besteht in der Behauptung, daß die Sowjetunion die Absicht hat, Westeuropa zu erobern, daß daher die Bildung einer bewaffneten Macht im Zentrum Europas notwendig sei, um eine solche Invasion zu verhindern. Alle verständigen Menschen wissen jedoch, daß die Regierung und das Volk der UdSSR keinen lebhafteren Wunsch haben, als durch die Aufrechterhaltung des Friedens, dank produktiver, durch die Abrüstung möglich werdender Investionen, den sowjetischen Lebensstandard zu erhöhen. Die NATO dient zu nichts anderem als zur Bestärkung der Bonner Regierenden in der Illusion, daß die Bundesrepublik und die USA durch Kriegsdrohung von der Sowjetunion die Annexion Ostdeutschlands und der jetzt polnischen Gebiete erreichen werden. Die Bundesregierung muß jeden Wirklichkeitssinn verloren haben, um sich eine Kapitulation Moskaus vor solcher Erpressung vorzustellen. Das einzige Resultat, das Washington und Bonn erreichen werden, wenn sie diese Erpressung zu weit treiben, ist der Ausbruch eines Krieges, der notwendig atomar sein würde.

Das deutsche Volk muß endlich auf seine Regierenden und seine Generale einen Druck ausüben, damit sie sich endlich der Wirklichkeit stellen. Von ernsten Dingen muß man ernst sprechen. Die Aufstellung von nuklearen Sprengköpfen und Raketen in Westdeutschland ist eine ungeheure Gefahr, der Washington die Deutschen ausliefert, denn im Kriegsfalle würde das Vorhandensein dieser schrecklichen Waffen die Russen zwingen, eigene Atombomben einzusetzen, was zur Vernichtung der Bevölkerung Westdeutschlands führen würde. Welches auch der Sieger wäre, es gäbe kein deutsches Volk mehr. So schrecklich eine solche Perspektive auch ist, man muß die Wahrheit sagen: Wenn die Bundesregierung ihre gegenwärtige Politik noch lange fortsetzen sollte, würde sie diese Katastrophe heraufbeschwören. Daher begrüßen wir die weise Entschließung der deutschen evangelischen Kirche hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze, und wir freuen uns desgleichen, daß zahlreiche deutsche Professoren und Intellektuelle eine ähnliche Haltung einnehmen. Selbstverständlich ist die Annahme der deutschen Ostgrenze für das deutsche Nationalgefühl schmerzlich. Aber in der Geschichte gibt es unumstößliche Akte: Die jetzigen deutschen Grenzen sind endgültig, denn die Sowjetunion verteidigt sie mit allen militärischen Mitteln. Diese Amputation deutschen Gebiets ist die Folge der wahnsinnigen Politik Wilhelms II. und Hitlers, des Glaubens, daß der Krieg Deutschland einen größeren Wohlstand bringen könnte. Das war ein vollständiger Irrtum, denn eine Nation wird groß durch die Entwicklung der Wissenschaft, der Industrie, des Handels. Um Wohlstand und Macht zu erwerben, bedarf ein Staat keines sehr ausgedehnten Territoriums. Selbst ohne die Wiedervereinigung ist die Bundesrepublik die dritte Industriemacht der Welt geworden, und ihre Bevölkerung besitzt einen hohen Lebensstandard. Deutschland wird eine glückliche Zukunft haben, wenn der Friede erhalten bleibt, es wird jedoch das erste Opfer im Falle eines Krieges sein. Die Bundesrepublik wird geachtet werden, solange sie sich friedlichen Aufgaben widmet; man wird sie jedoch immer mehr fürchten und beargwöhnen, wenn sie fortfährt, ihre Rüstung weiter auszubauen. Bereits zweimal hat die Gewaltanwendung

Unglück über Deutschland gebracht. Wie ist es möglich, daß die Verantwortlichen das nicht begreifen?

Die Vereinigten Staaten suggerieren den Europäern die Furcht vor einer sowjetischen Aggression, denn die Verbreitung dieser Legende entspricht ihrem Interesse. Solange die Europäer dem Glauben schenken, werden sie unter dem amerikanischen Atomschirm bleiben wollen, das heißt, mit dem Zustand gehorsamer Untertanen vorlieb nehmen. Legen wir diese Lüge einmal beiseite, dann können unsere Länder ihre diplomatische Selbständigkeit wieder erlangen, ihre Interessen gegenüber den USA verteidigen. Dann wird es möglich sein, sich der massiven Senkung der Zolltarife zu widersetzen, was zum Zusammenbruch der europäischen Landwirtschaft und zum amerikanischen Einfluß in zahlreichen Industrieunternehmungen führen müßte. Deutschland wird, wie es de Gaulle sagte, eines Tages seine Wiedervereinigung auf dem Wege der west-östlichen Entspannung erreichen. Der Friede kann in Europa erst dann wirklich herrschen, wenn die amerikanischen und alliierten Streitkräfte Deutschland verlassen, während gleichzeitig die sowjetischen Truppen sich aus dem Gebiet aller Volksdemokratien zurückziehen, in dem sie sich heute noch befinden. Wenn die USA das wünschen, was sie die „Befreiung der unterdrückten Völker" nennen, dann müßten sie die NATO sofort beseitigen. Der Amerikaner G. F. Kennan sagte mit vollem Recht, die Schaffung der NATO sei ein Fehler gewesen. Die USA und die Bundesrepublik werden mit Gewalt von Moskau nichts bekommen. Schon zwanzig Jahre prahlen die Vereinigten Staaten damit, die Volksdemokratien vom russischen Einfluß zu befreien. Doch was haben sie damit bis jetzt gewonnen? Nichts. Die Verstärkung der NATO bewirkte nichts anderes als die Verstärkung der Bande zwischen Moskau und den osteuropäischen Ländern. Der versteckte Kriegszustand, in dem wir seit 1950 leben, ist unerträglich. Frankreich informierte Washington, daß es im Kriegsfalle neutral bleiben würde. Das erste Opfer der militaristischen Politik Washingtons und Bonns ist die Bundesrepublik selber. Alle wahren Freunde des deutschen Volkes können das nur bedauern. Zwei Weltkriege brachten Katastrophen über Deutschland, ein dritter wäre sein endgültiges Ende. Dahin führt schließlich die Forderung nach den Grenzen von 1937. Hoffen wir, daß bei den Verantwortlichen die Vernunft einzieht, bevor es zu spät ist.

Robert Scholl

Charles de Gaulle

Vom Historiker Heinrich von Treitschke stammt das Wort: „Männer machen die Geschichte". Die Richtigkeit dieser Feststellung wird zwar manchmal bestritten, doch wer den Ablauf geschichtlicher Ereignisse untersucht, findet sie bestätigt. Besonders in außerordentlichen Zeiten ragt meist aus den Reihen seiner Zeitgenossen ein Kopf heraus, der zum Schicksal seiner Zeit wird. Er kann zum Glück seines Volkes, seiner Zeit werden, aber ebenso zum Unheil. Oft sind es dynamisch veranlagte Naturen, die, leicht unbeherrscht und demagogisch, gerne an das Gefühl der Massen appellieren. Das Gegenteil dazu sind die vornehm gesinnten, meist hochbegabten Persönlichkeiten, die mit Überlegung urteilen und handeln. Sie gehören

zu den Weisen, die nach Plato eigentlich zum Regieren berufen sind. Zwischen diesen beiden Extremen, den vorwiegend demagogischen und fanatischen Dynamikern und den von Vernunft und Gerechtigkeitssinn geleiteten Weisen liegt die breite Skala der Opportunisten und Konformisten, die sich, oft gegen bessere eigene Einsicht, zu leicht nach der herrschenden Strömung richten.

Frankreichs Präsidenten Charles de Gaulle kann man weder zu den Dynamikern rechnen, noch zu den Konformisten. In ihm verkörpert sich vielmehr eine jener seltenen Gestalten, die in Notzeiten, wenn die übrigen Politiker keinen Ausweg mehr finden, ihr Volk den rettenden Weg führen. Damit soll nicht gesagt sein, daß es vor Charles de Gaulle in Frankreich keine fähigen Politiker gab. Sie mußten aber scheitern, da sie ihr Land mit untauglichen Mitteln kurieren zu können glaubten, indem sie den längst als erfolglos erwiesenen Weg des parlamentarischen Handelns und Händelns gingen. Dabei geriet Frankreich, besonders seit dem Ersten Weltkrieg, immer weiter bergab, sowohl wirtschaftlich als auch moralisch. Dieses Abwärtsgleiten setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg beschleunigt fort. Wäre Charles de Gaulle nicht schon 1946 von der Staatsleitung zurückgetreten, so wäre auch er durch den parlamentarischen Betrieb nach kurzer Zeit verheizt gewesen, ohne seinem Volke geholfen zu haben. Seine Gegner werfen ihm teils vor, er sei ein Diktator. Wäre er das, so hätte er damals schon seine von ihm als richtig erkannten Grundsätze mit allen Mitteln durchgesetzt. Aber ihm als Vertreter des Legalitätsprinzips widersprachen Mittel, wie sie Diktatoren anwenden. Daher verblieb ihm nur der Weg, sein Amt niederzulegen. Er brachte die Kraft auf, sich lieber der Politik zu enthalten und jahrelang zu schweigen, als einen aussichtslosen Weg mitzumachen. Zu solcher Enthaltsamkeit gehört schon ein hohes Maß von Selbstbeherrschung, zumal bei einem Mann, der sich schon zuvor für sein Volk beinahe geopfert hatte. Im Jahre 1958, als die Fallschirmjäger aus Algier ihre Revolte machten, geriet Frankreich in eine gefährliche Staatskrise, aus der die Taktiker keinen Ausweg fanden. Nun wurde Charles de Gaulle, gewissermaßen durch eine „List der Geschichte", wie dies ein bekannter Philosoph bezeichnete, wieder zur Staatsführung und zum Retter des Vaterlandes berufen. Ohne ihn wäre Frankreich unaufhaltsam in das Chaso gefallen. Der schon vorher notleidende Franc hätte außerhalb Frankreichs nichts mehr gegolten. Wirtschaftliche Not und grassierende Arbeitslosigkeit hätte einen großen Teil der Franzosen verzweifeln lassen. Von den Folgen wäre aber nicht nur Frankreich betroffen worden. Auch die Nachbarländer wären von der Krise Frankreichs in Mitleidenschaft gezogen worden. Denn ein so großes, hochentwickeltes Land, einer der bedeutendsten weltwirtschaftlichen und kulturellen Faktoren mit vielseitigen internationalen Verflechtungen hätte mit seinem Fall die meisten Länder der Erde nachteilig beeinflußt. Insofern müssen auch diese, vornehmlich die Nachbarländer, über die Entwicklung in Frankreich befriedigt sein.

Charles de Gaulle hat wiederholt bewiesen, daß er einen sichereren Blick für die Innen- und die Weltpolitik besitzt als seine Gegner im In- und Ausland. Schon als junger General hat er klar gesehen, als er lange vor dem Hitlerkrieg seinem Generalstab und der Regierung vorschlug, das Gewicht bei der Heeresausrüstung auf Panzertruppen zu legen. Er fand aber dafür bei den verantwortlichen Stellen nicht das nötige Gehör. Wie kaum einer, hatte er rechtzeitig die richtigen Folgerungen aus dem Ersten Weltkrieg gezogen. Bekanntlich brachten die Amerikaner in dessen Schlußphase den Krieg rasch zu Ende, indem sie mit ihren schweren gepanzerten Tanks die deutschen Stellungen einfach überrollten und ins feindliche Hinterland vorstießen. Übrigens nutzte die deutsche Heeresleitung die Er-

fahrungen von 1918. Indem sie starke Panzertruppen aufstellte, tat sie das, was General de Gaulle frühzeitig für Frankreich vorschlug. Wie anders sähe vielleicht die Welt heute aus, wenn Frankreich damals seinem jungen General gefolgt wäre! Die Folge der unzeitgemäßen französischen Militärpolitik war, daß die deutschen Heere im Sommer 1940 mit ihren Panzertruppen die französischen Stellungen auf Anhieb überrannten und das Land hinter der Maginotlinie besetzten.

Als Frankreich eine leichte Beute Hitlers geworden war, zeigte sich erneut der klare, fast seherische Blick Charles de Gaulles. Seine Kameraden samt den meisten französischen Politikern ließen sich von der Panik lähmen und glaubten das Schicksal ihres Landes bereits entschieden. Nicht so de Gaulle. Er behielt ruhige Nerven. Der zeitweilige Nebel, der zunächst die Weltlage trübte, betörte nicht seinen Blick. Als einer von wenigen erkannte er, daß der Krieg keineswegs entschieden, daß im Gegenteil auf Grund der aus höherer Sicht betrachteten Weltlage letzten Endes die Niederlage Hitlers unausbleiblich war. In dieser Sicht stimmte er mit Winston Churchill überein.

Daß solche Menschen schwer verstanden werden und viele Gegner haben, ist verständlich. De Gaulle wird von rechts und links und nicht weniger von der politischen Mitte bekämpft. Viele der Parteipolitiker trauern früheren Zeiten nach, da es noch in ihrer Hand lag, jederzeit eine Regierung zu stürzen. Aber wem das Vaterland wichtiger ist als eine Partei, der kann es nicht für gut finden, wenn das Parlament heute einer Regierung, vielleicht sogar mit großer Mehrheit, das Vertrauen ausspricht, um sie dann in wenigen Wochen oder Monaten durch ihr Mißtrauensvotum wieder zu stürzen, obwohl sich weder die durch das Vertrauen bestellten Persönlichkeiten, noch die sachlichen Umstände geändert haben. Der unparteiliche Staatsbürger vermag in solchem Verhalten nicht die von ernster Verantwortung getragene Entscheidung reifer Männer, eher ein Spiel unreifer Jungen zu erblicken. Unzweifelhaft kann eine Regierung keine fruchtbare Arbeit leisten, wenn sie schon wieder abberufen wird, ehe sie sich auch nur in ihre Aufgaben eingearbeitet hat.

Kein Mensch ist fehlerllos. Man mag Charles de Gaulle manches vorwerfen — auch große Bäume werfen Schatten — aber niemand wird ihm nachweisen können, er sei einseitig eingestellt gegenüber Parteien, Gesellschaftsklassen oder Wirtschaftsgruppen. Man wirft ihm, vor allem im Ausland, vor, er sei Nationalist und schwärme für Frankreichs „Gloire". Warum aber wollen ihn dann die Nationalisten umbringen? Und wie hätte er als Nationalist das formalrechtlich zur französischen Provinz gewordene Algerien aufgeben können? Getadelt wird er besonders auch wegen seines Verhaltens gegenüber der NATO und dem Gemeinsamen Markt (EWG). Aber ist denn nicht die NATO weniger ein einfaches Verteidigungsbündnis als eine Konstruktion, die der Welt keinen Frieden zu bringen vermag? Die einst aus beiderseitigem Mißtrauen und der daraus entspringenden Furcht entstandene Spannung zwischen dem Westen und der Sowjetunion brachte die Welt in eine politische Agonie, in der sie schon einigemal an den Rand des Abgrundes geriet. Werden die ideologischen Gegensätze nicht abgebaut, sondern immer wieder angeheizt, dann lebt die Menschheit in einer latenten Gefahr des gegenseitigen Selbstmordes. Wenn Charles de Gaulle sagt, von der Sowjetunion drohe keine Gefahr, mindestens gegenwärtig nicht mehr, so können ihm nur ideologisch Verkrampfte widersprechen. Seine Weltpolitik erstrebt das epochale Ziel, aus dem vitius circulosus, dem Teufelskreis, in dem sich die heutige Welt bewegt, herauszukommen. Das ist aber nur möglich durch Beseitigung des gegenseitigen Mißtrauens. Gelänge dies, so sähe die Menschheit

nach langen Zeiten wieder ein Morgenrot, das beinahe an ein Wunder grenzte. Aus solcher Sicht kann auch das Verhalten de Gaulles zum Gemeinsamen Markt (EWG) gesehen werden. Diese Sechsergemeinschaft dient nicht der erhofften Erleichterung des materiellen Daseins und der Vereinfachung der Wirtschaft. Im Gegenteil. Die Lebenshaltung, besonders was die Nahrungsmittel anbelangt, wird innerhalb der EWG fortgesetzt künstlich verteuert. Auch hat die EWG nicht dazu gedient, die Völker einander näher zu bringen. Sie hat im Gegenteil auch eine Absonderung gegenüber anderen Ländern gebracht, was diese nur bedrücken kann. Allmählich ist die EWG mit ihrer Kommission in Brüssel eine bürokratische Konstruktion geworden, die einer freien Wirtschaft Hohn spricht. Wie wirklichkeitsfremd die Tätigkeit der Kommission zum Teil geworden ist, erhellt schon daraus, daß man dort glaubt, durch statistische Erfassung von Import und Export, durch Aufstellung von Zahlungs- und Währungsbilanzen, über Investitionen und Preisentwicklung usw. die eigene Existenz beweisen zu müssen, als wären die sechs Länder ein einheitlicher Staat, während doch jedes einzelne dieser Länder seine eigene Gesetzgebung, seine eigene Währung und seine selbständige Volkswirtschaft hat.

Auch ist die staatliche Integrierung der EWG-Länder und letzten Endes Europas eine fixe Idee. Offenbar haben den Europa-Romantikern für diese Idee die Vereinigten Staaten von Nordamerika als Vorbild gedient. Aber dieser USA hat sich nicht einmal Kanada eingegliedert trotz gleicher Sprache und Abstammung. Was den USA durchaus angemessen ist, ist es nicht auch für Europa. Die USA sind eine Mischung von Menschen aller Erdteile und Rassen, ohne eigengewachsene Kultur und Sprache, nachdem die eingeborene Bevölkerung ohne Bedeutung ist. Von den europäischen Ländern besitzt jedes eine alte Kultur und geschlossene Sprachgebiete. Es ist ein Aberwitz, solche Völker zu einem einheitlichen Staatsgebiet zusammenzuwerfen. Für einen engeren Zusammenschluß käme nur ein Staatenbund, das Europa der Vaterländer nach de Gaulles Rezept, in Frage.

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder

Charles de Gaulle

Ansätze einer notwendigen Entzauberung

Am 19. Dezember wird das französische Volk sich zwischen de Gaulle und Mitterand entscheiden. Über den Ausgang der Stichwahl kann es kaum Zweifel geben. Das Mandat des Generals als machtvoll alleinregierender Staatspräsident in der auch nach der geschriebenen Verfassung des kollegialen Kabinettsprinzips ganz und des Parlamentarismus großenteils entkleideten Verfassungsordnung der V. Republik dürfte mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit erneuert werden. Sieger wird der Mann sein, der mit drei Leistungen von weltgeschichtlichem Rang aufwarten kann, die von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gutgeheißen werden und von denen, wie oft und manchmal auch

gern übersehen wird, jeweils die eine die unerläßliche Voraussetzung der nächstfolgenden war: Er war der Exponent und der Träger und er ist weiterhin die Verkörperung des Widerstandes gegen den nazistischen Versuch der Usurpation seines Landes; ihm gelang die — gewissermaße „neutrale" — Liquidierung des Algerienkrieges, die unter den damaligen Bedingungen kein anderer französischer Politiker hätte herbeiführen können, ohne den Zusammenhalt der Nation schwersten Einbußen auszusetzen; er ist nunmehr die bewegende Kraft der mit „polyzentristischen" Parallelvorgängen im Obstblocksystem korrespondierenden Neuorientierung in der Staatenwelt der NATO.

Wer das bedenkt, wird sich billiger Hinweise auf die erhöhten Chancen nicht sonderlich demokratisch gesonnener Militärs als Kandidaten bei Präsidentschaftswahlen entschlagen. D i e s e r General ist in der Tat kein Feind der Demokratie, die er mit seinem Vaterland verteidigt hat, wenn ihm auch das Verständnis für die Phänomene ihrer modernen Erscheinungsform weitgehend abgeht. Er ist ein Patriot, dem der französische Staat die Erhaltung seiner geschichtlichen Kontinuität verdankt, ein noch lebendes Symbol, das den Kollaborationismus von Vichy zumindest zudeckt, ein Mandatsträger, der die Legitimierung zu den beiden letztgenannten großen politischen Entscheidungen letztlich auf seine primäre Entscheidung zum Widerstand zurückführen kann; d. h. übrigens auch, daß er nicht wie ein griechischer Theatergott in die Geschichte eingebrochen ist. Sein Banner ist die Trikolore. Sein Staat ist die laizistische französische Republik. Sein Volk soll kein Haufen von Untertanen sein, sondern durchaus die sich ihrer staatsbürgerschaftlichen Qualität bewußte Nation, wie sie sich aus dem revolutionären Durchbruch der bürgerlichen Gesellschaft zur politischen Macht geformt hat, wenn er sie auch väterlich zu umarmen liebt, weil er die Tragweite der demokratischen Hypothese von ihrer politischen Mündigkeit nicht richtig einschätzt. Für ihn gibt es keine tiefgreifende Zäsur zwischen der IV. und der V. Republik. Die Verfassung der letzteren, das auf die Handhabung und den Stil seines persönlichen plebiszitär abgestützten Regiments zugeschnittene Verfassungsdokument, ist ihm nichts weiter als eine Korrektur früherer Unzulänglichkeiten und ein Abstoßen von Ballast. Mit faschistoiden Anwandlungen im Kreise der „Gaullisten", die die Demokratie als einen Jauchekübel bezeichnet haben, hat er sich nie identifiziert.

Mit der negativen Beurteilung der abgestoßenen Institutionen der tradierten bürgerlich-rechtsstaatlichen Demokratie und der gleichzeitigen Geringschätzung der Gefahren einer verfassungsrechtlichen Institutionalisierung des persönlich-plebiszitären Regiments findet de Gaulle die Kritik seiner Gegner. So gut wie alle Stimmen, die der einzige ernst zu nehmende Gegner bei den Wahlen vom 5. Dezember auf sich vereinigen konnte, sind Stimmen für die gegenwärtige Außenpolitik de Gaulles. Aber sie sind Stimmen gegen die z. T. schon eingetretenen, z. T. sich abzeichnenden Mißstände innenpolitischer Art, die aus der nunmehr praktizierten Verfassungsordnung erwachsen sind und nach empirisch gesicherten politologischen Einsichten auch zwangsläufig erwachsen mußten. Diesen Einsichten verschließt sich der von einem unerschütterlichen Sendungsbewußtsein getragene General. Sein Nationalismus, der auch ganz unbedenklich in der Lage ist, dem alten Primat der Außenpolitik vor der Innenpolitik verhaftet zu bleiben, ragt wie ein Urgestein des 19. Jahrhunderts in die Gegenwart und findet sogar eine scheinbare Bestätigung darin, daß er ein wirksamer Hebel der erwähnten Auflockerungspolitik werden konnte. (Freilich ist, weil de Gaulle erklärtermaßen nur an das Nationalprestige appelliert, nicht mit Sicherheit auszumachen, wie weit sein Blick darüber hinaus gerichtet ist; diese Beschränkung trägt in sich die Ge-

fahr, daß in einer weiteren Phase der Entwicklung die gegenwärtige stabilisierende Auswirkung auf den Weltfrieden durch das Auftauchen neo-imperalistischer Elemente unversehens in eine Bedrohung des Weltfriedens umschlägt.) Im Innern aber wird der „liberalen Demokratie" (in der Ausdrucksweise des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland würde es heißen „freiheitliche demokratische Grundordnung") die Lebensluft wenn auch nicht abgeschnürt, so doch gedrosselt. Die oppositionellen Kräfte, deren diese Demokratie bedarf, weil sie ohne das Vorhandensein prinzipiell als gleichwertig erachteter rivalisierender Personal- und Programmalternativen zum Untergang verurteilt ist, sind zwar nicht einem massiven gouvernementalen Diffamierungsfeldzug ausgesetzt, auch in der autonomen Organisation nicht wesentlich beeinträchtigt, aber dennoch im öffentlichen Raum z. T. empfindlich behindert. So ist ihnen der Zugang zum staatlich organisierten Rundfunk- und Fernsehwesen außerordentlich erschwert. Ein zentrales Stück demokratischer Öffentlichkeit entfällt für sie durch den Leerlauf des Parlaments. Hier kann sich auch die Kritik an der exekutivischen Staatspraxis nicht mehr auswirken, die ihrerseits, was oft verkannt wird, schon unter der III. und IV. Republik durch das Rotieren des Regierungskarussells unverhältnismäßig stark geworden war. Auf das Ausfallen der parlamentarischen Gesetzesinitiative und die praktische Unmöglichkeit, von außerhalb der Regierungssphäre Projekte der Sozialreform in Gang zu bringen, sei nur hingewiesen.

Insgesamt hält sich allerdings, gemessen an den institutionellen Möglichkeiten der neuen Verfassung, die Deformierung der liberalen Demokratie in Grenzen; eher überwiegt der Eindruck der Stagnation. Doch liegen die Dämme eben hauptsächlich in der Person der staatlichen Machthaber. Das kann jedoch, da sie — nach Pascals Wort — zwar in der Regel keine Tiere, aber auch keine Engel, sondern Menschen und als solche zu mancherlei fähig sind, keine hinreichende Sicherung der liberalen Demokratie sein. Hinter der Erkenntnis des greisen Plato, der nach dem Scheitern seines eigenen wohlgemeinten und rundum totalitären Idealstaatsversuchs seine philosophischen Herrscher durch Gesetze und Institutionen ablösen wollte, wird wohl keine moderne Verfassungspolitik zurückbleiben können.

So ist für Frankreich die Frage nach der Wiederherstellung einer funktionsfähigen parlamentarischen Demokratie nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben. Der Zeitfaktor freilich macht die Problematik delikat; das persönliche Regiment schlägt natürlich immer tiefere Wurzeln. Es wird weitgehend von der inneren demokratischen Ordnung der politischen Parteien und ihrer Integrationskraft abhängen, wann das Intermezzo beendet und die Möglichkeit gegeben sein wird, die große gute Ernte der de Gaulleschen Politik in die Scheunen einer gänzlich vom Ausnahmecharakter befreiten Verfassungsordnung einzubringen. Dem General selbst wird man bescheinigen können, daß er seine Machtbefugnisse nach der Verfassung der V. Republik nicht voll ausgeschöpft hat. So hat er den speziellen Ausnahmezustand nach Art. 16 bislang auf eine papierne Existenz beschränkt.

Von seinen Vorstellungen über die Zukunft Europas, die in den Kategorien des 19. Jahrhunderts konzipiert worden sind, wird sich vieles zeitgemäß übersetzen lassen. Das „Europa der Vaterländer" kann das wiedervereinigte Europa werden. Es wird mit Sicherheit nicht am Ural enden (man wird sich dann schon für Brest, besser aber für Wladiwostok entscheiden). Es wird zumindest die Befriedung Deutschlands, wenn schon nicht die Wiedervereinigung Deutschlands in sich schließen. Dafür, daß die Wiedervereinigung Europas nicht in eine Isolierung des andern Teiles Deutschlands umgebogen wird, hat de Gaulle einiges getan, was nicht leicht rückgängig zu machen sein wird.

Fernseh-Spalte

ZEITGESCHICHTE
MIT FRAGEZEICHEN

„Europäische Tragödie" lautete der Titel einer Sendung des Zweiten Deutschen Fernsehens, ein Beitrag zum „Jahr der Menschenrechte". Untertitel: „50 Millionen geflohen — verschleppt — vertrieben". Schon das Wort „Tragödie" ließ Schlimmes ahnen. Man sollte, ähnlich dem Wörterbuch des Unmenschen, ein Jargon-Lexikon der Demagogie (getrennt nach den Anwendungsbereichen Demokratie und Diktatur) zusammenstellen. Die Begriffe Tragödie und tragisch würden darin einen bevorzugten Platz einnehmen. Die schicksalhafte Unentrinnbarkeit, welche der philosophische und metaphysische Wertindex als Wesensprinzip des Tragischen ausweist, auf Kriege und andere allzumenschliche selfmade-Katastrophen anzuwenden, zeugt entweder von Dummheit oder impertinenter Irreführung. Beide Untugenden sind in den Redaktionen der Massenmedien völlig fehl am Platze. Nichtsdestoweniger werden sie nachdrücklich gepflegt. Es ist nicht das erste Mal, daß man dem ZDF Geschichtsklitterung vorwerfen muß. In diesem Falle wurde die Methode der Auslassung und arglistigen Schwerpunktbildung angewandt. Nach Ansicht der Hersteller dieses Semi-Dokumentarstreifens begann die „Tragödie Europas" 1939. Die Faschisierung Europas, die Deutschland 1933 die Konzentrationslager und die Vertreibung seiner geistigen Elite „bescherte", die 1935 bereits über den Kontinent hinausgriff und mit der Niedermetzelung abessinischer Speerkämpfer imperialistischen Terror demonstrierte, die 1936—1939 mit der Unterjochung Spaniens einen Vorgeschmack des totalen Krieges ausdünstete, die 1938 nach der Tschechoslowakei griff und in Deutschland radikalen Rassismus vorexerzierte, — die Faschisierung Europas gehörte nicht in die Planskizze dieses larmoyanten Features. Statt dessen wurde man belehrt, daß es 1938 bis tief nach Osteuropa hinein überall Deutsche gab, daß sich 1939 in Moskau zwei Diktatoren die Welt (ja, die Welt) aufteilten. Und auf einmal war halt Krieg. Und auf einmal gab es Flüchtlinge. In Frankreich konnten sie nach den Kampfhandlungen wieder nach Hause zurückkehren, spiegelte uns der Bericht vor. Alles in bester Ordnung. Deutsche Offiziere und Soldaten helfen nun den Opfern dieses Feldzuges, hieß es. Besatzungsterror? SS? Gestapo? Wer wird heute noch darüber reden, wo wir doch zum Westen gehören. Also wieder Blick nach Osten. Elendsmarsch deutscher Soldaten durch das von der Roten Armee zurückeroberte Stalingrad. „Der Weg in die Lager ist für viele der Weg in den Tod." Von der Versklavung und Ausplünderung der Sowjetunion, von der „absoluten Schreckensherrschaft" der Deutschen (vergl. Reitlinger, Ein Haus auf Sand gebaut), vom Kommissarsbefehl und den Massenmorden an sowjetischen Menschen erfuhr man nichts, umsomehr von der großen Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten, von der Zerbombung Dresdens undsoweiter. Wären nicht als Alibi zwischendurch auch einmal die Verbrechen an den Juden erwähnt worden, hätte man nicht ein bißchen Kritik an der von Hitler befohlenen Zwangsumsiedlung der Wolhynien-Deutschen („heim ins Reich") geübt, man könnte diese „Dokumentation" nicht von UFA-Filmen unseligen Angedenkens unterscheiden. Ich weiß, daß dies eine harte Kritik ist. Aber sie kann nicht hart genug sein. Denn dieser Bericht humpelte auf den Krükken sentimentalster Affekte einher. Die ganze differenzierte Vorgeschichte der entsetzlichen Flüchtlingsbewegung, gegen die die Völkerwanderung ein kleiner Grenzverkehr war, wurde unterschlagen. Die elementaren zeitgeschichtlichen Fakten faschistischer Machtpolitik blieben unerwähnt. Die ganze Sendung war letztlich auf die Erzeugung antiöstlicher Ressentiments abgestimmt: ein Paradebeispiel propagandistisch manipulierter Zeitgeschichte. Aber um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: ich will nicht die sowjetische Annexionspolitik bis 1940 vertuschen, nicht das Elend der 50 Millionen Opfer einer Wahnsinnsideologie (womit klipp und klar der Faschismus gemeint ist) bagatellisieren. Es geht um die totale Demontage der historischen Wahrheit. Wahr sind nur die Bilder, die hier gezeigt wurden.

E. H. Wahl

Gleiches Recht auf Unrecht

Über Mangel an Infamien können wir, die Zeitgenossen der sechziger Jahre, gewiß nicht klagen. Die Meldungen aus Vietnam, Südafrika, Alabama, um nur drei Gegenden für viele herauszugreifen, sind unser täglich Brot. Daß ‚im Interesse der Freiheit' Ortschaften ‚dem Erdboden gleichgemacht' werden, das steht bereits wieder mit Regelmäßigkeit und Selbstverständlichkeit in unseren Zeitungen; und auch wir sind ja schon wieder so weit, diese Nachrichten als selbstverständlich zu empfinden, deren regelmäßige Wiederholung sogar als ein beruhigendes Zeugnis für die verläßliche Stabilität unserer Welt. Alles wie gehabt. Und doch: in diesem Haufen von täglich üblen Nachrichten hat es in den letzten Monaten zwei Meldungen gegeben, die in gewissem Sinne noch deprimierender gewesen sind als die alltäglichen Schreckmeldungen. Von welchen spreche ich?

Erstens von der Meldung, daß 700 Veroneser Arbeiter aus Panik vor drohender Arbeitslosigkeit in einem dringenden Appell den Präsidenten der USA, Johnson, darum ersucht haben, den amerikanischen Militärstützpunkt, in dem sie angestellt sind, und von dessen eventueller Demontage bereits gemunkelt werde, unter keinen Umständen aufzulösen. Was macht diesen Appell so schockierend?

Nicht nur die Tatsache, daß diese Siebenhundert in der Notlage, in der sie sich offenbar befinden, schon nicht mehr spüren, wie würdelos es ist, um die Aufrechterhaltung fremder militärischer Einrichtungen auf eigenem souveränen Boden zu betteln oder sich dazu zu drängeln, in diesen beschäftigt zu bleiben. Sondern vor allem, daß sie sich für die Bewandtnis der Basis, um deren Aufrechterhaltung sie so inständig betteln, überhaupt nicht interessieren. Hätten sie auch nur das mindeste Interesse, dann müßten sie ja erkennen, daß dieser Stützpunkt

a) vom Tage seiner Errichtung an nicht etwa der Sicherung ihrer Heimat gegolten hatte, sondern allein dem Ziel, ein drittes Land zu bedrohen: und zwar eines, das niemals den mindesten Grund gehabt hat, ihre Heimat zu bedrohen;

b) die Gefahren, vor denen er zu schützen vorgibt (wie alle Installationen dieser Art), überhaupt erst erzeugt; daß nämlich jede Drohung eine Gegendrohung und im Ernstfall jeder Schlag einen Gegenschlag provozieren muß — kurz: daß der Stützpunkt, um dessen Aufrechterhaltung sie betteln, ihr Land, statt es zu schützen, umgekehrt gerade bedroht hat und, solange er nicht demontiert ist, auch weiter bedrohen wird. Basen für Raketen sind Untergangsmagneten.

Die zweite deprimierende Meldung — und deren Ähnlichkeit mit der ersten liegt ja auf der Hand — besagt, daß Tausende von Negern, von Arbeitslosigkeit gejagt, in den Bereich von Greater Los Angeles hineingeströmt sind und weiter hineinströmen, um dort Arbeitsstellen zu finden. Der Rechtstitel auf Arbeit, den diese Menschen beanspruchen, ist natürlich unbestreitbar; diesen eigens zu begründen, wäre beleidigend; ihn zu betonen, ist überflüssig. Nicht überflüssig ist es dagegen, es sich illusionslos klarzumachen, auf was diese berechtigte Jagd nach Jobs in vielen Fällen, ganz gewiß in diesem Falle, herausläuft, und das nun ohne Beschönigung auszusprechen: daß nämlich unter den heutigen Industrie- und Beschäftigungsverhältnissen von Kalifornien und Los Angeles nahezu jeder, der um einen Arbeitsplatz kämpft, um einen Platz in der Rüstungsindustrie kämpft. In anderen Worten, daß diese ‚job hunters' ihr unbestreitbares Recht auf Arbeit dann erobert haben, wenn es ihnen geglückt ist, zu der Vorbereitung der Liquidierung von Mitmenschen — denn einem anderen Ziele dient ja die Rüstungsindustrie nicht — zugelassen zu sein.

Nun, solange Menschen, die im Elend leben (wie etwa die farbige Bevölkerung, die nach Los Angeles einströmt), um Rechtsgleichheit kämpfen, solange kann man von diesen Menschen wohl kaum verlangen, daß sie sich den Kopf darüber zerbrechen, ob sich unter den Tätigkeiten, zu denen auch sie zugelassen zu werden beanspruchen, auch solche Tätigkeiten befinden, die, generell gesprochen, unerlaubt sind. Oder,

anders ausgedrückt: solange das moralische Ziel, für das eine Gruppe kämpft, lautet: ‚Wir wollen das, was die Anderen dürfen, ebenfalls dürfen' — solange kann die Frage, ob das, was sie auch zu dürfen beansprucht, moralisch sei oder nicht, in einer solchen Gruppe nicht auftauchen. Und das ist ganz natürlich so. Nichts liegt mir ferner, als etwa den Negern von Los Angeles, bzw. von Watts vorzuwerfen, sie hätten ihre Gedanken nicht zu Ende gedacht.

Und erst recht gilt das alles natürlich in demjenigen Augenblick, in dem das Kampfziel: also die Rechtsgleichheit, wirklich erreicht ist. Von Menschen, die dieses Ziel endlich errungen haben, die Einsicht zu verlangen, daß sie nun das gleiche Recht wie Andere genießen, Unrecht zu tun, und daß ihre Rechtsgleichheit nun darin und nur darin bestehe — diese Einsicht und diese moralische Selbständigkeit von ihnen zu verlangen, wäre nicht nur total unrealistisch, sondern auch sonst unfair.

Aber unterstellt, es gäbe solche einsichtigen und moralisch selbständigen Menschen — und ein paar gibt es unter den Hunderttausenden ganz gewiß —, welch jämmerliche Genugtuung muß es für diese Männer sein, am Tage ihres Triumphes, am Tage, an dem sie einen Job gefunden und das Tor zur Fabrik durchschritten haben, sich sagen zu müssen, daß sie durch dieses Tor in eine Rüstungsfabrik eingetreten sind; und daß sich nun ihre gewonnene Rechtsgleichheit als gleiches Recht auf Mordbeteiligung, also auf Unrecht verwirklicht hat.

Die Zahl der Zeitgenossen, die sich diese Tatsache bereits klargemacht haben, ist äußerst gering. Für die Millionen von wohlmeinenden Progressiven versteht es sich von selbst, in einem Atem, in einer und derselben Demonstration ihre Stimme für die Gleichberechtigung der coloured people und gegen die Fortsetzung der Aufrüstung bzw. der gerade stattfindenden imperialistischen Kriege zu erheben — und natürlich wäre jeder moralisch impulsive Zeitgenosse glücklich, da ohne Wenns und Abers und ohne alle Reserven mitzutun und sich für beides zugleich einsetzen zu dürfen. Aber darf er das?

Wie entsetzlich mißverständlich meine Antwort auch klingen mag — und ich sehe bereits voraus, daß Feinde mich loben und Freunde mich fortstoßen werden —, so einfach dürfen wir es uns nicht machen. Wer wirklich dazu entschlossen ist, den Problemen von heute ins Auge zu blicken, der kann sich nicht der Tatsache verschließen, daß die zwei Forderungen (Gleichberechtigung und Rüstungsabbau) nicht einfach durch ein ‚und' verbunden werden können; daß diese Und-Verbindung, wie gutgemeint sie auch sein mag, eine naive Beteuerung bleibt; daß die Doppelforderung vielmehr einen Widerspruch in sich enthält, daß wir es hier mit einer dialektischen Situation zu tun haben. In anderen Worten: innerhalb von Unrechtssystem — und ein mit Atomkrieg drohendes und imperialistische Liquidationskriege führendes Land ist natürlich ein Unrechtssystem — innerhalb von Unrechtssystemen kann das Plädoyer für Gleichberechtigung versehentlich immer auch zum Plädoyer für das Unrecht (z. B. zum Plädoyer für die Rüstungsindustrie oder für Militärbasen oder für Kriege) werden.

Absurd? Um zu erkennen, wie wenig absurd diese Gedanken sind, muß man es sich ja nur klarmachen, daß die Dialektik, von der ich hier spreche, in einem anderen Sektor, nämlich im militärischen, längst bekannt ist. Denn daß die Gleichberechtigung, die der in die Uniform gesteckte Neger genießt, darin besteht, daß auch er nun, genau so wie der weiße GI, das Recht hat, im Interesse des Imperialismus Koreaner oder Vietnamesen, oder welche Bevölkerung gerade daran ist, zu dezimieren, also das gleiche Recht auf Unrechttun, das kann wohl von niemandem bestritten werden.

Dr. Günther Anders

Politische Artistik

Deutsch-polnisches Parlamentarier-Gespräch

Bei einem gefühlsbelasteten Thema, wie es die Oder-Neiße-Grenze ist, vermögen zwischen Aachen und Braunschweig einzig die Kabarettisten noch die Sprache als logisches Kommunikationssystem zu erkennen. Daran müssen wir uns gewöhnen. Unter dem schönen Vorzeichen „Zwischen Koexistenz und Dialog" diskutierten kürzlich vor dem Düsseldorfer Bildungsforum die beiden Bundestagsabgeordneten Ernst Majonika (CDU) und Peter Nellen (SPD) mit einem

Heimatvertriebenen, der ebenfalls Abgeordneter ist. Die fatale, aber durchaus denkbare Situation, daß sich alle drei im Geiste an den Reichsgrenzen von 1937 vereinen würden, gehörte glücklicherweise nicht zu den Möglichkeiten dieses Gesprächs. Denn der erwähnte Heimatvertriebene heißt Stanislaw Stomma, stammt aus Wilna und hat seine Heimat für immer aufgegeben. Er hat sich damit abgefunden.

Stomma ist heute Dozent für Strafrecht in Warschau und führt die fünfköpfige katholische Parlamentariergruppe „Znak" in dem polnischen „Sejm", dem 460 Abgeordnete angehören. Die Znak steht in enger Verbindung mit dem polnischen Episkopat. Trotz ihrer winzigen Fraktionsstärke stellt sie mit Stomma den stellvertretenden Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Sejm.

Es war das erste öffentliche Gespräch zwischen bundesdeutschen und polnischen Politikern. Es war zugleich die einmalige Gelegenheit, hierzulande aus erster Hand zu erfahren, wie Seebohms Sonntagsreden östlich der Oder reflektiert werden.

Die CDU-Landtagsabgeordnete Maria Hölters hatte ihren polnischen Glaubensbruder Stomma zartfühlend avisiert. Seinen Äußerungen seien Grenzen gesetzt. Er könne nicht so frei reden, meinte sie. Tatsächlich erwies sich, daß allein der arme Verwandte aus dem östlichen Land mit seiner verkümmerten Meinungsfreiheit seinen Standpunkt deutlich klarmachen konnte, während Bundesdeutschlands Volksvertreter in den sprachlichen Windungen kurvten, die von der Furcht vor giftigen Drohbriefen und dem Gezeter der Berufsvertriebenen vorgezeichnet werden.

Stomma sprach den Klartext, der für den katholischen Znak-Polen ebenso gilt wie für seinen Kardinal oder den kommunistischen Parteichef: „Die Oder-Neiße-Grenze ist eine Realität, an der nichts mehr geändert wird; auch nicht durch Verhandlungen mit einer gesamtdeutschen Regierung."

Der SPD-Abgeordnete Peter Nellen fand dies „erschütternd". Es entfuhr ihm der bemerkenswerte Satz :„Ich bin hier in einer komischen Situation." Er versuchte dem polnischen Gast an die Seite zu rücken, erwähnte die vier Millionen Polen, die seit 1945 in den ehemals deutschen Gebieten geboren wurden, die man nicht einfach zurücktreiben könne und deren Problem man auch nicht bis zu endgültigen Friedensverhandlungen aufschieben dürfe, beschuldigte die deutschen Heimatvertriebenen der „Augenwischerei", wenn sie erklärten, sie wollten es jedem Polen freistellen, zu bleiben oder „in seinen Staat zurückzukehren" und machte dann doch bei dem abstrakten Rechtsanspruch Halt. Insofern war seine Situation komisch.

Nicht weniger komisch verliefen die dialektischen Kurven des CDU-Außenpolitikers Majonika: Selbstverständlich beharrte auch er auf dem „Recht auf Heimat". Gleichzeitig warf er den Polen vor, sie würden eine Politik der Aussöhnung erschweren, weil sie in innerdeutsche Interessen „aggressiv interveniert" hätten. Den Ausdruck „aggressiv" nahm er wieder zurück. Daß Polen den fiktiven Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik nicht respektiert, macht den Abgeordneten aus Soest so ungehalten. Immerhin gestand er zu: Intern würde auch er in seine Überlegungen die neuen Fakten hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze einbeziehen. „Aber ich kann keine öffentliche Erklärung abgeben, die deutschen Interessen zuwiderläuft."

Majonika ließ schließlich einige Vorstellungen durchblicken, die allmählich zur offiziellen Version der bundesdeutschen Außenpolitik heranreifen. Den Rechtsanspruch auf die alten Reichsgrenzen will er behalten, um ihn für ein polnisches Votum zugunsten der Wiedervereinigung opfern zu können. Ähnliches hat der CDU-Politiker mit der nuklearen Bewaffnung der Bundeswehr im Sinn: Er will Atomwaffen, um sie schließlich als Preis für die Wiedervereinigung zu verschrotten.

Prof. Stomma versuchte vergeblich seine Gesprächspartner auf aktuelle Realitäten zurückzuführen: „Ihr Freund de Gaulle tritt leichteren Herzens für die Wiedervereinigung ein, wenn Sie die Oder-Neiße-Grenze anerkennen." Stomma schlug seinen deutschen Gesprächspartnern vor, „den anderen deutschen Staat" anzuerkennen, um die Wiedervereinigung auf dem Wege der Konföderation zu erreichen. Er ließ keinen Zweifel daran, daß für ihn die Politik der Stärke ebenso wie der Anspruch auf die Grenzen von 1937 einen Anachronismus bedeuten.

Zweimal war in einer Diskussionsstunde die Erkenntnis durchgeschimmert, daß auf

den Rathäusern von Breslau und Königsberg die deutsche Fahne nicht mehr gehißt wird; ebensowenig wie die polnische in Wilna. Beide Male versteckten westdeutsche Parlamentarier ihre bessere Einsicht hinter dem pathetisch verteidigten Tabu vom Heimatrecht. Sie haben ihrem Publikum gezeigt, was Angst vor der eigenen Courage ist.

Was den Erfolg solcher Bemühungen angeht, muß man wieder dem polnischen Professor dankbar sein: Die Polen fürchten eine Wiedergeburt des alten militaristischen Deutschland, wenn man ihnen auch noch so oft versichert, die Bundesrepublik habe schließlich ihren guten Willen gezeigt, indem sie ihr Verteidigungspotential in supranationale Ordnungen eingliederte. Da kann man wieder austreten, wie es der General in Paris deutlich macht. Stomma: „Solange diese Politik des Antagonismus weiter betrieben wird, sind uns Polen zwei deutsche Staaten lieber als einer."

Fritz Mörschbach

Bücher

Presse und Öffentlichkeit

Erst seit wenigen Jahren interessieren sich deutsche Verlage für zeitungswissenschaftliche Themen. Die interpretierende Kritik der Publizistik war im Dritten Reich so gut wie unmöglich, weil die Nazis natürlich wußten, daß Begriffe wie Publizistik, Meinungsbildung und Öffentlichkeit zu synchroner Betrachtung Anlaß geben. Das dürfte auch der Grund dafür sein, daß in der Ära Adenauer die Erforschung eines noch fast unerschlossenen Gebietes so vernachlässigt wurde. Denn die methodische Beschäftigung mit den verschiedenen Kategorien von Zeitungen und Zeitschriften führt zweifellos zu aufschlußreichen Erkenntnissen hinsichtlich des Verhältnisses oder auch Mißverhältnisses von Geist und Politik in Deutschland. Nicht nur die „Spiegel"-Affäre und der Fall Heye, sondern auch zahlreiche von der Öffentlichkeit weniger beachtete skandalöse Attentate der Regierung auf die Informationsfreiheit verweisen immer wieder auf die anscheinend unausrottbare Mißachtung eines demokratischen Elementar-Rechtes in Deutschland. Daß man Heye beispielsweise vorgeworfen hat, mit seiner Kritik an der Bundeswehr „den ungeeignetsten Weg" gegangen zu sein, indem er sich an eine Illustrierte wandte, bestätigt doch nur, daß man nach wie vor regierungsseits in obrigkeitsstaatlichen Dimensionen denkt. Es ist doch gleich, wie die Öffentlichkeit aufgeklärt wird. Entscheidend ist, daß sie überhaupt informiert wird.

Auf diesem Gebiet hat also die kulturpolitische Aufklärungsliteratur viel nachzuholen. Beispielgebend ist die 1958 noch von Professor Walter Hagemann begründete Schriftenreihe „Studien zur Publizistik", die im Verlag C. J. Fahle, Münster/Westfalen, erscheint. (Auch die ursprünglich im Quelle & Meyer Verlag, Heidelberg, veröffentlichte Reihe „Deutsche Presseforschung" ist mittlerweile bei Fahle untergebracht worden.) Eine der wichtigsten Publikationen des Fahle-Verlages ist eine Monographie von

Alf Enseling, Die Weltbühne. Organ der „Intellektuellen Linken". 191 Seiten, kartoniert DM 19,80.

„Die Untersuchung will ihren Gegenstand ‚zeitungswissenschaftlich', also historisch-phänomenologisch beschreiben; vor allem aber will sie den ‚publizistischen' Kern, die Aussage selbst, aufsuchen, die Aussage als individual-publizistisches Bekenntnis und in ihrem Verhältnis zu den Zuständen, Entwicklungen und Lebensfragen ihrer Umwelt . . ."

Was die „Zustände" anbelangt, schwankt der Verfasser allerdings zwischen Enthaltung einer eigenen und zurückhaltenden Interpretation einer Meinung, die von der regierungstreuen Publizistik der Bundesrepublik über die Weimarer Republik ver-

breitet wird. Das heißt auf den Standort der „Weltbühne" bezogen: Enseling bemüht sich, die linksrepublikanischen Tendenzen der „Weltbühne" gleichsam zu entschuldigen und ihr einen Platz zuzuweisen, der selbst aus dem Blickwinkel der restaurativen Adenauer-Ära (in der die Monographie entstand) noch honorig erscheinen mag. Es läßt sich nicht exakt ermitteln, ob Enseling möglicherweise psychologisch besonders geschickt verfahren wollte. Immerhin hat er die „Weltbühne" auch den Kreisen in beste Erinnerung gebracht, die früher sicher die härtesten Gegner dieser Intellektuellen-Gemeinschaft waren. Einige Rezensionen bestätigen dies. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß man sich heute wohlgefällig herablassend über die alte „Weltbühne" äußern kann, ohne damit etwas zu wagen. Denn sie ist über dreißig Jahre tot. Heftig widersprochen werden muß Enseling, wenn er die „Weltbühne" hinauf in den Parnass der Utopie lobt:

„Dem Wesen der ‚Weltbühne' entsprechend, hätte nur ein allgemein verbindlicher Idealzustand sich frei von jeder Kritik sehen können. Dazu hätte er genau dem Abbild des Vernünftigen, das die ‚Weltbühne' entwarf, gleichen müssen: dem Bild der Herrschaft des Geistes über eine kulturell differenzierte, ökonomisch klassen- und bedürfnislose Gesellschaft emanizipierter Individuen auf weltstaatlicher Ebene, frei vom Zwang der Interessen wie von ideologischer Bindung und einzig der Vernuft untertan. Dieses Leitbild wurde selbst zur Ideologie verhärtet, noch dazu zu einer, die in der Utopie, nicht aber in der aktuellen Wirklichkeit ihren Sitz hatte ..."

Diesem Resümee widerspricht Enseling natürlich auf jeder Seite seines Buches. Er muß ihm zwangsläufig widersprechen, da sich der analytische Teil der Untersuchung an die authentische Aussage-Linie der „Weltbühne" hält, die alles andere als utopisch-idealistisch war. Enseling versäumt zu sagen, daß die „Weltbühne" nicht auf dem Boden der sogenannten Weimarer Demokratie stehen konnte, weil es diese Demokratie nur nominell gab, die „Weltbühne" aber eine wahrhaft republikanisch-demokratische Haltung bewahrte. Enseling kolportiert die Legende vom „Schicksal der Republik" folgendermaßen weiter:

„Ihre geschichtliche Unreife rief rechts wie links die Feinde auf den Plan ..."

Nun hat nicht die „geschichtliche Unreife" die Totgeburt der ersten deutschen Republik verursacht, sondern die allzumenschlichen Versäumnisse und groben Fehler jener Politiker (einschließlich der Volksbeauftragten), die mit ihrem selbstmörderischen Respekt vor den Kräften der Vergangenheit und Restauration die Revolution verrieten. Die „Weltbühne" stand in dieser Situation so links, wie es nur eben möglich war. Dorthin wurde sie nicht durch die „Umstände" gedrängt, sie suchte sich diesen Standort selbst, aus freiem Entschluß und in der ehrenhaften Absicht, die Revolution publizistisch zu unterstützen. Das heißt, sie stellte sich klar und eindeutig gegen alle restaurativen, antirepublikanischen, scheinliberalen und konservativen Bestrebungen. Enseling selbst bestätigt es mittels zahlreicher Textstellen. Es empfiehlt sich, Kurt R. Grossmanns Ossietzky-Biographie (Kindler Verlag, München), die wir bereits besprochen haben, nachzulesen. Wenn Enseling beispielsweise schreibt:

„Auch in der republikanischen Freiheit gab es Grenzen des Erlaubten. Allein ihr Bestehen gab Veranlassung, die republikanische Freiheit zu kritisieren ...", so wird Plumpheit zur Methode. Wie es um diese Freiheit bestellt war, erwähnt — um nur ein Beispiel herauszugreifen — Dr. Max Hirschberg in „Das Fehlurteil im Strafprozeß" (Fischer Bücherei, Frankfurt/Main): „... kann aber mit Sicherheit festgestellt werden, daß die Mehrzahl der Strafrichter in der Weimarer Republik ihrem Staate, der sie besoldete, feindlich gegenüberstanden. Besonders gilt das auch vom Reichsgericht (das Ossietzky verurteilte; E. H.). Nach ihrer sozialen Herkunft und Stellung gehörten die meisten Richter, besonders der obersten Gerichte, den Rechtsparteien an, die die Weimarer Republik ablehnten. Wie in der Reichswehr gab die Weimarer Republik in der Strafjustiz ihr Schicksal in die Hand von Männern, die ihr feindlich oder mindestens ablehnend gegenüberstanden. Solche Mentalität mußte sich in politischen Prozessen unheilvoll auswirken, zumal die Strafverfolgungsbehörden ebenso versagten und die Justizministerien alles treiben ließen ..."

Politische und Feme-Morde wurden „eine ständige Einrichtung". Bekanntlich wurden Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Kurt Eisner, Matthias Erzberger, Walther Rathenau und andere Persönlichkeiten von Rechts-

radikalen brutal ermordet. Die Mörder fanden mehr als milde Richter. Gegen linksorientierte Persönlichkeiten wurden bei geringsten Anlässen schärfste Strafen verhängt. Enseling bemüht sich, die Machenschaften der Justiz gegen die „Weltbühne" zu umreißen. Aber er bleibt die Charakterisierung jener Justiz schuldig. Sonst hätte er ja auch nicht die „republikanische Freiheit" ins Feld führen dürfen. Andererseits muß auch wieder zugestanden werden, daß es heute kaum möglich wäre, eine so polemische Zeitschrift wie die „Weltbühne" erscheinen zu lassen. Wenn schon „Spiegel"-Harmlosigkeiten hinter Gitter führen, säße der gesamte Mitarbeiterstamm einer „Weltbühne" vom gleichen Zuschnitt wie damals heute längst im Zuchthaus.

Wo sich Enseling einer eigenen schwächlichen Meinung enthält und die Wechselbeziehungen der „Weltbühne" zur Geschichte und Tagespolitik der Weimarer Republik, zu den kulturellen Massenmedien, zur Religion, zur Justiz, zum Pazifismus und Sozialismus, zum Antisemitismus und Faschismus reflektiert, gewinnt seine Arbeit ein außergewöhnliches Maß an Informationswert. Auch das umfangreiche Literaturverzeichnis ist zu loben. Hier sei nun wenigstens noch auf weitere Veröffentlichungen des Fahle-Verlages hingewiesen:

Irene Fischer - Frauendienst, Bismarcks Pressepolitik. 172 Seiten, brosch. 18,— DM.

Im ersten Kapitel — „Bismarcks Kampf mit der Presse" — schreibt die Verfasserin: „Eine grundsätzliche persönliche Stellungnahme Bismarcks zur Freiheit der Presse liegt nicht vor. Wir sind gezwungen, seine Anschauung aus seinem praktischen Handeln herzuleiten und sie aus der Kenntnis seines Wesens zu erschließen: abgeneigt gegen konsequente Demokratie, Konstitution, Menschenrechte, wie gegen jede Form einer ungezügelten Äußerung der Menschheit als Masse, war ihm naturgemäß auch jede Art des Mitredens des Volkes unsympathisch ..." Damit ist bereits der Tenor dieser hochinteressanten und wichtigen Publikation angezeigt. Die „amtliche Organisation der Pressepolitik unter Bismarck", die von ihm unternommenen Versuche zur Knebelung nominell gewährter Verfassungsrechte und seine eigene Pressearbeit werden bis ins Detail eruiert. Das Ergebnis ist ein zeitgeschichtliches Dokumentarwerk von ausgezeichnetem Informationswert.

Günter Schulz, Schillers Horen. Politik und Erziehung. Analyse einer deutschen Zeitschrift. 232 Seiten, broschiert DM 22,—.

Diese hervorragende Untersuchung beleuchtet einen oft geleugneten Problemaspekt der deutschen Geistesgeschichte: das Versagen der Intelligenz vor den politischen Forderungen. Schillers Zeitschrift „Die Horen" ist ein Beleg wider die Legende vom revolutionären deutschen Dichter Schiller. Natürlich beschäftigt sich die Untersuchung vorwiegend mit Form und Inhalt der Monatsschrift. Aber auch auf dem Umweg über die Interpretation ihrer Konzeption gelangt der Verfasser zu dem Resümee: „Ob diese einseitige Ausschließung des Politischen in der am 7. Juni 1794 stattgefundenen ‚Ersten Conferenz zwischen Schiller, Fichte, Woltmann und Humboldt' und bei der Fertigstellung der Mitarbeiter-Anzeige vom 13. Juni 1794 wirklich glücklich und nicht allzu sehr dem Geist des Zeitalters entgegengesetzt war und ob sie letzlich nicht schwere Folgen für die inhaltliche Gestaltung der Horen und das Schicksal der deutschen Geistesgeschichte, ja der deutschen Geschichte gehabt hat, müssen wir heute fragen." Nun: die Geschichte hat die überdeutliche Antwort schon viermal (seit 1815) gegeben.

Kurt Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933. 276 S., broschiert DM 23,—.

Koszyk zeichnet die Geschichte der sozialistischen und sozialdemokratischen Presse von ihren ersten Anfängen bis zur Zerschlagung im Jahre 1933 auf. Schon die Kapitel-Gliederung läßt erkennen, daß es sich um eine Doppel-Chronik handelt, Zeitungsgeschichte als Spiegel der Zeitgeschichte: A. Die Anfänge der Parteipresse. B. Der Weltkrieg. C. Die Republik unter Ebert. D. Die Republik unter Hindenburg. E. Das Ende der Parteipresse. Koszyk bemüht sich, die geschichtliche Situation und das Verhalten der Sozialdemokratie am Beispiel zahlreicher Zitate in objektivistisch erscheinender Manier etwas zu beschönigen. So ergibt sich für den mit der Materie vertrauten Leser gelegentlich ein Anlaß, dem Verfasser spekulative Interpretationsabsichten anzukreiden. Der moralische Anspruch der Sozialdemokratie, den Kampf gegen den konsequenteren Linkssozialismus aus Verantwortungsbewußtsein geführt zu haben, ist vor der Geschichte nicht aufrechtzuerhal-

ten. Nur strikte Solidarität aller sozialistischen Kräfte hätte die Lebensfähigkeit einer echten Republik verbürgt. Man mag der USPD gelegentlichen Größenwahn vorwerfen. Dann aber muß die Verspießerung der SPD und die geradezu reaktionäre Haltung Eberts und Noskes gerechterweise auch erwähnt werden. Kleinbürgerlicher Antibolschewismus wiederum verhinderte bis 1933 ein Zusammengehen der SPD mit der KPD. Nicht daß die Kommunisten an solcher Feindseligkeit schuldlos waren — ihr gelegentliches strategisches Manipulieren mit dem Anarchismus der Nazis ist auch nicht gerade als Ruhmestat zu werten —, aber die souveräne und klarsichtige Einschätzung der politischen Lage hätte das sozialistische Bündnis herbeiführen müssen. Vielleicht wäre die Weltgeschichte der letzten 40 Jahre etwas anders verlaufen.

Diese kritischen Einwände bedeuten wiederum nicht, daß Koszyk unkritisch verfahren würde. Er erkennt auch Schwächen innerhalb der sozialdemokratischen Partei und ihrer Presse. Wichtig erscheint mir, daß er die Bedeutung der SPD-Presse als demokratisches Kommunikations- und Informationsmittel in einer durchaus nicht demokratischen Zeit umreißt. Von den beklagenswerten historischen Fehleinschätzungen abgesehen, hat die sozialdemokratische Presse in der Vorhitlerzeit den bedeutendsten Beitrag zur politischen Aufklärung des deutschen Volkes geleistet. Die besten sozialistischen Zeitungsleute bezahlten, wie die Politiker, ihre Haltung mit Konzentrationslager oder günstigstenfalls Exil. Für die deutsche Zeitungswissenschaft ist dieses Buch unentbehrlich.

Schließlich sei noch ein Buch angezeigt, das besondere Beachtung verdient, weil es die erste methodische Bewertung der bürgerlichen Öffentlichkeit als a) funktionale Größe, b) ideologische und soziale Erscheinungsform, c) kulturpolitischer Faktor enthält:

Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. 291 Seiten, kartoniert DM 19,—. Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied.

Habermas konzentriert sich „auf Struktur und Funktion des liberalen Modells bürgerlicher Öffentlichkeit, auf dessen Entstehung und Wandlung; (er) bezieht sich also auf die zur Dominanz gelangten Züge einer historischen Gestalt und vernachlässigt die im geschichtlichen Prozeß gleichsam unterdrückte Variante einer plebejischen Öffentlichkeit". Die Abgrenzung von den historischen Erscheinungsformen der antiken Polis, des Mittelalters, der Renaissance und des Barocks, letztere als Kategorien der „repräsentativen Öffentlichkeit", macht gleich im einleitenden Kapitel deutlich, daß die Konstitution der bürgerlichen Gesellschaft ein Ergebnis der ökonomisch-merkantilistischen Sozialentwicklung ist. Die „öffentliche Gewalt" wiederum ist zunächst ein Instrument des absolutistisch auftretenden Staates. Ihr Adressat ist das private Publikum, der Untertan.

In gegenseitiger Bedingtheit entstehen nun Medien und Kontaktbasen, die die Bildung einer politischen Öffentlichkeit ermöglichen: Presse, Kulturgütermarkt, Klubs, Kaffeehäuser, Salons. Zwischen der gebildeten Aristokratie und den bürgerlichen Intellektuellen verringert sich die Distanz. Kommunikative Zirkel fördern den geistigen Austausch. In England, Frankreich und Deutschland vollzieht sich diese Entwicklung allerdings zu verschiedenen Zeiten und in unterschiedlichen Phasen. In jedem Falle ist die Stadt die Ausgangsbasis. Ein Exkurs über die Wechselbeziehungen von städtischer Lebensform und geistiger Emanzipation in den verschiedenen historischen Stadien hätte hier dem mit der Materie weniger vertrauten Leser wertvolle Aufschlüsse geben können. Als markantes Beispiel nenne ich die Formierung eines rebellischen Flügels innerhalb der Scholastik an der Pariser Universität des beginnenden 13. Jahrhunderts. Der Stadtstaat Florenz war schon zu Beginn der Renaissance ein Eldorado des zum Aufbruch drängenden Geistes. Im London des 17. Jahrhunderts wurden trotz der Stuarts, trotz Cromwell und trotz der Restauration wesentliche Freiheitskonzeptionen entworfen (Petition of Rights, Habeas-Corpus-Akte, Miltons vorbildliche Apologie der Publikationsfreiheit). Leider übergeht Habermas solche, meines Erachtens doch sehr wichtigen historischen Markierungen. In einem Kapitel wird zwar der „Modellfall der englischen Entwicklung" behandelt. Habermas interessiert sich jedoch vorwiegend für die Entfaltung der Presse seit dem 18. Jahrhundert. Der große englische Vorsprung ist aber wohl ohne die Resistance eines kritischen Bewußtseins bei Francis Bacon, Thomas Morus, Locke und Hume kaum denkbar.

Indessen präzisiert der Verfasser die Entwicklungsstadien der politischen Öffentlichkeit mit souveränem Gespür für die wesentlichen Details. Ende des 18. Jahrhunderts bewirkt in England der Druck der öffentlichen Meinung bereits bedeutsame politische Entscheidungen. Was sich in England langsam vollzog, vollbrachte die Französische Revolution schlagartig. Dafür hatte England bereits die prinzipiellen Schwierigkeiten überwunden, während die Restauration in Frankreich einen furchtbaren Rückschlag verursachte. Frankreich gewann nur langsam das Terrain demokratischer Freiheit zurück. Aber in „Deutschland regt sich so etwas wie ein parlamentarisches Leben überhaupt erst, und dann auch nur kurzfristig, im Gefolge der französischen Julirevolution (1830) an den Residenzorten einiger süd- und südwestdeutscher Territorien . . ."

Auch die Ausbildung einer kritischen Publizistik wird in Deutschland durch das Fürstentum sehr erschwert. „Wekherlin, der zuerst 1778 mit dem ‚Felleisen" hervortritt, und Schubart, der schon 1774 mit seiner ‚Deutschen Chronik' bekannt wird, zahlen beide einen hohen Preis. Der eine stirbt im Gefängnis; dem anderen wird in zehn Jahren Festungshaft das Rückgrat gebrochen: Gehirnwäsche noch auf direkte Art."

Im IV. Kapitel befaßt sich Habermas dann ausführlich mit der Idee und Ideologie der bürgerlichen Öffentlichkeit unter besonderer Berücksichtigung des philosophischen Hintergrundes (Kant, Hegel, Marx usw.) Es vollzieht sich der moderne Strukturwandel, gekennzeichnet durch industrielle bzw. wirtschaftliche Expansion, durch Schaffung einer Fülle neuer Institutionen, durch organisatorische Veränderungen im Polizei- und Rechtswesen, durch die Manipulationen einer beginnenden „Freizeitpolitik", durch die Ausbreitung der Konsumkultur überhaupt. Habermas behandelt detailliert die zum „Zerfall bürgerlicher Öffentlichkeit" und dem damit verbundenen „Verlust kritischer Mündigkeit" führenden Einflüsse, Institutionen und Medien, um sich in den beiden letzten Kapiteln dann mit dem politischen Funktionswandel der Öffentlichkeit und dem Begriff der öffentlichen Meinung „als staatsrechtliche Fiktion" zu befassen. Leider fehlt das klare Resümee. Wenn ich den Verfasser richtig verstanden habe, bestreitet er das Vorhandensein einer „im strengen Sinne" öffentlichen Meinung. Er

Bücher aus dem Röderberg-Verlag

2. verbesserte Auflage!

Heinz Brüdigam

Der Schoß ist fruchtbar noch...

Neonazistische, militaristische, nationalistische Literatur und Publizistik in der Bundesrepublik.

Ca. 300 Seiten, Dokumentation mit Namensregister, Literaturhinweisen und bibliographischen Notizen.

Preis DM 7,80

Peter Nau

Revanchismus - JA oder NEIN?

Besteht der Vorwurf des Revanchismus zu Recht? Gibt es einen Preis, zu dem die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze eingehandelt werden könnten?

Ist das Verlangen nach Selbstbestimmung der Schlüssel zur deutschen Einheit?

Diese und viele andere Probleme behandelt Peter Nau ohne Scheu vor Tabus.

Die Broschüre zum Preis von **DM 2,40** können Sie durch Ihre Buchhandlung beziehen oder direkt beim

RÖDERBERG-VERLAG GmbH.

6000 Frankfurt/Main, Postfach 2409

verfängt sich zum Schluß leider im Netz der überaus differenzierten gesellschaftspolitischen Machtanstrengungen. Schade, denn die Analyse des heutigen Typus der bürgerlichen Öffentlichkeit hätte uns am meisten interessiert.

Egbert Hoehl

Zwischen Liberalismus und Faschismus

Herbert Marcuse, Kultur und Gesellschaft I. edition suhrkamp, 1965, 170 S., 3.— DM.

Die vier Aufsätze dieses Bandes wurden in den Jahren 1934 bis 1938 im Rahmen des berühmten Instituts für Sozialforschung von Horkheimer und Adorno verfaßt. Als das Dritte Reich die Gesellschaftswissenschaft verbannte und sie durch die einfältigen Begriffe von Rasse und Raum ersetzte, hatte sie im Pariser, später New Yorker Exil eine Heimstatt gefunden. Mit scharfer Eindringlichkeit sollte verstanden werden, was jedem Verständnis sich zu entziehen schien. Das faschistische Phänomen wurde analysiert wie die gesellschaftlichen Formen, die es umgaben und hervorgebracht hatten. Jenseits jedes emotionalen Pathos sollte Vernunft sich bekunden, die im Hitler-Staat amtlich und tatsächlich keine Bleibe mehr hatte. Die seinerzeit vorgenommenen Studien des Instituts gehören zum einzigartigen Erkenntnismittel der deutschen Gesellschaft, während diese sich jeder Erkenntnis zu widersetzen trachtete. Gerade weil sie es verschmähten, an der Oberfläche zu bleiben, und dagegen beharrlich versuchten, gesellschaftliche Wurzeln bloßzulegen, sind sie heute von so überragendem Wert, da man mit Vorliebe politische Erscheinungen als in sich geschlossene Einheit betrachtet, den gesellschaftlichen Prozeß fragmentiert, statt ihn als Totalität zu erfassen.

Nun, dieses methodologische Vorgehen zeichnet das gesamte Bemühen des Instituts für Sozialforschung bis zur Gegenwart aus, nachdem es wieder seinen Sitz in Frankfurt genommen hat. Das erklärt die Aktualität auch seiner Vorkriegs-Studien. Sie enthüllen nicht nur das Wesen des Hitlerschen Staates; durch das Ergründen seiner gesellschaftlichen Voraussetzungen schärfen sie den Blick für Zustände, die den Sturz der Diktatur überdauerten, doch an ihrer Schädlichkeit kaum etwas einbüßten.

Das ist das eigentliche Thema dieser Aufsätze des an der Brandeis University politische Wissenschaft lehrenden Professors. Es geht ihm darum, in der liberalen Ideologie des Bürgertums Elemente aufzuzeigen, die in den Faschismus umzuschlagen vermochten. Die liberale Ideologie verkündete den Primat der Vernunft — und das erweist ihre Fortschrittlichkeit gegenüber den Ansprüchen des feudalen Gottesgnadentums —, doch ist die Vernunft eine Sache des Individuums, die dessen Privatbesitz einschließt. Diese auf das Individuum bezogene Vernunft läßt den gesamt-gesellschaftlichen Prozeß außeracht. Es wird vorausgesetzt, daß er automatisch, auf natürliche Weise, zu einem als vernünftig geltenden Gleichgewicht finde. „Durch diese Privatisierung der Ratio wird der vernunftgemäße Aufbau der Gesellschaft um sein zielgebendes Ende gebracht . . . Struktur und Ordnung des Ganzen bleiben letztlich irrationalen Kräften überlassen . . .", heißt es in der Studie „Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung" (S. 31). Die Selbstbeschränkung der bürgerlichen Vernunft, bedingt durch die kapitalistische Wirtschaftsform, überläßt dem Irrationalismus einen Spielraum, der sich schließlich unter dem Faschismus zur Totalität ausweitet. Dieser glaubt „wie der krasseste Liberalismus an die ewigen natürlichen Gesetze im gesellschaftlichen Leben." Die irrationalen Tendenzen, anfänglich Teile eines wesentlich vernunftbezogenen Weltbildes, werden am Ende zur alles beherrschenden Dominante. Es ist zwar kein kontinuierlicher, doch ein organischer Prozeß, der die liberale Ideologie sich in die faschistische verwandeln läßt. „Die Wendung vom liberalistischen zum totalautoritären Staate vollzieht sich auf dem Boden derselben Gesellschaftsordnung. Im Hinblick auf diese Einheit der ökonomischen Basis läßt sich sagen: es ist der Liberalismus selbst, der den total-autoritären Staat aus sich ‚erzeugt': als seine eigene Vollendung auf einer fortgeschrittenen Stufe der Entwicklung" (S. 32). „Hinter den üblichen Verschleierungen und Verschiebungen" ist das wahre Wesen der liberalen Gesellschaft der Privatbesitz an den Produktionsmitteln. Ihrer Aufrechterhaltung dient auch — trotz oder gerade wegen der

Verkündung der klassenlosen „Volksgemeinschaft" — der faschistische Staat: „Die neue Weltanschauung schmäht den ‚Händler' und feiert den ‚genialen Wirtschaftsführer': dadurch wird nur verdeckt, daß sie die ökonomischen Funktionen des Bürgers unangetastet läßt" (S. 25). Grundelemente der faschistischen Ideologie werden dargestellt. Als Ausdruck des Irrationalismus wird ein sich dem menschlichen Willen entziehendes „Volk" gesetzt, das als „tyrannischer Götze allem vorsteht und alles rechtfertigt. Da tritt die „Schicksalsgemeinschaft" auf und das „Ethos der Armut" und der „Sinn des Opfers", das freilich jedes Sinnes bar ist. Namen tauchen auf, verschollene, aber auch noch immer wohltönende, wie die eines Carl Schmitt oder Heidegger. Dem Nachweis Carl Schmitts zufolge hat der Faschismus keine andere Rechtfertigung als die, zu existieren. Der politische Nihilismus autorisiert im voraus jedes Staatsverbrechen, er wird zur negativen „Rechtfertigung des nicht mehr zu Rechtfertigenden".

Der Aufsatz „Über den affirmativen Charakter der Kultur" geht der geistesgeschichtlichen Verwandlung der liberalen Ideologie nach. Die gleiche Selbstbescheidung zeigt sich angesichts der Kultur. „Nur in der Kunst hat die bürgerliche Gesellschaft die Verwirklichung ihrer eigenen Ideale geduldet und sie als allgemeine Forderung ernst genommen. Was in der Tatsächlichkeit als Utopie, Phantasterei, Umsturz gilt, ist dort gestattet. In der Kunst hat die affirmative Kultur die vergessenen Wahrheiten gezeigt, über die im Alltag die Realitätsgerechtigkeit triumphiert. Das Medium der Schönheit entgiftet die Wahrheit und rückt sie ab von der Gegenwart. Was in der Kunst geschieht, verpflichtet zu nichts" (S. 82). Wie die Ratio privater Natur ist, so ist die Freiheit uneingeschränkt nur ästhetischer Art. Kultur ist frei in dem Maße, als sie unverbindlich ist. Die Freiheit bürgerlicher Kultur ist eine Freiheit jenseits gesellschaftlicher Problematik: Freizeitgenuß. Je größer jedoch die Diskrepanz zwischen dieser und jener wird, um so mehr nimmt die liberale Kultur regressive Züge an. Der Irrationalismus hält auch hier seinen Einzug. Herbert Marcuse enthüllt die Funktion der „Seele", die an die Stelle des

In neuer ergänzter Auflage ist erschienen

Band 1 der „Stimmen zur Zeit"

PACEM IN TERRIS

Enzyklika PACEM IN TERRIS
von Papst Johannes XXIII.

Ansprache vor der Generalversammlung der UNO
von Papst Paul VI.

Geleitwort zur Enzyklika von Papst Johannes XXIII.
von Prof. Dr. Anton Neuhäusler

Geleitwort zur UNO-Ansprache von Papst Paul VI.
von D. Martin Niemöller

96 S. · glanzkart. · 4,20 DM

prv Pahl-Rugenstein Verlag · Köln

Verstandes tritt: „Es ist ein wesentlicher Unterschied der Seele vom Geiste, nicht auf die kritische Erkenntnis der Wahrheit ausgerichtet zu sein. Wo der Geist schon verurteilen muß, kann die Seele noch verstehen . . . In ihrer Eigenschaft universaler Einfühlung entwertet die Seele die Unterscheidung des Richtigen und Falschen . . ." (S. 80—81). Unbestritten ist die verheerende Wirkung des vernunftfeindlichen „Seelischen", selbst wenn es keine politischen Akzente besaß, auf den deutschen Geist, der „einfühlsam" in den Hitlerismus mündete. Auch da zeugte Natur wider Gesellschaft, Herz wider Verstand, germanischer Krieger wider Demokratie. Marcuse unterstreicht ebenfalls hier eine Kontinuität: „Wie die gesellschaftliche Umorganisation von der parlamentarischen Demokrate zum autoritären Führerstaat nur eine Umorganisation innerhalb der bestehenden Ordnung ist, so vollzieht sich auch die kulturelle Umorganisation vom liberalistischen Idealismus zum ‚heroischen Realismus' noch innerhalb der affirmativen Kultur selbst: es handelt sich um eine neue Sicherung der alten Daseinsformen. Die Grundfunktion der Kultur bleibt dieselbe . . ." (S. 93) Die abstrakte innere (aufs kulturelle Gebiet verlagerte) Gemeinschaft des Liberalismus schlägt in die ebenso abstrakte äußere Gemeinschaft des Faschismus um: „Daß die nun seit über vierhundert Jahren befreiten Individuen so gut in den Gemeinschaftskolonnen des autoritären Staates marschieren, dazu hat die affirmative Kultur ein gut Teil beigetragen." Idealistische Innerlichkeit und heroische Äußerlichkeit sind verwandt: beide brauchen das „seelenvolle Individuum": es gehorcht besser, da es „ja den ganzen Reichtum seiner Seele doch für sich" behält.

Die beiden folgenden Essays „Philosophie und kritische Theorie" sowie „Zur Kritik des Hedonismus" dienen der Entwicklung des gleichen Gedankengangs. Das Erbe der Vernunftphilosophie muß für die Gegenwart gerettet werden, indem man sie ihrer Beschränkungen entkleidet. Die Vernunft darf nicht mehr wie im bürgerlichen Zeitalter, auf das Denken beschränkt werden, sie muß der „Schaffung einer gesellschaftlichen Organisation (dienen), in der die Individuen nach ihren Bedürfnissen gemeinsam ihr Leben regeln". Und der Verfasser spricht einen Satz aus, der insbesondere im Licht späterer Debatten bedeutsam ist: „Nicht daß der Arbeitsprozeß planvoll geregelt ist, sondern welches Interesse die Regelung bestimmt, ob in diesem Interesse die Freiheit und das Glück der Massen aufbewahrt sind, wird wichtig." Um dieses konkrete Glück des Menschen geht es Marcuse, nicht um Wahngespinste, was freilich auch das Anrecht auf die Utopie — ähnlich wie bei Ernst Bloch — nicht ausschließt.

Diese Essays sind bewunderungswürdig angesichts ihrer fundamentalen Sachkenntnis, aber auch wegen der klaren Prägnanz ihres Stils, der der Sache genau angemessen ist und nie schwieriger ist als sie. In einem nicht minder eindrucksvollen Vorwort umreißt der Verfasser seine heutige Stellung und folglich seine Einschätzung seiner vor drei Jahrzehnten veröffentlichten Aufsätze. Er steht zu ihnen, wenn auch mit einem Ausdruck der Trauer. Die von ihm so glänzend vertretene kritische Philosophie vermochte zwar zu erkennen, doch war sie außerstande, noch nie erlebtes Unheil zu verhüten. Auch heute ist Herbert Marcuse der kritische, gesellschaftlicher Reform verpflichtete Philosoph. Die Gegenwart analysiert er nicht weniger scharf als vor dreißig Jahren den Zustand des Dritten Reiches: „In den entwickelten Industrieländern vollzieht sich die Einordnung der Unterdrückten auf Grund der totalen Verwaltung der Produktivkräfte und steigender Befriedigung der Bedürfnisse, welche die Gesellschaft gegen ihre notwendige Veränderung abschließt." Die Katastrophe lauert nicht nur im Atomkrieg, sondern auch „in der gesellschaftlichen Logik der Technik". Um dem zu wehren, sei zuerst „die Durchbrechung des verwalteten Bewußtseins", die vernunftgemäße Überwindung der im System vorhandenen widerstreitenden Tendenzen notwendig. Das große Verdienst dieser Untersuchungen besteht in der Enthüllung der Affinitäten von Liberalismus und Faschismus. Die populäre Ansicht von der unversöhnlichen Feindschaft zwischen beiden ist unbegründet, entspricht weitgehend einem politischen Interesse. Und wer Ohren hat, zu hören, vernimmt deutlich genug Klänge des Irrationalismus. Die in diesen Aufsätzen dargestellte Kontinuität gilt nicht nur für die Vergangenheit. 1945 rissen durchaus nicht alle Bande ab. Herbert Marcuses überragende Abhandlungen weisen, ohne daß es zu seinem eigentlichen Thema gehörte, darauf hin.

Heinz Abosch

Das Blutkonto des Mars

Boris Z. Urlanis, Bilanz der Kriege. Die Menschenverluste Europas vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1965 (Aus dem Russischen übersetzt von Gerhard Hartmann; die Originalausgabe erschien 1960 in Moskau unter dem Titel „Wojny i narodonaßelenije Jewropy" [„Kriege und Bevölkerung Europas"]).

Auch heute noch, nach einer Völkerkatastrophe wie dem Zweiten Weltkriege, der etwa 40 bis 50 Millionen Menschenopfer gefordert hat, ist derjenige, der sich mit Geschichte beschäftigt — sei es aus freiem oder professionellem Antriebe — daran gewöhnt, Kriege als unvermeidliches machtpolitisches Instrument von Staaten, Nationen oder Regierungen einzuschätzen und sie nach Gewinn oder Verlust an Wirtschaftskraft, Einfluß, Territorium und Prestige zu beurteilen.

So als verfolge die Historiographie die Interessen derer, die Kriege führten und durch sie zu gewinnen hofften, hat sie bisher eine Fülle von Darstellungs- und Beurteilungsaspekten vernachlässigt, die die Verlustseiten der Kriegsbilanzen betreffen (mit wenigen Ausnahmen wie beispielsweise der Analyse der verheerenden Auswirkungen des 30jährigen Krieges auf die politische und kulturelle Entwicklung Deutschland) *). Außer den quantitativen Bevölkerungs- und Wertverlusten müssen von einer methodologisch ausgewogenen Historiographie auch die qualitativ-strukturellen Kriegsverluste mitberücksichtigt werden, die sich aus der anomalen Reduktion der arbeitsfähigsten Altersschichten in der Bevölkerungspyramide mit all ihren Folgen an geminderter sozialer Gesamtproduktivität und wachsender Fürsorgebelastung, schwindendem sozialem Bildungsstand etc. ergeben.

Einen ersten umfassenden fundierten Beitrag zur Verlustbilanz der Geschichte der Kriege stellt das 1960 in Moskau erschienene und 1965 in deutscher Übersetzung vorgelegte Werk von Boris Zesarewitsch Urlanis dar, das in 4 Teilen die Methoden und Quellen zur Berechnung der Verluste, die Gefechtsverluste, die außergefechtsmäßigen Verluste und die Gesamtverlustzahlen der Kriege darstellt und mit einem ausgezeichneten Bibliographie- und Registerapparat ausgestattet ist. Das mehr als 400 Seiten umfassende Buch behandelt allerdings nur einen Teilaspekt, nämlich die Verluste an Militärpersonen in den Kriegen Europas während der detzten 3½ Jahrhunderte. Es verdient sowohl durch die Erfassung des zeitlichen wie auch des geographischen Raumes sowie durch seine methodische Fundierung als erste umfassende einschlägige Untersuchung besondere Beachtung.

Urlanis hat die Fülle des kritisch verarbeiteten Zahlenmaterials zeitlich nach verschiedenen Aspekten geordnet: der Leser kann sich ein Bild von der Höhe der Verluste einzelner Kriege wie einzelner Schlachten verschaffen; schließlich kann er die Verlustsummen größerer Zeiträume vergleichen.

Die Verlustzahlen sind nach kriegführenden Ländern aufgegliedert; zuweilen war es dem Autor sogar möglich, den prozentualen Anteil der Verlustzahlen an der Gesamtzahl der Mobilisierten zu berechnen. Eine sachliche Gliederung ergibt sich durch Aufschlüsselung der Verlustzahlen nach Todesarten, also durch Aufzählung von Todesfällen auf dem Schlachtfeld, im Lazarett (nach Verwundung oder Krankheit), in Gefangenschaft oder bei anderen kriegerischen Gelegenheiten.

Bereits als Nachschlagewerk stellt der Band einen großen Gewinn dar; vielleicht ist aus diesem wissenschaftlichen Motiv die Arbeit zunächst begonnen worden. Darüberhinaus aber hatte der Autor ein politisch-humanitäres Motiv; eindrucksvolle graphische Darstellungen vermitteln das Bild der ungeheuren Steigerung der Verlusthöhen in den beiden Weltkriegen unseres Jahrhunderts — sie zeigen die Fieberkurven der Menschheit unseres Zeitalters als ein unübersehbares Menetekel. Stiegen die Verluste an Soldaten von ca. 3,3 Millionen im 17. Jahrhundert über ca. 5,2 Millionen im 18. Jh. auf ca. 5,5 Millionen im 19. Jh., so starben den Soldatentod im Ersten Welt-

*) In dem als Standardwerk benutzten „Handbuch der Deutschen Geschichte" von Bruno Gebhardt sucht man vergeblich im Sachregister nach dem Stichwort „Bevölkerungsverluste" oder entsprechenden Verweisen. Auch die Textteile erbringen außer für die beiden Weltkriege keine zahlenmäßigen Aufschlüsse über Kriegsverluste an Menschen. — Siehe indessen neuerdings die Aufzählung der Mannschaftsverluste für Brandenburg bzw. Preußen im Zeitraum von 1626 bis 1807 bei G. Gieraths, Die Kampfhandlungen der brandenburgisch-preußischen Armee 1626—1807, Berlin 1964 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 8).

krieg 9,4 und im Zweiten Weltkrieg ca. 15 Millionen, wobei die sehr hohen Verluste der Zivilbevölkerungen nicht berücksichtigt sind.

Das nüchtern vermittelte Zahlenmaterial kann durchaus die traditionelle Auffassung ad absurdum führen, der Krieg sei eine „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln".

Eine systematische Anwendung statistischer und sozialhistorischer Methoden bei der Erforschung der Kriegsgeschichte Europas kann, wie das Beispiel des Werkes von Urlanis zeigt, interessante und weiterführende Resultate erbringen, die auch politisch bedeutsam sind. Friedens- und Abrüstungspolitik erhalten stärkende Argumente aus der Analyse nüchterner Zahlen der neueren Geschichte, deren jüngste Phase durch die Möglichkeit eines nuklearen Infernos noch immer vom Gesamtverlust der Menschheit bedroht ist.

Solveig C. Ehrler

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Rolf Tiedemann, Studien zur Philosophie Walter Benjamins. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 220 S., kart. 20,— DM, Ln. 24,— DM (Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 16).

Margarete Susmann, Vom Geheimnis der Freiheit. Gesammelte Aufsätze. Agora-Verlag, Darmstadt, 260 S., Ln. 19,80 DM.

Einwände gegen den Katholizismus. Acht Beiträge. Herausgegeben von Michael de la Bedoyer. Aus dem Englischen von Gerda Kurz und Siglinde Summerer. Beck Verlag, München, 213 S., Paperback 9,80 DM (Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 39).

Werner Schneiders, Karl Jaspers in der Kritik. Verlag H. Bouvier, Bonn, VI, 396 S., kart. 19,80 DM.

Norbert Kohlhase, Dichtung und politische Moral. Eine Gegenüberstellung von Brecht und Camus. Nymphenburger Verlagshandlung, München, 280 S. Paperback 12,80 DM, Ln. 17,80 DM (Sammlung „Dialog", Bd. 2).

Ernst Keller, Der unpolitische Deutsche. Eine Studie zu den „Betrachtungen eines Unpolitischen" von Thomas Mann. Francke Verlag, Bern/München, 190 S., kart. 18,80 DM.

Siegfried Schmidt-Joos, Das Musical. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 297 S., br. 3,80 DM (DTV Bd. 319). — Im Anhang eine „Broadway-Chronologie" sowie Literatur- und Quellenverzeichnis.

Fischer Lexikon Literatur. Herausgegeben von Wolf-Hartmut Friedrich und Walther Killy. Bd. I, A-Z (Die Nationalliteraturen), 340 S. / Bd. II, Erster Teil, A-L (Ahistorische Stile — Lyrik); Zweiter Teil, M-Z (Manierismus — Zeitalter der Entdeckungen), Bibliographie und Register, zus. 718 S., Fischer Bücherei, Frankfurt, br. je Band 4,80 DM (Fischer Lexikon Bd. 34—35/1—2).

Kritischer Kalender 1966. Mit 27 Lithographien von A. Paul Weber. 8. Jahrg., Clan-Presse Verlag, Hamburg-Bergedorf, kart. 12,50 DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Fischer Weltgeschichte / Bd. 2: Die Altorientalischen Reiche I, Vom Paläolithikum bis zur Mitte des 2. Jahrtausends. Herausgegeben von Elena Cassin, Jean Bottéro und Jean Vercoutter 399 S. / Bd. 5: Griechen und Perser, Die Mittelmeerwelt im Altertum. Herausgegeben von Hermann Bengtson, 424 S. / Bd. 6: Der Hellenismus und der Aufstieg Roms, Die Mittelmeermacht im Altertum II. Herausgegeben von Pierre Grimal, 412 S. / Bd. 11: Das Hochmittelalter. Herausgegeben und verfaßt von Jacques Le Goff, 350 S. / Bd. 18: Südostasien vor der Kolonialzeit. Herausgegeben und verfaßt von John Villiers, 348 S. / Bd. 22: Süd- und Mittelamerika I, Die Indianerkulturen Altamerikas und die spanisch-portugiesische Kolonialherrschaft. Herausgegeben und verfaßt von Richard Konetzke, 391 S. / Bd. 23: Süd- und Mittelamerika II, Von der Unabhängigkeit bis zur Krise der Gegenwart. Herausgegeben und verfaßt von Gustavo Beyhaut, 346 S. / Bd. 29: Die Kolonialreiche seit dem 18. Jahrhundert. Herausgegeben und verfaßt von David K. Fieldhouse, 365 S. / Fischer Bücherei, Frankfurt, br. je Band 4,80 DM. — Unter Mitarbeit von achtzig Fachhistorikern aus vielen Ländern legt die Fischer

Bücherei die bisher umfangreichste Weltgeschichte im Taschenbuch vor, die nach ihrem Abschluß in einigen Jahren 35 Bände umfassen soll. Die Einzelbände erscheinen in unregelmäßiger Folge, sind thematisch in sich abgeschlossen und reich illustriert. Darstellung und Kommentar werden durch Quellen- und Literaturnachweis und einen Index ergänzt.

Georg Büchner/Ludwig Weidig, Der Hessische Landbote. Texte, Briefe, Prozeßakten. Kommentiert von Hans Magnus Enzensberger. Insel-Verlag, Frankfurt, 174 S., Ln. 5,— DM (Sammlung Insel, Bd. 3).

Am Hof der Hohenzollern. Aus dem Tagebuch der Baronin Spitzenberg 1865—1914. Herausgegeben von Rudolf Vierhaus. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 291 S., br. 3,80 DM (DTV/Dokumente / Bd. 318). — Die Originalausgabe (erschienen als Bd. 43 der Reihe „Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts", Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen) wurde für den Deutschen Taschenbuch Verlag neu zusammengestellt und bearbeitet. Mit umfangreichem Personenindex.

Vollmacht des Gewissens. Der militärische Widerstand gegen Hitler im Kriege II. Alfred Metzner Verlag, Frankfurt, 539 S., Ln. 19,80 DM. — Früher erschien Teil I dieser Aufsatzsammlung (Dritte, verbesserte Auflage, 599 S., Ln. 22,— DM).

Alexander Werth, Rußland im Krieg 1941—1945. Aus dem Englischen von Dieter Kiehl. Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur, München, 744 S., 21 Kt., Ln. 24,50 DM.

Federico Chabod, Die Entstehung des neuen Italien. Von der Diktatur zur Republik. Deutsche Übersetzung von L'Italia Contemporanea (1918—1948), aus dem Italienischen von Suzanne A. Gangloff. Rowohlt Verlag, Reinbek, 157 S., kart. 2,80 DM (Rowohlts Deutsche Enzyklopädie, Bd. 237).

Aktuelle Themen

Heinrich Kuhn, Tschechoslowakei. Verlag Glock und Lutz, Nürnberg, 304 S., Ln. 19,80 DM (Kultur der Nationen, Bd. 16). — Eine sehr lesenswerte Beschreibung unseres östlichen Nachbarlandes, die über den Rahmen eines reinen „Kulturberichts" weit hinausgeht. Der Verfasser bietet mit seinem fast 50 Seiten umfassenden Anhang ein wahres Kompendium mit detaillierten Angaben (nicht nur Statistik) über die Tschechoslowakei von 1918—1938 und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik von heute, über Geographie, Klima, Verkehr, Verwaltungsgliederung und Bevölkerung, Lebensstandard, Wirtschaft und Landwirtschaft, Handel, Fremdenverkehr, ein Verzeichnis der Universitäten, Buchverlage, Theater, Orchester, Bibliotheken, Museen und Akademien, ein deutsch-tschechisches Ortsregister, sowie einen Personenindex (gleichzeitig biographischer Kurzführer). Der Band ist vorzüglich ausgestattet und mit neuen wie auch mit historischen Aufnahmen illustriert. In der gleichen Reihe erschien als Bd. 14 im Frühjahr: Ernst Joseph Görlich, Ungarn (372 S., zahlr. Fotos, Ln. 19,80 DM).

Marion Gräfin Dönhoff, Welt in Bewegung. Berichte aus vier Erdteilen. Eugen Diederichs Verlag, Düsseldorf/Köln, 365 S., Ln. 19,80 DM.

Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift. Mit einem Vorwort von Präses D. Kurt Scharf. Verlag des Amtsblattes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover-Herrenhausen, 44 S., kart. 1,— DM. — Vollständiger Text der vieldiskutierten Denkschrift.

Ignaz Seidl-Hohenveldern, Völkerrecht. Carl Heymanns Verlag KG, Köln/Berlin, XIX, 332 S., kart. 17,80 DM (ACADEMIA IURIS, Lehrbücher der Rechtswissenschaft).

Die Force de Frappe. Europas Hoffnung oder Verhängnis? Herausgegeben von Hans Dieter Müller. Walter Verlag, Olten/Freiburg i. Br., 124 S., kart. 9,80 DM, Ln. 13,— DM (Texte und Dokumente: Analysen). — Mit Beiträgen von Georg Picht, Carl Friedrich v. Weizsäcker, Alfred Grosser und Paul Reynaud. Die beigefügte Dokumentation enthält die wichtigsten ErklärungenGeneral de Gaulles und der französischen Regierung zum Aufbau einer eigenen Kernwaffenstreitmacht.

Harold Wilson, Unser Sozialismus. Ins Deutsche Übertragen von Helmut Lindemann. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 126 S., Paperback 9,80 DM (Politische Bücherei, Bd. 7).

Reihe „Argumente zur Zeit" 1965*

1	Prof. Dr. jur. Werner Maihofer	Das Problem der Todesstrafe	DM —,50
2	Paul Neuhöffer	Politische Umbesinnung oder permanente Gefahr für Demokratie und Frieden – Eine politische Betrachtung zur Nostandsgesetzgebung	DM —,75
3	Dr. Arno Klönne	Zivilschutz oder Regierungsschutz? Zur „Zivilschutzfibel" des Bundesinnenministeriums	DM —,50
4	Prof. Dr. theol. Wolfgang Schweitzer	Der christliche Glaube – Fessel oder Befreiung unserer Ostpolitik	DM 1,—
5	Wolfgang Piepenstock	Das Verbot politischer Vereinigungen und die freiheitliche Demokratie	DM —,75
6	Dr. Hermann Etzel	Die Stunde Europas	DM —,50
7	Horst Heiden	Vorwärtsverteidigung – eine Strategie für die Allianz?	DM —,75
9	Dr. Anton Reithinger	Fünfzehn Jahre Bonner Außenpolitik	DM 1,—
10	Dr. Walter Lewald	Die Bilanz der öffentlichen Verjährungsdebatte	DM —,75
11		Fünfzehn französische Arbeiterpriester schreiben an das Konzil	DM —,50
12	Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Wilhelm Wengler	Positionen und Begriffe?	DM 1,50
13	Christian Geißler	Wie aus Mitläufern freie Menschen werden können	DM —,75
14	Dr. Günther Schreiber	Die CDU geht aufs Ganze	DM 1,—
15	Dr. Anton Reithinger	Kritische Anmerkungen zum Thema Soziale Marktwirtschaft	DM 2,—
16	Felix Rexhausen	Der Linkische auf dem Weg zum Rechts-Staat	DM 1,—
17	Reinhard Opitz	Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft"	DM 1,50
18	Hans Heinz Holz	Entscheidende Jahre – Zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers	DM 1,—
19	Prof. Dr. Marcel Reding	Gewerkschaft im freiheitlichen Staat	DM 1,—

Außerdem liegen folgende Sonderdrucke vor:

S 1	Sonderheft der „Blätter":	Die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik	DM 2,—
S 2	Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel	Selbstbestimmungsrecht und „Recht auf Heimat" in West und Ost	DM 1,—
S 3	Präses D. Ernst Wilm	Prager Christliche Friedenskonferenz und Evangelische Kirche in Deutschland	DM —,50
S 5	Prof. Dr. jur. Werner Maihofer	Staatsschutz im Rechtsstaat	DM 1,—
S 6	Dr. Hermann Rauschning	Eine Auseinandersetzung mit A. J. P. Taylor und David L. Hoggan	DM 1,—
S 8	RA Heinrich, Hannover	Zur Frage einer Notstandsverfassung	DM 1,—
S 12	Prof. Dr. jur. Helmut Ridder	Die veruntreute Freiheit	DM —,20
S 14	Prof. Dr. jur. Friedrich Klein	Grundgesetz und unmittelbarer Wechsel vom Mitglied der Bundesregierung zum Bundespräsidenten	DM 2,50

*) In dieser Reihe erscheinen Beiträge aus den „Blättern für deutsche und internationale Politik", die für die politische Diskussion von grundlegender Bedeutung sind.

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG KÖLN

Dokumente zum Zeitgeschehen

Peter Weiss

Zehn Arbeitspunkte eines Autors in der geteilten Welt

Peter Weiss, der sich durch seine Dramen „Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats" und „Die Ermittlung" als politisch engagierter Schriftsteller einen Namen gemacht hat, veröffentlichte in der schwedischen Tageszeitung „Dagens Nyheter" die folgende Stellungnahme:

1. Jedes Wort, das ich niederschreibe und der Veröffentlichung übergebe, ist politisch, das heißt es zielt auf einen Kontakt mit größeren Bevölkerungsgruppen hin, um dort eine bestimmte Wirkung zu erlangen. Auf meine Mitteilung, die ich einem der Kommunikationsapparate übergebe, folgt die Verarbeitung meiner Mitteilung durch die Konsumenten. Die Art, in der meine Worte aufgenommen werden, ist weitgehend bedingt von der jeweiligen Gesellschaftsordnung, unter der sie verbreitet werden. Da meine Worte immer nur einen verschwindend kleinen Teil ausmachen innerhalb der allgemeinen Opinion, muß ich die größtmögliche Präzision erreichen, um mit meiner Meinung durchdringen zu können.

2. Die Wahl der Sprache, die ich zum Schreiben benutze, hat nur handwerkliche Funktion. Ich wähle die Sprache, die ich am besten beherrsche. In meinem Fall ist dies die deutsche Sprache.

Der Vorteil in der Benutzung dieser Sprache liegt darin, daß jedes Wort sogleich in eine verschärfte Beleuchtung gerät. Die Aufteilung Deutschlands in zwei Staaten von diametral entgegengesetzter Gesellschaftsstruktur stellt die Teilung der Welt dar. Die Aussagen eines deutschsprachigen Autors liegen sogleich auf der Waagschale, wo sie den beiden verschiedenen Bewertungssystemen unterworfen werden. Dies vereinfacht meine Arbeit. Was ich schreibe, gerät unmittelbar in den Brennpunkt der Opinionen. Jedoch sind die Probleme und Konflikte, die ich benenne, nicht an dieses bestimmte Sprachgebiet gebunden, sondern nur Teil des Themas, das heute in allen Sprachen behandelt wird.

3. Obgleich die Zweiteilung der Welt in sich vielfach gebrochen und von komplizierten, einander oft bekämpfenden Tendenzen durchsetzt ist, ergeben sich aus ihr doch zwei deutliche Machtblöcke. Der eine Machtblock enthält die teils etablierten, teils sich heranformenden sozialistischen Kräfte sowie die Freiheitsbewegungen in den ehemals kolonialisierten oder noch unter Gewaltherrschaft stehenden Ländern. Der andere Machtblock enthält die vom Kapitalismus bedingte Ordnung, ansteigend vom freien, unabhängig miteinander konkurrierenden Unternehmergeist bis zu den höchsten imperialistischen Konzentrationen. Innerhalb dieses Blocks sind jedoch auch, vor allem in den skandinavischen Staaten, umfassende Demokratisierungen zu finden und vom Klassenkampf hervorgezwungene soziale Einrichtungen. Das Werk der Arbeiterbewegung oder -regierungen bleibt letzten Endes eingeschlossen unter der Oberherrschaft der Großkapitalverwalter, die ihren Besitz nie freiwillig herausgeben. Die hochentwickelte Wohlstandsgesellschaft ist nichts anderes als eine Klassengesellschaft auf erhöhtem Niveau, wo das ehemals revolutionäre Arbeitertum die Neigung entwickelt, die Normen der Bürgerlichkeit zu übernehmen.

4. Meine Aufgabe ist, zu untersuchen, auf welche Weise meine Worte von den Gesprächspartnern in der geteilten Welt aufgenommen werden. Die Erfahrung zeigt mir, daß innerhalb jenes Blocks, der sich selbst „freie westliche Welt" nennt, jene künstlerische Äußerung, die von subjektiven Erscheinungen und formalen Experimenten geprägt ist, Anerkennung findet, wie auch eine soziale Kritik gewürdigt wird, soweit sie die unter Humanismus und Demokratie getarnten Grenzen der Gesellschaftsordnung nicht durchbricht. Während im Ästhetischen keinerlei Grenzen gezogen sind und jede Neuentdeckung auf diesem Gebiet ihre geschäftstüchtigen Zwischenhändler und Konsumenten findet, werden Vorstöße im Sozialen genauesten Kontrollen unterzogen. Für den Autor ist das Erken-

nen der sozialen Grenzen mit großen Schwierigkeiten verbunden, da er die Freiheit, die ihm zugesprochen wird, oft für eine absolute Freiheit hält. Er hat einen langen Weg zurückzulegen, ehe er dorthin gelangt, wo seine Freiheit der Gesellschaft nicht mehr ungefährlich ist.

5. So wie die künstlerische Arbeit im westlichen Block den größten Kaufwert hat, wenn sie dem Konsumenten einen ästhetischen und geistigen Genuß oder eine emotionale Sensation vermittelt, so wird auf der Gegenseite nach der praktischen Funktion des Kunstwerks gefragt. Das formale Experiment, der innere Monolog, das poetische Bild bleiben wirkungslos, wenn sie der Arbeit an der Neuformung der Gesellschaft nicht von Nutzen sind.

Herangewachsen unter der Vorstellung einer unbedingten Ausdrucksfreiheit, sehen wir uns hier in unserem Vorhaben behindert — solange wir den Eigenwert der Kunst höher schätzen als ihren Zweck. Erkennen wir den Zweck, können wir auch um die Durchsetzung der kühnsten Formen kämpfen, denn wir wissen: Zu einer Revolution der Gesellschaftsordnung gehört auch eine revolutionäre Kunst.

Es ist deshalb ein Widerspruch, wenn in einigen Ländern des Sozialismus die Kunst auf Grund ihrer innewohnenden Kraft niedergehalten und zur Farblosigkeit verurteilt wird, während sie sich in den bürgerlichen Ländern aus Mangel an Bindungen bis zum Anarchismus entfaltet.

6. Hier tritt die Frage der Wahl schon an mich heran. Für welche der beiden Seiten entscheide ich mich? Auf welcher der beiden Seiten sehe ich hinter den Unvollkommenheiten, den Widersprüchen und Fehlern die Möglichkeit zu einer Entwicklung, die meinen Vorstellungen von Humanität und Gerechtigkeit entspricht? Kann ich meine eigene Ungewißheit, meine Ambivalenz überwinden und in meine Arbeit bewußt die politische Wirkung einbeziehen, die sich bisher nur passiv äußerte, indem ich mich den Konsumenten als anonymer Gesprächspartner anbot? Kann ich den bequemen dritten Standpunkt aufgeben, der mir immer eine Hintertür offenließ, durch die ich in das Niemandsland bloßer Imanigation entweichen durfte?

7. Schon das Aufwerfen dieser Frage ist der Beginn ihrer Beantwortung. Im Verlauf der Untersuchungen, die ich betreibe, um zu einer Antwort zu gelangen, sehe ich, daß es nur zwei Möglichkeiten gibt und daß das Verharren im Außenstehn zu einer immer größer werdenden Nichtigkeit führt.

Wenn ich als Arbeitsbeispiel meinen deutschen Sprachbereich wähle, so finde ich, daß im westlichen Staat meine Unentschlossenheit, meine Zweifel nicht nur akzeptiert, sondern auch gutgeheißen werden. Dies ist natürlich: Solange ich nur meinem Unbehagen, meinem Überdruß in der Gesellschaft Ausdruck gebe, bleibt dies ein psychologisches Problem, das die Herrschenden in ihren Machenschaften nicht stört. Unbehindert darf ich den Zustand meiner Ausweglosigkeit schildern, denn meine Ausweglosigkeit setzt ja die Stärke ihrer Institutionen voraus. Abgekauft werden mir auch meine absurdesten Ideen, mein Hohn, meine Ironie, denn dadurch erstelle ich den Machthabern nur den Beweis für ihre Freigebigkeit. Sie fühlen sich so sicher in ihren Positionen, daß ich für vieles eintreten darf, was mir fortschrittlich erscheint. Sie genehmigen wohlwollend, wenn ich mich der Meinung hingebe, die bestehenden Unterschiede ließen sich allmählich ausgleichen. Eines der Hauptargumente der Steuernden ist ja, daß diese Unterschiede schon weitgehend behoben seien und daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer heute in einer gleichberechtigten Interessengemeinschaft befänden. Hier stehe ich ihrer ganzen Welt von raffiniert gelenkten Wirklichkeitsfälschungen gegenüber. Indem sie im Besitz der Kommunikationsmittel sind und das Unterrichtswesen beherrschen, haben sie alle Bevölkerungsschichten mit ihren Ansichten durchsetzt. Da sie eine linke Opposition teils unschädlich gemacht haben oder diese Opposition sich teils auf Grund der äußerlichen Erfolge einer Illusion des Wohlstandes angepaßt hat, wird die Frage nach dem Hintergrund dieses Wohlstandes und die Frage, auf wessen Kosten dieser Wohlstand erlangt wurde, nur selten gestellt. Wenn es geschieht, dann wird der Fragende allerdings auf das unflätigste beschimpft, und es zeigt sich, wie fadenscheinig der Begriff von Humanität und Demokratie im Wappen der Besitzenden ist.

8. Im östlichen deutschen Staat wird mein Mangel an Farbebekennen als Zeichen eines Untergangs bewertet. Selbst meine negativen Schilderungen der bürgerlichen Zivilisation bleiben sinnlos, solange ich darin nicht den Versuch unternehme, mich aus der Eingeschlossenheit zu befreien. Solange ich mir einbilde, daß sich dort meine Integrität und Bewegungsfreiheit bewahren läßt, bleibe ich ein Gefangener dieser Gesellschaft und meine ich, daß sie noch durch soziale Bestrebungen verändert werden könnte, so beruhige ich damit nur mein Gewissen und idealisiere die Tatsache, daß ich von dieser Gesellschaft meinen Lebensunterhalt beziehe.

Die Angriffe auf die Korruption, die Ausbeutung und die von privaten Monopolen geleitete Meinungsverseuchung führen zu nichts, wenn sie nicht eine deutliche Alternative anzeigen. So wie im westlichen Staat vor allem eine politische Zurückhaltung vom Autor erwartet wird, so wird im östlichen Staat vor allem die eindeutige politische Haltung gefordert.

9. Damit entferne ich mich wieder von dem engen Begriff eines Sprachgebietes und setze die ganze Welt als Wirkungsfeld für die künstlerische Arbeit voraus.

In dieser Welt fällt die Entscheidung. Die Besitzenden der Erde, eine verhältnismäßig kleine Gruppe, bemühen sich heute darum, ihre Stellungen zu befestigen und zu verteidigen. Nachdem sie die Notlage nach dem Krieg ausgenützt und sich daran noch einmal äußerst bereichert hatten, sehen sie sich jetzt den wiedererwachenden Kräften der ausgeplünderten Völker gegenüber. Das Gespenst, das vor ihnen aufsteht, geht nicht nur in Europa um, sondern überall, wohin sie ihren Blick wenden. Wo sie auch ihre Bastionen bauen, in Afrika, Asien oder Lateinamerika, wachsen Freiheitsbewegungen an, die nicht mehr aufzuhalten sind. Noch sind sie an vielen Orten dank ihren Waffen und Söldnern in der Übermacht. Noch können sie Terror verbreiten mit dem Niederbrennen von Dörfern und Landschaften, noch können sie Nationen überwachen mit ihrer Brutalität und mit den Erpressungen ihrer Gelder, historisch aber kämpfen sie um eine verlorene Sache.

Ihnen gegenüber setzt sich eine Macht langsam durch, die davon ausgeht, daß die Güter der Welt jedem Menschen im gleichen Maße gehören sollen. Noch befinden wir uns im Anfangsstadium dieser umfassenden Veränderung. Einige Länder haben weitgehend die von der Teilung der Welt bedingten ökonomischen Schwierigkeiten überwunden und eine kommunistische oder sozialistische Ordnung hergestellt, andere bemühen sich um diese Ordnung zunächst unter den Vorzeichen eines nationalen Befreiungskampfes. Überall aber treten durch den Kalten Krieg, dessen innere Glut ständig zu offenen Kampfherden aufflammt, die Unausgeglichenheit und Streitpunkte in der Auffassung der neuen Gesellschaftsordnung zutage. In dieser Situation findet der Gegner reichlich Stoff, um auf das Versagen oder die Utopien des Sozialismus hinzuweisen. Die Aufgabe eines Autors ist hier: immer wieder die Wahrheit, für die er eintritt, darzustellen, immer wieder die Wahrheit unter den Entstellungen aufzusuchen.

10. Die Richtlinien des Sozialismus enthalten für mich die gültige Wahrheit. Was auch für Fehler im Namen des Sozialismus begangen worden sind und noch begangen werden, so sollten sie zum Lernen da sein und einer Kritik unterworfen werden, die von den Grundprinzipien der sozialistischen Auffassung ausgeht. Die Selbstkritik, die dialektische Auseinandersetzung, die ständige Offenheit zur Veränderung und Weiterentwicklung sind Bestandteile des Sozialismus. Zwischen den beiden Wahlmöglichkeiten, die mir heute bleiben, sehe ich nur in der sozialistischen Gesellschaftsordnung die Möglichkeit zur Beseitigung der bestehenden Mißverhältnisse in der Welt.

Ich bin selbst aufgewachsen in der bürgerlichen Gesellschaft, und ich habe in meiner Arbeit und in meinem persönlichen Leben die größte Zeit damit verbracht, mich von der Eingeengtheit, den Vorurteilen und dem Egoismus zu befreien, die mir von diesem Milieu auferlegt wurden. Ich habe lange geglaubt, daß mir die künstlerische Arbeit eine Unabhängigkeit verschaffen könnte, die mir die Welt öffnete. Heute aber sehe ich, daß eine solche Bindungslosigkeit der Kunst eine Vermessenheit ist angesichts der Tatsache, daß die Gefängnisse derjenigen Länder, in denen die Unterschiede zwischen den Rassen und den Eigentumsverhältnissen aufrechterhalten werden, angefüllt sind mit den tortierten

Vorkämpfern der Erneuerung. Jedes meiner in vermeintlicher Freiheit gewonnenen Arbeitsresultate hebt sich ab vor der Notlage, die für den größten Teil der Welt noch gegeben ist.

Ich sage deshalb: Meine Arbeit kann erst fruchtbar werden, wenn sie in direkter Beziehung steht zu den Kräften, die für mich die positiven Kräfte dieser Welt bedeuten. Diese Kräfte sind heute überall, auch in der westlichen Welt zu verspüren, und sie würden ein noch stärkeres Gewicht, eine größere Solidarität und ein noch umfassenderes Engagement bekommen, wenn sich die Offenheit im östlichen Block erweiterte und ein freier, undogmatischer Meinungsaustausch stattfinden könnte.

Erklärung namhafter Künstler und Wissenschaftler über den Krieg in Vietnam

Bundeskanzler Erhard hat der amerikanischen Regierung wiederholt versichert, das deutsche Volk stehe hinter der Vietnam-Politik der USA. In den Vereinigten Staaten selbst wächst der Widerstand gegen diese Politik. Immer mehr Amerikaner zweifeln an den Erklärungen, mit denen die Regierung der USA ihre Intervention in Vietnam zu rechtfertigen sucht.

Falsche Benennung des Konflikts

Die amerikanische Regierung bezeichnet den Krieg in Vietnam als einen Konflikt zwischen beiden Teilen des Landes, entstanden durch eine Aggression des Nordens gegen den Süden. In Vietnam habe der Kommunismus die Freie Welt angegriffen.

Die amerikanische Regierung behauptet, der Krieg verteidige die Freiheit des südvietnamesischen Volkes gegen eine kleine Minderheit ausländischer oder vom Ausland gesteuerter Partisanen. Die Vietkong seien der verlängerte Arm Nordvietnams und damit Chinas.

Die amerikanische Regierung erklärt, die Bombardierung Nordvietnams solle dem Expansionsstreben Chinas Einhalt gebieten. Der Krieg diene der Erhaltung des Weltfriedens.

Richtige Benennung des Konflikts

Tatsächlich ist der Krieg in Südvietnam ein Bürgerkrieg, der bis zum Eingreifen der Vereinigten Staaten fast ausschließlich ein Kampf zwischen südvietnamesischen Revolutionären und der Regierung in Saigon war. Die USA haben das Genfer Abkommen von 1954, das freie Wahlen innerhalb von zwei Jahren vorsah, bewußt negiert und die Regierung Diem und deren Nachfolger gegen den Willen der Bevölkerung an der Macht gehalten. Nach amerikanischen Schätzungen stehen über drei Viertel der Bevölkerung auf Seiten der Aufständischen. Selbst heute, nach Ausdehnung des Krieges über beide Teile des Landes, wird die Unterstützung der Vietkong durch Nordvietnam auf höchstens 25 Prozent geschätzt. Die Saigoner Regierung kann sich nur noch in den Städten und unter direktem Schutz der amerikanischen Truppen behaupten. Der Konflikt entwickelt sich immer mehr zu einem Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk. Dabei geht es nach Aussagen führender amerikanischer Militärs nicht nur um die Vernichtung der Vietkong, sondern gleichzeitig um die Erprobung neuer Waffen und Techniken zur Niederschlagung von Volksaufständen in anderen Teilen der Welt.

Die Vietkong sind eine nationale und soziale Befreiungsbewegung Südvietnams, die vor allem von der Landbevölkerung und der städtischen Intelligenz getragen wird. Sie sind politisch organisiert in einer „Nationalen Befreiungsfront", in der es neben den (in der Führung) dominierenden Kommunisten auch starke bürgerliche und nationale Gruppierungen gibt. Erst die Tatsache, daß die USA mit der ganzen Übermacht ihres technischen Potentials in den Krieg eingegriffen und ihn auf Nordvietnam ausgedehnt haben, droht die Vietnamesen unter den traditionell gefürchteten Einfluß Chinas zu zwingen. Die amerikanische Intervention erhöht die Gefahr eines großen Krieges in Asien, der leicht

zum dritten Weltkrieg führen kann. Zugleich werden hier die Grundlagen für einen Rassenkonflikt gelegt, dessen Auswirkungen noch gar nicht abzusehen sind.

Die bisherige Bilanz des Krieges

— Eine halbe Million Menschenleben hat der zweite Vietnamkrieg nach vorsichtigen Schätzungen von westlicher Seite schon jetzt gefordert.

— 160 000 Zivilisten sind allein zwischen 1961 und 1964 umgekommen.

— Folterungen und Gefangenenmord sind seit Jahren an der Tagesordnung.

— Tausende von Siedlungen wurden vernichtet, ihre Einwohner getötet oder in sogenannte Wehrdörfer deportiert, die nichts als Konzentrationslager sind.

— Napalmbomben, Giftchemikalien und neuartige Vernichtungswaffen treffen in wachsendem Ausmaße die Zivilbevölkerung.

— Durch die moderne Strategie der Verbrannten Erde droht sich hier der Tatbestand des Völkermords zu erfüllen.

Frieden und Selbstbestimmung für Vietnam

Angesichts dieser Tatsachen distanzieren wir uns von der finanziellen und moralischen Unterstützung des Vietnamkrieges durch die Bundesregierung.

Wir begrüßen die Forderungen Frankreichs und der blockfreien Länder nach Einstellung der Luftangriffe und Regelung des Konflikts auf der Basis der Genfer Vereinbarungen.

Wir schließen uns den 5000 amerikanischen Professoren und Dozenten an, die für die sofortige Beendigung des Krieges und für die Neutralisierung ganz Vietnams eintreten.

Wir solidarisieren uns mit der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, deren Sprecher, Martin Luther King, zu Demonstrationen für den Frieden in Vietnam aufgerufen hat.

Wir appellieren an alle Demokraten in der Bundesrepublik, diese Erklärung und ihre politischen Forderungen zu unterstützen und in die Öffentlichkeit zu tragen.

Dr. Heribert Adam, Wiss. Ass., I. f. Sozialforschung, Frankfurt — Dr. Johannes Agnoli, Wiss. Ass., Otto-Suhr-Institut, FU Berlin — Dipl.-Soz. Norbert Altmann, I. f. Sozialwissenschaftl. Fg., München — Dr. Norbert Altwicker, Akad. Rat, Phil. Sem., Frankfurt — Günther Anders, Schriftsteller — Prof. Otl Aicher, Dir. Hochschule f. Gestaltung, Ulm — Inge Aicher-Scholl, Schriftstellerin — Carl Amery, Schriftsteller — Ingeborg Bachmann, Schriftstellerin — Dr. Egon Becker, Akad. Rat, I. f. Sozialforschung, Frankfurt — Dr. Werner Becker, Wiss. Ass., Phil. Sem., Frankfurt — Dr. Joachim Bergmann, Wiss. Ass., I. f. Sozialforschung, Frankfurt — Dipl.-Handelslehrer Heinz Berzau, Wiss. Ass., FU Berlin — Peter Birke, Wiss. Hilfsass., I. f. Sozialforschung, Frankfurt — Prof. Ernst Bloch — Walter Boehlich, Schriftsteller — Heinrich Böll — Schriftsteller — Dr. Margherita von Brentano, Akad. Rat, FU Berlin — Klaus ten Brink, Dipl.-Sportlehrer, I. f. Leibesübungen, Frankfurt — Prof. Tobias Brocher, Sigmund-Freud-Institut, Frankfurt — Dipl.-Soz. Jürgen Brockmann, I. f. Sozialforschung, Frankfurt — Dr. Eberhard Buber, Wiss. Mitarbeiter, Soz. Sem., Göttingen — Dr. Niels Diederich, Dipl.-Volkswirt, Wiss. Ass., I. f. Pol. Wiss., FU Berlin — Peter O. Chotjewitz, Schriftsteller — Heinz von Cramer, Schriftsteller — Dipl.-Landwirt Eberhard Dähne, Wiss. Ass., Marburg — Dr. med. Klaus Dörnerr — Dr. Hans Peter Dreitzel, Wiss. Ass., Soz. Sem., Göttingen — Dr. Wolfgang Edelstein, I. f. Bildungsforschung, Berlin — Dr.Klaus Ehrler, Wiss. Mitarbeiter d. Histor. Komm. zu Berlin — Hans Magnus Enzensberger, Schriftsteller — Walter Euchner, Wiss. Ass., Sem. f. d. Wiss. von d. Politik, Frankfurt — Hubert Fichte, Schriftsteller — Annette Fögen, Wiss. Hilfsass., I. f. Sozialforschung, Frankfurt — Dr. Klaus Frank, Oberass., Sigmund-Freud-Institut, Frankfurt — Dipl.-Soz. Michaela von Freyhold, Wiss. Ass., I. f. Sozialforschung, Frankfurt Dr. Peter Furth, Akad. Rat, Phil. Sem. FU Berlin — Dipl. Kaufmann Jochen Geiger, Wiss. Ass., FU Berlin — Walter Gerhardt, Wiss. Hilfsass., Phil. Sem., FU Berlin — Prof. D. Helmut Gollwitzer, FU Berlin — Dr. Wilfried Gottschalch, Dozent, Päd. Hochschule Berlin — Dr. jur. Gerhard Grohs, Dipl. Soz., Dozent — Prof. Dr. Karl Heinz Haag, Phil. Sem., Frankfurt — Prof. Dr. Jürgen Habermas, Phil. Sem., Frankfurt — Dipl.-Pol. Dietrich Haensch, Lehrbeauftr. Otto-Suhr-Inst., Berlin — Margarete Haug, Psychotherapeutin, Esslingen —

Dr. Wolfgang Fritz Haug, Wiss. Ass., Phil. Sem., FU Berlin — Peter Heilmann, Wiss. Mitarbeiter, I. f. Publizistik, FU Berlin — Dipl. Pol. Hans-Peter Hempel, Wiss. Ass., TU Berlin — Dipl. Soz. Sebastian Herkommer, Wiss. Ass., I. f. Sozialfg., Frankfurt — Dipl. Soz. Ulfert Herlyn, Forschungs-Ass., Soz. Sem., Göttingen — Gerd Hirschauer, Schriftsteller — Dipl. Soz. Inge Hofmann, Wiss. Ass. I. f. Sozialfg. Frankfurt — Dipl. Soz. Imme Horn, Wiss. Ass., Sem. f. Päd. Soz. a. d. HfE, Gießen — Dipl. Soz. Klaus Horn, Wiss. Ass., Sigmund-Freud-Institut, Frankfurt — Dipl. Volkswirt Jörg Huffschmidt, Wiss. Ass., FU Berlin — Dr. Herbert Hübner, Inst. f. Bildungsforschung, Berlin — Dipl. Kfm. Bernd Jansen, FU Berlin — Dipl. Soz. Michael Jenne, Wiss. Mitarb. am Inst. f. Bildungsfg., Berlin — Prof. Dr. Walter Jens, Universität Tübingen — Dipl. Psych. Gisela John, Wiss. Ass., Sigmund-Freud-Institut, Frankfurt — Uwe Johnson, Schriftsteller — Robert Jungk, Schriftsteller — Pfarrer Kanitz, Berlin — Diethard Kars, Wiss. Mitarbeiter, Soz. Sem., Göttingen — Erich Kästner, Schriftsteller — Dipl. Psych. Helmut Kentler, Dozent, Päd. Hochschule, Berlin — Dipl. Soz. Horst Kern, Forschungsass., Soz. Sem., Göttingen — Dipl. Ing. Manfred Kienle, TU Berlin — Dr. Klaus Peter Kisker, Wiss. Ass., I. f. Volkswirtsch., FU Berlin — Dr. Rolf Klüwer, Wiss. Ass., Sigmund-Freud-Institut, Frankfurt — Ernst Kreuder, Schriftsteller — Dipl. Soz. Werner Kriesel, Wiss. Ass., I. f. Sozialfg., Frankfurt — Dr. Ekkehard Krippendorff — Eckart Kroneberg, Schriftsteller — Horst Krüger, Schriftsteller — Erich Fried, Schriftsteller — Friedrich Krüger, Wiss. Hilfskraft, I. f. Leibesübungen, Frankfurt — Siegfried Kupper, Wiss. Hilfsass., Otto-Suhr-Institut, Berlin — Ernst Lange, Pfarrer, Berlin — Hartmut Lange, Schriftsteller — Lutz Lehmann, Schriftsteller — Dr. Wolfgang Lempert, I. f. Bildungsforschung, Berlin — Reinhard Lettau, Schriftsteller — Dr. Günter Ludwig, Stud.-Rat im Hochsch.-Dienst, Päd. Sem., Frankfurt — Dr. Burkart Lutz, Dir. d. Inst. f. Soz. wiss. Forschung, München — Dr. Eugen Mahler, Oberass., Sigmund-Freud-Institut, Frankfurt — Dr. Siegfried Mann, Wiss. Ass., Soz. Sem., Göttingen — Christoph Meckel, Schriftsteller — Christl Merz, Wiss. Hilfskraft, Soz. Sem., Göttingen — Dr. Klaus Meschkat, Wiss. Ass., FU Berlin — Thomas Metscher, Lektor, Univ. of Belfast — Dipl.-Kaufmann Ernst Theodor Mohl, Wiss. Ass., I. f. Sozialforschung, Frankfurt — Prof. Dr. C. Wolfgang Müller, Päd. Hochschule, Berlin — Brigitte Müller Bilitza, Päd. Hochschule, Berlin — Urs Müller Plantenberg, Wiss. Mitarbeiter, I. f. Bildungsfg., Berlin — Dr. Ernst Negt, Wiss. Ass., Phil. Sem., Frankfurt — Wolfgang Neuss — Dipl.-Soz. Claus Offe, Wiss. Ass., Phil. Sem., Frankfurt — Martin Osterhand, wiss. Mitarbeiter, Soz. Sem., Göttingen — Dr. Hans Oswald, Wiss. Ass., I. f. Soz., Freiburg — Dipl.-Soz. Helga Pauck, I. f. Bildungsforschung, Berlin — Albert Pflüger, Wiss. Mitarb., Soz. Sem., Göttingen — Hermann Peter Piwitt, Schriftsteller — Ulrich Preuss, Wiss. Mitarb., I. f. Bildungsforschung, Berlin — Harry Pross, Schriftsteller — Fritz J. Raddatz, Schriftsteller — Xenia Rajewsky, Wiss. Hilfsass., I. f. Sozialforschung, Frankfurt — Adalbert Rang, Wiss. Ass., Päd. Sem., Frankfurt — Dr. Roland Reichwein, I. f. Bildungsforschung, Berlin — Dr. Irene von Reitzenstein, Wiss. Ass., FU Berlin — Dipl.-Volkswirt Manfred Rexin — Klaus-Joachim Riebel, Wiss. Hilfskraft, I. f. Leibesübungen, Frankfurt — Dr. Ingo Richter, I. f. Bildungsforschung, Berlin — Bero Rigauer, Wiss. Hilfskraft, I. f. Leibesübungen, Frankfurt — Klaus Roehler, Schriftsteller — Dipl.-Psych. Dr. L. Rohr, Mainz — Prof. Horst Vogel, Sigmund-Freud-Institut, Frankfurt — Klaus Wagenbach, Schriftsteller — Martin Walser, Schriftsteller — Prof. Dr. Wilhelm Weischedel, FU Berlin — Peter Weiss, Schriftsteller — Walter Weller, Wiss. Mitarb., I. f. Bildungsforschung, Berlin — Dipl.-Soz. Reinhard Welteke, Wiss. Ass., Marburg — Gernot Wersig, Wiss. Mitarb., Marburg — Gernot Wersig, Wiss. Mitarb., I. f. Publizistik, Berlin — Wolfgang Weyrauch, Schriftsteller — Günter Zimmermann, Wiss. Mitarb., I. f. Sozialwiss. Fg., München — Eleonore Romberg, Wiss. Mitarb., I. f. Sozialforschung, München — Dr. med. Lutz Rosenkötter, Simund-Freud-Institut, Frankfurt — Dr. H. Röttges, Wiss. Ass., Phil. Sem., Frankfurt — Tobias Rülcker, Stud.-Rat im Hochsch. Dienst, Päd. Sem., Frankfurt — Horst Scarbathm, Wiss. Ass. Päd. Seminar, Frankfurt — Dipl. Soz. Peter Schafmeister, Wiss. Ass., I. f. Sozialforschung — Gert Schäfer, Wiss. Ass. Seminar f. d. Wiss. d. Politik, Frankfurt — Paul Schallück, Schriftsteller — Dipl. Soz. Anne Scheuch, Wiss. Ass., I. f. Soziologie, Freiburg — Dr. Alfred Schmidt, Wiss. Ass. Phil. Sem., Frankfurt — Gert Schmidt, Wiss. Hilfskraft, I. f. Sozialwiss. Fg., München — Martin Schmidt — Dipl. Soz. Regina Schmidt, Wiss. Ass., I. f. Sozialforschung, Frankfurt — Dipl. Sozialwirt Ingrid Schmiederer, Wiss. Ass. Hochsch. f. Erz., Gießen — Dipl. Sozialwirt Rolf Schmiederer, Kustos, Inst. f. Wiss. d. Pol., Marburg —

Ursula Schmiederer, Wiss. Ass., Marburg — Ernst Schnabel, Schriftsteller — Herbert Schnädelbach, Wiss. Hilfsass., Phil. Sem., Frankfurt — Wolfdietrich Schnurre, Schriftsteller — Gerhard Schoenberner, Schriftsteller — Dipl. Soz. Michael Schumann, Forschungsass. Soz. Sem., Göttingen — Prof. Dr. H. H. Schrey, Päd. Hochschule Heidelberg — Wolfgang Schwierdzik, Regieass., Berlin — Constans Seyfarth, Wiss. Mitarb., I. f. Sozialwiss. Forschung, München — Christian Sigrist, Wiss. Ass., I. f. wiss. Soziologie, Freiburg — Dr. Dorothea Sölle, Studienrätin im Hochschuldienst, German. I., Köln — Dipl. Soz. Ingrid N. Sommerkorn, I. f. Bildungsfg., Berlin — Gunther Soukup, Hochschulass., Berlin — Gerd Spittler, Wiss. Ass. am I. f. Soziologie, Freiburg — Dipl. Volkswirt Karl-Heinz Stanzick, Wiss. Ass., I. f. Konzentrationsfg., FU Berlin — Dr. Margarete Steinhauer, Wiss. Mitarb., I. f. Sozialfg., Marburg — Dr. Kurt Stuckenschmidt, Akad. Rat, Päd. Seminar, Frankfurt — Dr. Manfred Teschner, Wiss. Ass., I. f. Sozialforschung, Frankfurt — Jutta Thomae, Wiss. Ass., I. f. Sozialfg., Frankfurt — Dr. Konrad Thomas, Wiss. Ass., Soz. Sem., Göttingen — Dr. Wilke Thomsen, Wiss. Ass., I. f. Sozialfg., Frankfurt — Dr. Rolf Tiedemann, Wiss. Ass., FU Berlin — Dipl. Soz. K. H. Tjaden, Wiss. Ass., Soz. Sem., Marburg — Gösta von Uexküll, Schriftsteller — Siegfried Unseld, Schriftsteller.

Bis zum 2. 12. 1965 haben sich angeschlossen:

Eberhard Beck, päd. Mitarbeiter, Hochschule für Erziehung, Frankfurt — Julius Becke, päd. Mitarbeiter, Hochschule für Erziehung, Frankfurt — Dr. Hildburg Bethke, Wiss. Ass., HfE, Frankfurt — Günter Feldmann, Lehrbeauftragter der HfE, Frankfurt — Dr. Peter Fürstenau, Akad. Rat, Psychosomat. Klinik, Gießen — Hellfried Graf, Dipl. Handelslehrer — Margarete Graf, st. sc. ed. — Prof. Heinz-Joachim Heydorn, HfE, Frankfurt — Wolfgang Hildesheimer, Schriftsteller — Rolf Hochhuth, Schriftsteller — Dr. Gernot Koneffke, Dozent, HfE, Frankfurt — Prof. Michael Landmann, Phil. Sem., FU Berlin — Dr. Ingrid Lisop, Dozentin, HfE, Frankfurt — Hans Erich Nossack, Schriftsteller — Prof. Hans Rauschenberger, HfE, Frankfurt — Stefan Reisner, Schriftsteller — Peter Rühmkorf, Schriftsteller — Dr. Ilse Staff, Dozentin, HfE, Frankfurt — Johannes Weidenheim, Schriftsteller — Günther Weisenborn, Schriftsteller.

Offener Brief an den Münchner Oberbürgermeister

An den Herrn Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München,
Dr. Hans-Jochen Vogel
München
Rathaus

München, den 24. 11. 1965

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Am 1. Januar 1966 treten die sogenannten „kleinen" Notstandsgesetze in Kraft. Wir weigern uns, diesen Gesetzen Folge zu leisten.

Sie verpflichten zu folgenden Dienstleistungen und Aufwendungen:

Eine Grundausbildung von 4 Monaten im Zivilschutzkorps; dazu mehrere Übungen von 8 Monaten Gesamtdauer — alles gegen ein Entgelt in Höhe des Wehrsoldes der Bundeswehr —; Ausbildungslehrgänge und Übungen in Selbstschutz während der Freizeit und an Wochenenden;

Anschaffung von Verdunkelungs-Rollos, Feuerpatschen, Volksgasmasken, Notvorräten, Bergungstüchern, Geiger-Zählern, Geräten zur „Selbstbefreiung" und anderem im Gesamtwert von rund DM 250,— pro Person;

Ausstattung der Wohnhäuser mit Luftschutzräumen; Kosten etwa DM 500,— pro Mieter.

Nach den Feststellungen kompetenter Atomwissenschaftler bieten diese Maßnahmen in einem modernen Krieg keine Überlebens-Chancen. Außerdem verstoßen diese Gesetze nach dem Urteil namhafter Verfassungsrechtler gegen die verfassungsmäßige Grundordnung.

Mit sogenannten Selbstschutzgesetzen etwas regeln zu wollen, was nicht zu regeln ist, heißt, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Wer einen modernen Krieg als kalkulierbar und kontrollierbar hinstellt, fördert die psychologische Kriegsbereitschaft und damit die Kriegsgefahr.

Gewissen und Verantwortungsgefühl verbieten es uns daher, die verordneten Maßnahmen durch unsere Mitwirkung zu decken. Wir sind bereit, die Konsequenzen hieraus zu nehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Walter Alexander, Schauspieler — Carl Amery, Schriftsteller — Frank Arnau, Schriftsteller — Dr. Gerd Biermann, Arzt und Psychotherapeut — Klaus Budzinski, Journalist — Wolfgang Ebert, Schriftsteller — Michael Ende, Schriftsteller — Karl Freiherr von Feilitzsch, Komponist — Prof. Ernst Geitlinger, Maler — Heinrich Guter, Architekt — Erika Guter-Wackernagel, Reporterin — Peter Hamm, Schriftsteller — Ingeborg Haun, Grafikerin — Rainer Haun, Journalist — Kurt Hirsch, Journalist — Gerd Hirschauer, Redakteur — Ingeborg Hoffmann, Schauspielerin — Hanns Ernst Jaeger, Schauspieler — Michael Jürgs, Journalist — Helmut Käutner, Regisseur — Prof. Georg Kinzer, Maler — Eberhard Kremer, Landesbezirksleiter der IG Druck und Papier — Kai A. Niemeyer, Redakteur — Walter Ohm, Regisseur — Sieghart Ott, Rechtsreferendar — Karsten Peters, Redakteur — Ingeborg und Oskar Piloty, Grafiker — Erwin Piscator, Intendant — D. E. Ralle, Rechtsanwalt — Dr. Franz und Dr. Juliane Roh, Kunsthistoriker — Anneliese Sebald, Sekretärin — Rolf Seeliger, Journalist — Xaver Senft, Gewerkschaftsreferent — Gertrud Sommer, Rechtsreferendarin — Hans Schweikart, Regisseur — Werner Schweinsberg, Gewerkschaftssekretär — Karl Stankiewitz, Journalist — Joachim Teege, Schauspieler — Alexander Tiplt, Gewerkschaftsreferent — Margot Trooger, Schauspielerin — Thilo von Uslar, Journalist — Sabine Wackernagel, Schauspielschülerin — Theo Weyde, Rechtsreferendar — Dr. Ernst von Xylander, Diplompsychologe.

Kontaktstelle für Rückfragen: Rainer Haun, 8 München 45, Hyazinthenstraße 13.

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Bemerkungen

Gerhard Ottmar, geboren 1922 in Stuttgart, nach dem Krieg Studium in Tübingen, seit 1950 Pfarrer und Religionslehrer in der württembergischen Landeskirche, zur Zeit in Tübingen. Mitglied der Württembergischen Landessynode und (stellvertretend) der Synode der EKD.

Prof. Dr. theol. Hans Conzelmann, geb. 1915, ist nach Lehrtätigkeiten an den Universitäten Heidelberg und Zürich seit 1960 Ordentlicher Professor für Neues Testament an der Universität Göttingen.

An gleicher Stelle des November-Heftes wiesen wir auf die Möglichkeit von Geschenkabonnements auf die „Blätter" hin. Der Verlag bittet darum, Geschenkabonnements bis zum 5. Januar zu bestellen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,—, zuzüglich DM 0,50 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—) zuzüglich DM 0,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen, die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, W. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Gertrud Bienko
Carl Bioice, San Francisco
Bogislav v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Ragner Forbech, Dompfarrer, Oslo
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Wilfried Gottschalch
Kurt. R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten, Washington, D. C.
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johannes Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann, Wien
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Oswald A. Kohut
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs, Warschau
Dr. Hans Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h., Dr. phil. e. h. Ernst May
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. Daniil Melnikow, Moskau
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, Mdb, III/2 *)
Herbert Mochalski
Senator Wyne Morse, Portland/USA
Kalixte Mukendi
Peter Nellen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz, Warschau
Prof. Dr. Laslo Partin Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin, Brüssel
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. theol. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silvermann, M. P.
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg †
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephan Swingler, M. P.
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann, Hempstead/USA
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Prof. Dr. Todor Vladigerov, Sofia
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill, Straßburg
Günther Weisenborn
Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke („Voluntas")
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Gerhard Ottmar, geboren 1922 in Stuttgart, nach dem Krieg Studium in Tübingen, seit 1950 Pfarrer und Religionslehrer in der württembergischen Landeskirche, zur Zeit in Tübingen. Mitglied der Württembergischen Landessynode und (stellvertretend) der Synode der EKD.

Prof. Dr. theol. Hans Conzelmann, geb. 1915, ist nach Lehrtätigkeiten an den Universitäten Heidelberg und Zürich seit 1960 Ordentlicher Professor für Neues Testament an der Universität Göttingen.

An gleicher Stelle des November-Heftes wiesen wir auf die Möglichkeit von Geschenkabonnements auf die „Blätter" hin. Der Verlag bittet darum, Geschenkabonnements bis zum 5. Januar zu bestellen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,—, zuzüglich DM 0,50 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—) zuzüglich DM 0,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen, die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.